

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat in den letzten Jahren viele aktuelle, meist auf konkrete Sachfragen bezogene Themen behandelt. Manchmal frage ich mich, ob wir nicht zu sehr auf Forderungen des Tages konzentriert gewesen sind, auf den Austausch von Argumenten der Fachleute und ihr spezielles Wissen. Wenn dem so wäre, könnten wir in Gefahr geraten, über der Aktualität dieser oder jener politischen Frage das Grundsätzliche aus den Augen zu verlieren. Lassen Sie mich es mit einem Bilde sagen: Man baut kunstvolle Wasserleitungen - wie aber, wenn die Quellen versiegen?

Heute wollen wir uns jedoch zurück zu den Quellen begeben. Unser Thema stellt die Frage, ob die Gemeinsamkeit von Überzeugungen und Werten, auf die sich unsere Demokratie gründet, im Schwinden begriffen ist. Ist also der Konsens über die Werte und Normen unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates etwa schon grundsätzlich in Frage gestellt? Daß ein solcher Substanzverlust droht, ist nicht zu übersehen. Wie weit er bereits fortgeschritten ist, mag unser Gespräch erweisen.

Es ist nicht das Gegeneinander der großen gesellschaftlichen Interessengruppen, das uns heute so besorgt macht. In dieser Hinsicht ist die Bundesrepublik noch immer ein Land der Stabilität. Was uns Sorge macht, ist die Zunahme der Gewalt bei der Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Eine Gewalt, die bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geht und von Gruppen getragen wird, die offensichtlich den Kampf gegen die parlamentarische Demokratie nicht scheuen. Diese Gruppen respektieren weder den Willen der Mehrheit noch das Urteil der Gerichte, noch sind sie kompromißbereit.

Hier besteht anscheinend auf absehbare Zeit kein Konsens mehr. Es kann nicht befriedigen, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung diese Demonstrationsepidemie ablehnt und sich nach wie vor zur Bonner Demokratie bekennt. Denn wir wollen ja nicht, daß die unruhige Jugend vollends in ein Bewußtsein des Scheiterns gerät und resigniert.

Ein anderer Grund, der deshalb ja auch als Untertitel unseres heutigen Themas genannt wird, ist der Wandel der Werte in unserer Gesellschaft. Kein totaler Wandel, aber doch ein Wandel in wichtigen Bereichen. Das ist wohl eine der Ursachen für die Unsicherheit und Unruhe der Jugend. Denn ein solcher Wandel kann ja nicht lautlos, sozial geschmeidig und nur in Kompromissen vor sich gehen. Dabei geht es um neue und alte Lebensformen, alte und neue Tugenden, um Organisation und Freiheit, um die geistige und seelische Verarbeitung unserer technischen Zivilisation, vielleicht um ein verändertes Weltbild.

Wenn es so ist, dann sollten wir heute nicht in wechselseitigen Klagen und Darstellungen der Jugendtumulte steckenbleiben, sondern sie als Symptome tieferer Ursachen behandeln. Was wir brauchen, sind Zukunftsaspekte, nicht Angstmacherei.

Vogel

Das Thema unseres Gespräches umfaßt nicht weniger als vier wichtige Unterthemen, von denen jedes ausreichen würde, einen eigenen Gesprächskreis zu rechtfertigen. Es sind dies

- Jugendprotest,
- staatsbürgerlicher Grundkonsens,
- Wertwandel,
- Krise der politischen Kultur.

Ich will sie in dieser Reihenfolge und in der gebotenen Verknüpfung, aber unter Konzentration auf den Jugendprotest und auf die Frage hin behandeln, was der Jugendprotest für den staatsbürgerlichen Grundkonsens, den wirklichen oder vermeintlichen Wertwandel, die wirkliche oder vermeintliche Krise der politischen Kultur bedeutet. Deshalb werde ich mich mit dem Jugendprotest breiter, mit den übrigen Feldern jedoch nur stichwortartig beschäftigen.

Anlässe und Formen des Jugendprotestes

Jugendprotest: So bezeichnen wir üblicherweise das Aufbegehren und den Protest von Teilen der jungen Generation gegen die Politik und die Lebensweise der Älteren, insbesondere der "Etablierten".

Die äußeren Anlässe des Jugendprotestes, der sich keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt, sind mannigfaltig. In Berlin oder in Amsterdam richtet sich der Protest dagegen, daß Tausende von Wohnungen leerstehen, während finanziell schwache Interessenten vergeblich preisgünstige Wohnungen suchen. In Zürich entzündet sich der Protest immer wieder an der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum. In englischen Städten erwuchs die Konfrontation in diesem Sommer aus der Arbeitslosigkeit junger Menschen, und zwar insbesondere farbiger Jugendlicher. Andere protestieren in der Bundesrepublik - aber nicht nur dort - mit wachsender Intensität und hohen Teilnehmerzahlen gegen neue Kernkraftwerke oder gegen den Ausbau von Flughäfen. Dabei kommt beispielsweise auch der lange Jahre andauernde Protest und Widerstand gegen den Flughafen von Tokio in Erinnerung. Und Hunderttausende wenden sich gegen den weiteren Rüstungswettlauf; zuletzt eine viertel Million wiederum überwiegend junger Menschen Mitte Oktober bei einer Demonstration in Bonn und sodann mit ähnlichen Zahlen in mehreren anderen europäischen Hauptstädten.

Der Protest äußert sich in unterschiedlichen Formen. In großen Demonstrationen, in der gewaltlosen Besetzung von leerstehenden Häusern oder von Baustellen. Aber immer wieder auch in Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei und in der Zerstörung von Schaufenstern und Automobilen. In Berlin - aber nicht nur dort - hat sich der Protest auch politisch organisiert. 90000 Wähler haben dort einer Gruppierung, die sich "Alternative Liste für Umweltschutz und Demokratie" nennt, zu neun Mandaten im Abgeordnetenhaus verholfen.

Hat dieser Protest eine gemeinsame Wurzel? Reicht er über den Tag hinaus? Ist er mehr als der durchaus normale Generationskonflikt? Ich glaube, ja!

Lassen Sie mich zunächst sagen, was dieser Protest nicht ist. Er ist in erster Linie kein polizeiliches Problem oder ein Problem der Rechtsdurchsetzung. Diese Frage stellt sich zwar auch, aber sie ist nicht zentral. Natürlich gibt es auch militante und kriminelle Elemente, die sich die Bewegung zunutze zu machen versuchen. Und es gibt ebenso einzelne anarchistische Ansätze. Aber das sind Randerscheinungen. Randerscheinungen sind auch die Versuche kommunistischer Gruppen, Einfluß zu nehmen. Diese Gruppen sind beispielsweise in Berlin schon zahlenmäßig viel zu schwach, um etwas bewegen zu können. Es ist nicht ganz in das öffentliche Bewußtsein in Westdeutschland gedrungen, daß sich bei der letzten Wahl in Berlin 90000 Wähler für die AL, aber nur 8000 von 1,5 Millionen für die SEW entschieden haben. Übrigens ein interessantes Verhältnis: Die SEW hat in Westberlin 4000 eingeschriebene Mitglieder - und 8000 Wähler.

Es gibt auch keine östliche Steuerung oder Verschwörung, von der gern die Rede ist. Gewiß grämen sich die osteuropäischen Führungen nicht, wenn wir Schwierigkeiten haben - aber das soll umgekehrt auch nicht viel anders sein. Und eine Jugendprotestbewegung, die eines Tages auch in ihren Bereich übergreift - es gibt schon erste Anzeichen dafür;- , ist wohl das letzte, wofür sich die DDR oder gar die Sowjetunion erwärmen würden.

Das gilt ebenso für die Friedensbewegung. Sie ist mannigfaltig, in ihrer Mehrheit eher an christlichen und ethisch-moralischen Prinzipien orientiert und in ihrer Breite keineswegs einäugig, also der

sowjetischen Aufrüstung gegenüber blind, wie die öffentliche Darstellung dies hin und wieder vermittelt. Auch hier spielt die kommunistische Einflußnahme keine wesentliche Rolle. Und auch bei der Friedensbewegung wünscht die Führung der DDR nichts weniger, als daß sie auf ihren Bereich übergreift und etwa die dort in Gang gekommene Diskussion über die Einführung eines Sozialen Dienstes - neben den unbewaffneten Baubataillonen - als Alternative zum Wehrdienst belebt. Natürlich ist die Bewegung gegen den Doppelbeschluß. Aber das ist nicht Ausfluß einer antiamerikanischen oder gar, wie auch behauptet wird, prosowjetischen Einstellung, sondern eine Folge der abweichenden Einschätzung der Auswirkungen des Doppelbeschlusses auf den Rüstungswettlauf und die Verhandlungsbereitschaft der beiden Supermächte. Eine abweichende Einschätzung, die sich auch außerhalb der Protestbewegung findet und die ein Gespräch zwischen denen, die wie ich den Doppelbeschluß als eine Hilfe auf dem Wege zur Verlangsamung des Rüstungswettlaufs ansehen, und denen, die gegenteiliger Ansicht sind, durchaus nicht ausschließt.

Im übrigen greifen alle formelhaften Beurteilungen der Friedensbewegung und des Jugendprotestes zu kurz. Tatsächlich verstehen sich wesentliche Teile dieser sehr heterogenen Jugendbewegung als ein Protest gegen Wucherungen der Wohlstandsgesellschaft, gegen angebliche Sachzwänge, gegen Orientierungslosigkeit und den Verlust humaner Werte, gegen Kälte, Gleichgültigkeit und Heuchelei - ein besonders wichtiger Punkt - und auch als Ausdruck von Ängsten, die immer stärker ins Bewußtsein nicht nur der jungen Generation treten.

Gefährdungspotentiale

Lassen Sie mich zu diesen Ängsten etwas sagen. Angst ist keine neue Erscheinung, erst recht keine Erscheinung, die erst in unserer Zeit aufgetreten wäre. Sie ist so alt wie die Menschheit. Dennoch stimme ich denen zu, die glauben, daß die Angst gegenwärtig im Wachsen begriffen ist. Mehr und mehr Menschen erfüllt offenbar die Sorge, der gegenwärtige Zustand könnte sich rasch zum Schlechten verändern, und viele fürchten, daß Katastrophen bisher unbekanntem Ausmaßes nicht mehr auszuschließen seien. Und nicht wenige halten die Entwicklung dorthin für zwangsläufig und unbeeinflussbar wie eine Lawine, die sich schon gelöst hat und nun immer schneller zu Tal rast.

Sicher ist diese Sorge da und dort übertrieben, sicher wird sie auch gelegentlich mißbraucht, aber sie erscheint mir nicht ganz unbegründet. In der Tat hat sich das Gefahrenpotential zu Lebzeiten unserer Generation in relevanter Weise vergrößert. Nicht die Gefahren als solche sind neu, auch nicht die Art des Unheils, das sie im Falle ihres Eintritts bewirken. Das sind wie eh und je Tod, Schmerz, Leiden, Hunger, Verlust an materiellen Gütern, von Kultur, an Lebensqualität. Neu ist das Ausmaß des Unheils, das gegebenenfalls über uns käme und das in vollem Umfang zu erfassen unserer Vorstellungskraft Mühe bereitet.

Ich erwähnte nur einige Stichworte: Das ist die Zerstörungskraft der nuklearen Waffen. Bei dem bekanntesten Luftangriff konventioneller Art, dem auf Dresden am 12. und 13. Februar 1945, starben in wenigen Stunden 60000 Menschen. Der Atombombe, die am 6. August 1945 über Hiroshima explodierte, fielen binnen Minuten bereits 200000 Menschen zum Opfer, und eine große Zahl starb in der Folgezeit. Heute würde, und ich wähle das Beispiel, weil ich dort vor wenigen Tagen eine Diskussion miterlebt habe, der Abwurf eines einzigen nuklearen Sprengkopfes auf Los Angeles mit einer Sprengkraft von 1 Megatonne sofort eine Million Menschen töten und eine weitere Million in einen Zustand versetzen, bei dem Rettung nicht zu erwarten wäre. Zur Zeit existieren mehr als 20000 solcher nuklearer Sprengkörper, und monatlich kommen in Ost und West neue hinzu.

Da ist weiter das vervielfachte Gefährdungspotential, das sich aus dem Fortschreiten der Naturwissenschaften und der Technik, aus dem immer weiteren Hinausschieben der Grenze zwischen dem ergibt, was der Mensch zu tun und zu bewirken fähig, und dem, was seiner Einwirkung entzogen ist. Wieder ist nicht die Gefahr als solche neu. Neu ist das Ausmaß der Folgen, die eintreten können, wenn sich die Gefahr realisieren sollte. Das gilt für die Kernenergie, das gilt - etwas abgestuft - für die Elektronik. Und es gilt ebenso für die Möglichkeit der GenBeeinflussung, also letztlich der Vorprogrammierung menschlicher Lebewesen, um ein Beispiel zu nennen, das noch nicht ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist.

Schließlich erwähne ich noch das durch ein rapides Bevölkerungswachstum potenzierte Krisenpotential der Dritten Welt. Die Vorgänge im Iran, aber auch in Teilen Lateinamerikas und in Teilen Afrikas lassen dieses Potential in Umrissen erkennen. Abermals sind es die Größenordnungen, die über die historischen Erfahrungen hinausgehen. Und es kommt noch etwas hinzu: Das Schrumpfen der Entfernungen, die heute ja sinnvollerweise in Zeiteinheiten und nicht mehr in Kilometern gemessen werden. In der gleichen Zeit, in der man vor 150 Jahren gerade von Hamburg nach Hannover gelangte, kommt man heute nach Hongkong, Singapur oder San Francisco.

Kann man junge Menschen, die diesen Ängsten Ausdruck geben, tadeln? Kann man sie leicht hin beschwichtigen? Über den richtigen Weg, den Frieden zu erhalten und die atomare Katastrophe zu vermeiden, gibt es ja Diskussionen auch unter denen, die - wie ich und die Mehrheit meiner politischen Freunde - die Strategie des Gleichgewichts, der Abschreckung und den Doppelbeschluss bejahen.

Und wie steht es eigentlich mit den Wucherungen, mit den Verabsolutierungen des ökonomischen Prinzips? Richtet sich der Protest hier gegen einen Popanz? Fehlt es ihm an Ansatzpunkten für eine Kritik?

Ich bezweifle das. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen ein von der Schweizerischen Regierung berufenes und wohl schon deshalb über den Verdacht modischer Tageserklärungen oder gar einseitiger Radikalität erhabenes Gremium - hat gerade dazu im November vergangenen Jahres eine bemerkenswerte Untersuchung vorgelegt und an einer Stelle unter anderem gesagt: "Gleichzeitig erleben viele Jugendliche mehr und mehr die menschlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Kosten der Wohlstandsproduktion. Sie suchen Arbeit, die zur Selbstentfaltung beiträgt, in der sie aber auch einen sinnvollen Beitrag zum Allgemeinwohl sehen können, finden häufig aber nur einen "Job", eine Möglichkeit zum Geldverdienen in beliebigem und unüberblickbarem Zusammenhang. Der von Produktion und Konsum bestimmte Lebensrhythmus erstickt die Entfaltung von Persönlichkeit und Gemeinschaft. Belastung und Verwüstung der Umwelt schließlich stehen nicht nur als abstrakte Aussicht auf ein apokalyptisches Ende am fernen Horizont, beides wird in der städtischen Lebenswelt täglich erfahren, auch wenn wir von den Verhältnissen ausländischer Millionenstädte noch entfernt sind."

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Nach wie vor hingegen wirkt sich vom Pluralismus das aus, was das Gefährlichste an ihm ist: Daß aus einem Gewährenlassen ein Vernachlässigen wird. Man interessiert sich nicht mehr für den anderen, fühlt sich für ihn und sein Tun nicht mehr mitverantwortlich und verlangt von ihm lediglich, in Ruhe gelassen zu werden. Dies geschieht insbesondere zwischen den Generationen sowohl innerhalb der Familie als auch in der ganzen Gesellschaft. Sprachverlust, Abbruch des Gesprächs sind Folgen einer solchen Vernachlässigung. Die weitverbreitete Isolation, zu der sie führt, wird durch die städtisch- industrielle Lebens- und Arbeitsweise noch unterstützt. Teamarbeit gibt es nur für relativ wenige, und unsere Wohn- und Baukultur ist einseitig auf Rückzug in die eigenen vier Wände ausgerichtet. Diese Entwicklung zur Isolation der Generationen und der einzelnen ist langfristig. Sie hat in den derzeitigen Jugendunruhen nur einmal mehr zu einem Ausbruchversuch geführt.“

Wohlgemerkt - das sagen nicht radikale Sozialisten oder Ökologen, nicht Pastoren oder Angehörige der Societas Jesu, oder realitätsferne Weltverbesserer - um alle Fakultäten gleichmäßig zu bedenken. Das sagt eine offizielle Kommission der allen Abenteuerlichkeiten abgeneigten Schweiz.

Und noch ein Zeuge kann in Anspruch genommen werden, der ebenfalls nicht zu den Extremisten zählt. Papst Johannes Paul II. Er hat erst kürzlich gesagt: "Das notwendige wirtschaftliche Wachstum mit seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten muß in die Perspektive einer ganzheitlichen und solidarischen Entwicklung der einzelnen Menschen und Völker einbezogen werden. Sonst wird der Teilbereich wirtschaftlichen Wachstums so übermächtig, daß er den gesamten Bereich des menschlichen Lebens seinen partiellen Erfordernissen unterordnet, dabei den Menschen erstickt, die Gesellschaft zersetzt und schließlich in den eigenen Spannungen und Exzessen steckenbleibt."

Ich könnte die Liste der Zitate beliebig verlängern. Interessant ist zum Beispiel, daß ein Mann wie Bahro nicht etwa der Entfesselung der Produktivkräfte das Wort redet, sondern die Aufgabe des von ihm vertretenen Marxismus vornehmlich in der ihrer Fesselung erkennt. Allein schon diese merkwürdige Übereinstimmung von den unterschiedlichsten Standpunkten her sollte Anlaß zum Nachdenken geben.

Was folgt daraus? Darüber sind wir uns offensichtlich noch keineswegs einig. Manche meinen, das Ganze sei doch eher eine Sache der Polizei. Man müsse mit Härte und kompromißloser Ablehnung reagieren. Sie loben dann entsprechende Vorgehensweisen, geraten aber mit solchem Lob schnell in eine Sackgasse, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen. Andere meinen, das laufe sich bald tot. Man müsse vielleicht etwas häufiger mit den Jungen reden, sie beispielsweise zu Parteitag einladen und dort zu Worte kommen lassen, sie wenigstens anhören. Ich glaube das alles nicht.

Noelle-Neumann

An der Schwelle des Zweiten Weltkrieges, im Jahre 1939, erschien das Buch eines Sozialhistorikers, der erst in den 60er, 70er Jahren bei uns bekannt wurde, nämlich Norbert Elias. Das Buch hieß "Über

den Prozeß der Zivilisation". Vorausschauend sprach Elias damals von der Notwendigkeit, in der Zukunftsgesellschaft von Fremdzwängen auf Selbstzwänge überzugehen. Anders vielleicht, als Elias es sich gedacht hatte, läßt sich heute eine solche Notwendigkeit erkennen, und zwar aufgrund der Auswirkungen der Wohlfahrts- und Überflußgesellschaft. Mir ist klar, daß uns das Wort vom "Selbstzwang", das Elias gebraucht, zunächst abstößt. Ich möchte aber diesen Gedanken aufgreifen, weil ich glaube, daß wir hier einen Einstieg zu unserem Thema finden.

Abbau von Fremdzwängen

Fremdzwang, darunter können wir alles verstehen, was von außen her auf einen Menschen an Schwierigkeiten zukommt. Das reicht von der Armut bis hin zum widrigen Klima. Fremdzwang ist aber auch der Zwang, der von den Eltern und Lehrern auf das Kind oder den Jugendlichen ausgeübt wird, der Zwang, dem sich Angestellte oder Arbeiter seitens ihrer Chefs ausgesetzt sehen, oder auch der Zwang, der von Autoritäten ausgeht, um die Befolgung der Gebote Gottes durchzusetzen. Es sind also ganz verschiedene Arten von Fremdzwängen.

Das Eigenartige ist nur, daß in diesem Jahrhundert praktisch alle diese Fremdzwänge zurückweichen. Denken Sie nur an die antiautoritäre Erziehung oder an die Aufhebung von Jahrhunderte- oder jahrtausendealten Regeln der Sexualmoral oder an den Abbau von Sanktionen des Arbeitgebers am Arbeitsplatz; selbstverständlich auch an den Fremdzwang, der aus der Armut kommt. Wohin man schaut, überall sind die Fremdzwänge im Abbau begriffen, als wenn hier eine eigentümliche Regie am Werke wäre.

Fehlender Übergang zu Selbstzwang

Was wir bisher jedoch nicht sehen, ist der Übergang von Fremdzwang auf Selbstzwang. Man hätte doch erwarten können, daß die Menschen, die von Fremdzwängen freigestellt werden, auf Selbstzwänge übergehen. Aber das geschieht offenbar nicht von allein. Möglicherweise hätten wir erkennen müssen, daß es in diesem Jahrhundert unsere Aufgabe zu sein hat, den Menschen zum Selbstzwang fähig zu machen, wenn die Fremdzwänge in einem solchen Maße zurückgehen. Auf diesen Gedanken ist man aber nicht gekommen; er ist nicht aktuell.

Mir ist klar, daß ich mich hier insofern einer psychologischen Schwierigkeit gegenübersehe, nämlich über etwas zu sprechen, das, wie Luhmann sagen würde, nicht thematisiert ist. Dennoch halte ich es für notwendig, daß wir uns diesem Thema zuwenden, ganz gleich, wo wir stehen.

Mit dem Abbau des Fremdzwanges ist nämlich der Selbstzwang - oder sagen wir einfach: die Selbstbeherrschung - nicht stärker, sondern schwächer geworden. Nicht das Hartsein, sondern das Weichsein gegen sich selbst hat zugenommen. Unser Jahrhundert wollte mit geschärftem sozialem Bewußtsein die Partei des Schwachen ergreifen, ihn schützen, ihm Sicherheit geben. Aber nun stehen wir im letzten Fünftel dieses Jahrhunderts und können die Klagen über die zunehmende Ichschwäche der Menschen nicht mehr überhören.

Wechsel in den Erziehungswerten

Ich habe in verschiedenen Veröffentlichungen dargelegt, welcher eigentümlicher Wechsel in den Erziehungswerten eingetreten ist, ein Wertwandel, wenn Sie so wollen. Eine Gesellschaft tut die Werte, die sie hat, ja unter anderem in ihren Erziehungswerten kund. Zwischen 1967 vorher haben wir das nicht gemessen - und 1972 hat sich das, von dem die Menschen sagten, dazu wollten sie ihre Kinder erziehen, außerordentlich verändert. So sanken zum Beispiel bei den unter Dreißigjährigen Dinge wie Höflichkeit und gutes Benehmen als Erziehungsziele von 82 auf 50 Prozent ab. "Die Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun" war 1967 für 71 Prozent der jungen Leute etwas, wozu sie ihre Kinder erziehen wollten; fünf Jahre später waren es nur noch 51 Prozent. "Sparsam mit Geld umgehen" oder "sich in eine Ordnung einfügen", anpassen oder Pünktlichkeit und Sauberkeit, alle diese Werte sanken plötzlich als Erziehungsziele außerordentlich ab.

Andere Erziehungswerte haben zugenommen, zum Beispiel tolerant sein oder auch sich durchsetzen - zwischen diesen beiden Werten besteht ja eine interessante Spannung. Aber diese neu heraufkommenden Erziehungswerte besitzen keinen Einschluß von Selbstkontrolle, während die absinkenden Erziehungswerte - Höflichkeit, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung - alle eines gemeinsam haben: sie bedeuten auch Selbstkontrolle. Sie haben zwar auch viele andere Eigenschaften, sicher auch jene, die stets scharf attackiert werden, nämlich den Menschen sozusagen am Arbeitsplatz nützlicher zu machen. Aber Pünktlichkeit hat nicht damit zu tun, wieviel Zeit ich habe, sondern ist eindeutig eine Frage der Selbstdisziplin. Das gleiche gilt für Sauberkeit, Ordnunghalten, Höflichkeit. Das sind alles Dinge, in denen ich mich selbst kontrollieren und in Disziplin nehmen kann.

Mit diesen Tugenden, die so altmodisch klingen, hat es eine ganz merkwürdige Bewandnis. Als diese Werte als Erziehungsziele bei den jungen Leuten um 20-30 Prozent absanken, sah es zunächst aus wie eine Befreiung. Gleichzeitig wurde damit unmerklich aber auch eine Chance abgebaut, nämlich die Chance zu einem ständigen, unauffälligen Training in Selbstkontrolle. Diese altmodischen Tugenden gaben die Chance, Selbstkontrolle zu trainieren. Und Selbstkontrolle ist für mich gewissermaßen ein Angelpunkt für viele der Fragen, die uns heute beschäftigen.

Selbstkontrolle - Selbstbewußtsein - Sich-Wohlfühlen

Wenn ich von einer Chance spreche, mag das für viele von Ihnen nach einer Art preußischem Rigorismus klingen. In Wirklichkeit ist es aber etwas ganz anderes, ein verkappter Hedonismus, wenn Sie so wollen. Es läßt sich nämlich demoskopisch jederzeit nachweisen, daß drei Dinge eng zusammenhängen: Selbstkontrolle führt zu Selbstbewußtsein, und Selbstbewußtsein hat zur Folge, daß man sich wohlfühlt, gern lebt. Wir müssen hier also gar nicht irgendeine Tugend predigen, sondern uns nur fragen, wie es eigentlich angeht, daß ein Mensch sich in seiner Haut wohlfühlt. Soweit ich es sehe, gibt es ohne Selbstbewußtsein kein SichWohlfühlen.

Nun kann man Selbstbewußtsein auf verschiedene Weise gewinnen, zum Beispiel auch, indem man Macht über andere ausübt. Für viele Menschen mag der Gedanke aber nicht angenehm sein, daß sich Menschen um sie herum darauf verlegen, ihr Selbstbewußtsein aus der Macht über andere gewinnen zu wollen. Besser wäre es für uns alle und auch für die Betroffenen, wenn sie ihr Selbstbewußtsein aus der Selbstkontrolle gewinnen würden.

Eine Möglichkeit der Selbstkontrolle bietet der Beruf. Aber diese Chance ist bei den jungen Leuten weitgehend verdorben, weil sie der Ansicht sind, daß sie in der Berufsarbeit ausgebeutet werden. Diese feste Überzeugung hindert sie daran, in der Berufsarbeit ein ernstes Training der Selbstkontrolle zu sehen. Das gilt übrigens auch für die Mitarbeiter meines Allensbacher Instituts, von denen jeder vierte unter 30 Jahre ist. Ich spreche also nicht aus der Theorie, und ich sehe ja auch meine Studenten.

Anders ist es im Sport; der Sport bietet eine Chance für Selbstkontrolle, und die wird auch wahrgenommen. In relativ kurzer Zeit, innerhalb der letzten 20 Jahre, verzeichnen wir überall, besonders in der westlichen Welt, eine sprunghafte Zunahme des Selber-Sport-Treibens. Die Berichterstatter aus dem amerikanischen Gallup-Institut sagen, das sei überhaupt die aufregendste Veränderung, die sie in den letzten 40-50 Jahren gemessen hätten. Das ist übrigens keine Frage der Freizeit oder des Geldes. Es geht nicht um die teuren Sportarten, Golf oder ähnliches, sondern um ganz einfache Dinge wie radfahren oder Rollschuh laufen. Gerade beim Rollschuhlaufen kann man wunderschön Selbstkontrolle üben: Wenn man es nicht gut kann, kippt man eben um. Da hängt es allein von dem einzelnen selbst ab, ob er die Sache beherrscht, und nicht von irgend jemand anderem. Ich sehe in der sprunghaften Zunahme des Sports eine instinktive Abwehr der Menschen gegenüber Einflüssen, die zu einem Abbau von Selbstkontrolle führen.

Ebenso sehe ich in dem strikten Gebot der Schlankheit eine instinktive Maßnahme, Selbstkontrolle zu üben. Unsere Sekretärinnen haben es sonst schwer mit der Selbstkontrolle, aber wenn es ums Essen geht, dann üben sie Selbstkontrolle - wegen der schönen Figur - und stärken damit ihr Selbstbewußtsein. Auch die Gesundheit, das gesunde Leben, ist Selbstkontrolle, und Sie wissen, wie hoch das bei uns im Kurs steht. Selbst die Antiraucherstimmung hängt zum Teil damit zusammen.

Negative Auswirkungen des Fernsehens

Merkwürdigerweise laufen hier mehrere Einflüsse zusammen. So gibt es ein Feldexperiment über die Wirkungen des Fernsehens, das eine Reihe von klaren Nachweisen bringt. Wir haben seinerzeit im Abstand von zwei Jahren Familien befragt, die sich ihr erstes Fernsehgerät angeschafft hatten, und sie mit einer Kontrollgruppe verglichen, die kein Fernsehgerät besaß. Zwei Ergebnisse fielen uns besonders auf: Den fernsehenden Familien machte erstens die Arbeit weniger Spaß - und Arbeit ist sehr viel Selbstkontrolle;- , und zweitens fühlten sie sich weniger wohl. Dabei waren diejenigen, die sich ein erstes Fernsehgerät angeschafft hatten, vorher genauso gut aufgelegt gewesen wie die Kontrollgruppe, während sich zwei Jahre später ein deutlicher Unterschied zeigte zwischen denen, die ein Fernsehgerät hatten, und denen, die keins hatten.

Es gibt Langzeituntersuchungen für die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik vom Ende der 50er Jahre an, in denen wir die Frage stellten: "Man ist ja nicht jeden Tag gleich gut aufgelegt. Wenn Sie an gestern denken, würden Sie sagen, Sie waren gestern im großen und ganzen sehr gut, mittel oder nicht gut aufgelegt?" "Sehr gut aufgelegt" sagten uns 1958 44 Prozent der Bevölkerung, 1973 39 Prozent und 1980 33 Prozent. Das heißt, in unserer Gesellschaft nimmt das Gefühl zu "ich fühle mich nicht wohl".

Bei den zum Teil unverstandenen Schwierigkeiten der Gegenwart, mit denen wir uns beschäftigen müssen, sollten wir uns fragen, ob wir die wirklichen Ursachen erfaßt haben. Wenn weder Fremdzwang noch Selbstzwang geübt werden, dann fallen nach allem, was ich sehen kann, Selbstbewußtsein und Wohlbefinden in sich zusammen. Derjenige, der sich in der eigenen Haut nicht wohlfühlt, wird bei uns noch ermutigt, die Ursache dafür in der Umwelt, bei anderen zu suchen. Damit verschlimmert sich das Übel.

In den mannigfachen Analysen über die Gründe der Jugendunruhen finde ich über diese Zusammenhänge nichts. Ich lese nichts darüber, daß der Fremdzwang auf breitester Front abgebaut wird und daß dafür der Selbstzwang trainiert werden müßte als Voraussetzung für das Wohlbefinden. Vielleicht könnten wir einen neuen Ansatz finden, wenn wir einmal über die Arbeit neu nachdenken würden. Statt dessen werden der jungen Generation völlig andere Handreichungen geboten, und der älteren Generation werden ganz andere Erklärungen für die Ursache gegeben.

Vorwürfe an die Umwelt

Ich greife in dem Zusammenhang, wie Herr Vogel, auf die Thesen der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen zu den Züricher Jugendunruhen 1980 zurück. Was erfahren wir dort über die Ursachen der Jugendunruhen? Ich zitiere als einen Kurzextrakt: Lieblosigkeit und Kälte der Umwelt; Sehnsucht nach einer Welt ohne Druck; Wunsch nach Freiraum; vitale Bedürfnisse nach Bewegungsfreiheit und Kreativität einerseits, nach Ruhe und Geborgenheit andererseits, außerdem ein Gefühl, betrogen worden zu sein. Das alles sind Vorwürfe und Forderungen an die Umwelt. Das Verlangen nach weniger Druck beispielsweise. Daß man auf sich selbst vielleicht mehr Druck ausüben müßte, daß vielleicht mehr Selbstzwang erforderlich ist, davon lese ich nichts. Die Umwelt soll Freiraum gewähren, sie soll liebevoller sein, sie soll Geborgenheit und Ruhe schaffen. Auch dem Bildungssystem wird vorgeworfen, es habe versagt, also wiederum die Umwelt. Es fehle beim Bildungssystem daran, Selbständigkeit, Kreativität, Entfaltung der Persönlichkeit zu unterstützen - alles Stichworte, in denen die Selbstkontrolle, die Stärkung des Ichs durch Selbstbeherrschung nicht vorkommen.

Durch all diese Thesen werden junge Menschen in die Richtung gelenkt, die Schuld für ihr Unbehagen bei der Umwelt zu suchen. Auf der anderen Seite wird ihnen dann Wehleidigkeit vorgeworfen. Und in der Tat, in der Umwelt und bei anderen die Ursache für eigenes Unbehagen zu suchen, führt genau zu dem, was man Wehleidigkeit nennt. Ich muß hier leider meine eigene Wissenschaft, die Sozialforschung, anklagen, die mit schuld daran ist, wenn die junge Generation mit solchen in die Irre führenden Diagnosen versehen ist, wie gut sie auch immer gemeint waren. Wenn man nicht bei sich selbst anfängt, sondern in einer besseren Umwelt, einer anderen Gesellschaft die Lösung sucht, dann trägt das mit zur Ichschwäche bei. Ich hielte es für einen großen Fortschritt, wenn man diesen Sachverhalt jungen Menschen darlegen könnte, ohne daß das als eine Art von Tugendpredigt mißverstanden wird.

Erziehung zum Selbstzwang

Ich habe eingangs schon gesagt, daß das, was ich Ihnen zu schildern versuche, quer liegt zu den gegenwärtigen Deutungsweisen und Perspektiven. Ich will im Zusammenhang mit dem bisher Gesagten auf zwei Punkte aufmerksam machen, die meist nicht genügend berücksichtigt werden. Erstens: Lebensverhältnisse, wie sie früher nur einer kleinen Oberschicht vorbehalten waren, sind heute allgemein geworden. Aber die früheren Oberschichten haben Jahrhunderte hindurch eine unerhörte Energie darauf verwandt, um ihre Kinder zum Selbstzwang fähig zu machen. Wenn das nicht gelang, sprach man von entarteten Kindern. Dieses pädagogische Bemühen, die eigenen Kinder zum Selbstzwang fähig zu machen, ist nun nicht im gleichen Maße ausgebildet worden, wie der Wohlstand von der Oberschicht übernommen wurde.

Um Wohlstand für sich zu erlangen, mußte man die Aufmerksamkeit auf die Umwelt richten - das betraf die Verteilungskämpfe zwischen arm und reich. Die Aufmerksamkeit auf die Umwelt zu richten war in den letzten hundert Jahren außerordentlich berechtigt. Nur auf diese Weise konnte in den Verteilungskämpfen oder Klassenkämpfen ein Fortschritt erzielt werden. Jetzt aber wäre es wichtig, auch zu erkennen, wie sehr man sich selber schädigt und schwächt, wenn man die Umwelt für alles verantwortlich macht, was einem selber Unbehagen bereitet. Die Sozialforschung spricht hier von der relativen Deprivation.

Nachdem der Wohlstand erreicht wurde, müßten die Erziehungsgrundsätze und Lebensregeln diese zweite Aufgabe berücksichtigen. Als Kind wurde mir von meinem Vater von Anfang an der Erziehungsgrundsatz eingegeben, nicht zu vergleichen. Er sagte, es sei in unseren Familien seit Jahrhunderten die Regel gewesen, nicht zu vergleichen. Vergleichen: das ist Umweltorientierung.

R. Dahrendorf

Ich habe selten zwei Referate gehört, die so direkt zum Thema beitragen und die sich doch so wenig in ihrem Ansatz überschneiden. Ich hoffe sehr, daß uns die Spannung zwischen diesen beiden Ansätzen im Verlauf der Diskussion nicht verlorengeht.

Ohne versuchen zu wollen, eine falsche Harmonie herzustellen, möchte ich eine kurze Bemerkung zum Thema hinzufügen. Herr Vogel hat in eindringlicher Weise vom Inhalt des staatsbürgerlichen Grundkonsenses gesprochen, der gelegentlich, wie er meinte, zu sehr beladen wird. Frau Noelle-Neumann hat in ebenso eindringlicher Weise vom Verhalten der einzelnen, zumal junger Menschen, gesprochen, und was dieses Verhalten beeinflußt. Ein wichtiger Aspekt dessen, was man staatsbürgerlichen Grundkonsens nennt, könnte nun darin bestehen, daß er eben nicht identisch ist mit dem Gesamtbereich der Verfassung, nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form nicht.

Der staatsbürgerliche Grundkonsens, wie ich ihn verstehe, ist etwas, das in den Menschen existiert und nicht äußerlich. Ich würde weitergehen und sagen: In dem Maße, in dem es nötig wird, diesen Grundkonsens in rechtlichen Regelungen und Gerichtsurteilen festzumachen, ist er in gewisser Weise schon zerbrochen. In dem Maße also, in dem man anfängt, das, was man Konsens nennt, zu formalisieren und sich immerfort auf Buchstaben beruft und vom einzelnen sogar verlangt, daß er sich mehr zu den Buchstaben als zum Geist von Regelungen bekennt, ist der staatsbürgerliche Grundkonsens erheblich gefährdet. Ich betone das besonders angesichts der vielen Juristen, die hier um den Tisch sitzen.

Zum Ablauf der Diskussion möchte ich zunächst nur sagen, daß wir uns mit zwei Fragen beschäftigen müssen, nämlich erstens: Was ist los? und zweitens: Was kann man tun?

Nun werden wir heute im wesentlichen von der Bundesrepublik sprechen, aber doch nicht nur, und die anwesenden Schweizer werden bemerkt haben, daß sich beide Referenten auch auf die Schweiz bezogen haben. Ich würde deshalb ganz gern zuerst Herrn Bütler bitten, etwas zur Situation in der Schweiz zu sagen, damit wir uns nicht von vornherein auf die deutschen Verhältnisse konzentrieren.

Bütler

Lassen Sie mich einige Aspekte aus der Perspektive Zürichs anführen. Die "Bewegung", wie man das in Zürich noch heute nennt, ist vor allem während des ersten Jahres eine buntscheckige Erscheinung gewesen, in der sehr verschiedene Elemente zusammenliefen. Ein Teil derjenigen, die sich aktiv an den Züricher Ereignissen beteiligt haben, waren in den Jahren zuvor in der Bewegung gegen die Kernkraftwerke stark engagiert gewesen. Das ist dann nach 1977 zurückgegangen, weil keine Entscheide mehr anstanden.

Nun unterscheiden sich die Ereignisse in der Schweiz generell sehr wesentlich von denen in England, in Italien oder in der Bundesrepublik. Im Unterschied zu Italien etwa mit seiner außerordentlich hohen Jugendarbeitslosigkeit, wo es 1977 eine vergleichbare Bewegung der „Autonomen“ gab, bildet in der Schweiz das Phänomen Arbeitslosigkeit nicht den Hintergrund der Ereignisse.

Kurz bevor die Unruhen in Zürich Ende Mai 1980 begannen, wurde eine breit angelegte soziologische Untersuchung über die Einstellung Jugendlicher durchgeführt. Darin wurde festgestellt, daß rund 95 Prozent der Jugendlichen mit Arbeit, Ausbildung, Elternbeziehungen und so weiter mehr oder weniger zufrieden sind. Lediglich 5 Prozent zeigten sich ausgesprochen unzufrieden mit den Verhältnissen. Deshalb kann man nicht einfach von der Jugend sprechen, sondern nur von einem sehr kleinen Teil, eben diesen 5 Prozent, und auch von denen waren nur einige in der Bewegung aktiv.

Ein Jahr lang erlebten wir in Zürich eine bemerkenswerte Mobilisation. Wir hatten Demonstrationen, an denen 3000, 5000, 7000 Leute teilnahmen. Das dauerte bis zum 1. Mai 1981, als der Kern der Bewegung die Mai-Feiern der Gewerkschaften und Sozialdemokraten störte, so daß sie abgebrochen werden mußten.

Man kann die "Bewegung" wie folgt analysieren: Es gibt einen Kern von "Autonomen", wie sie sich in Zürich nannten, die die Initiative ergriffen, indem sie an aktuelle Probleme, wie zum Beispiel die Opernhausabstimmung, anknüpften und immer wieder versuchten, den Protest weiterzutragen. Um diesen Kern herum bestanden gewisse politische Schichten, die die Mobilisierung mitbetrieben haben. Dazu gehörten Teile des linken Flügels der Sozialdemokraten, der Partei der Arbeit und die progressiven Organisationen, die sich selbst als Kommunisten deklarieren, Trotzlisten und andere.

Seit der Konfrontation vom 1. Mai hat es aber keine große Demonstration mehr gegeben. Die ganze Sache ist mehr oder weniger in sich zusammengefallen, bis auf die 200, 300 oder 400 Leute, die zum autonomen Kern zählen. Interessanterweise taucht dieser Kern in der Analyse der Eidgenössischen

Jugendkommission praktisch überhaupt nicht auf, lediglich an einer Stelle findet sich ein Hinweis, wo auf Slogans hingewiesen wird, die zur Gewaltanwendung ermutigt hätten. Die Analyse ist in dieser Hinsicht unzureichend. Der Dialog, den die Kommission empfiehlt und selber anzuregen versucht, zum Beispiel mit dem zweiten Bericht, wird natürlich von dem Kern rundweg abgelehnt. Da heißt es etwa in einem Editorial: "Auch wir fürchten uns vor Gewalt, aber wir gehen davon aus, daß ein Gespräch mit den Behörden, mit den Vertretern der Staatsgewalt nicht mehr möglich ist, es noch nie war."

Es ließen sich zahlreiche solcher Beispiele anführen, die zeigen, daß im Kern dieser Autonomen nie die Absicht bestanden hat, tatsächlich vorhandene Probleme, zum Beispiel stadtökologische Mißstände, aufzugreifen und an Lösungen mitzuarbeiten, sondern diese Gruppe hat die Probleme nur benutzt, um Konflikte in ihrem Sinn voranzutreiben.

Zum Selbstverständnis dieser Gruppen kann man an einen Begriff von Michel Foucault erinnern, der in einem seiner Bücher die Gesamtheit der gesellschaftlichen und politischen Institutionen als Einsperrungssystem charakterisiert hat. Die ganze Gesellschaft von der Schule über die Arbeitswelt bis hin zu den Parlamenten sei ein Gefängnis, aus dem es auszubrechen gelte.

Diese Kerngruppen verweigern den Dialog in jeder Hinsicht, selbst mit der Jugendkommission. Sie verweigern sich auch der Politik. Eine der Alternativen Liste analoge Erscheinung gibt es in Zürich nicht. Diese Leute würden niemals ernsthaft für Ämter oder für ein Parlament kandidieren. Wenn so etwas gemacht wird, dann nur, um die Institutionen zu verhöhnen. So hat man zum Beispiel bei Richterwahlen eine bekannte Prostituierte nominiert, um die Justiz als Hure zu disqualifizieren.

Zum Selbstverständnis dieser Autonomen gehört auch die jederzeitige Bereitschaft zur Gewaltanwendung. So wurde in Zürich von Anfang an die Gewalt gegen Sachen in Kauf genommen. Dieser Begriff hat eine gewisse Nähe zum Terrorismus, mit dem man auch immer geliebäugelt hat. Das mag unter anderem damit zusammenhängen, daß in der Bewegung einige Leute aktiv waren, die mit italienischen Verhältnissen sehr vertraut sind und zum Teil mit den Organisationen eines Toni Negri in einer gewissen Beziehung standen oder stehen.

Noch ein Wort zur Jugendkommission. Sie soll ausdrücklich Sprachrohr der Jugend sein. Die Kommission ist nicht entsprechend dem politischen Spektrum repräsentativ zusammengesetzt, sondern es gehören junge Leute aus verschiedenen politischen Gruppierungen dazu.

Vogel

Zählt man mit 45 noch zur Jugend?

Bütler

Da greifen Sie wahrscheinlich das älteste Mitglied heraus. Der Fehler dieser Kommission war, daß sie sich zum Sprachrohr nur der protestierenden Jugendlichen gemacht hat, ohne die übrigen 95 oder 97 Prozent in ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

Vogel

Die Aufgabe der Eidgenössischen Kommission ist schriftlich umrissen, Herr Bütler. In dem amtlichen Dokument heißt es: "Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen ist laut ihrem Mandat verpflichtet, die Möglichkeiten jugendpolitischer Maßnahmen auf Bundesebene zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Vorschläge auszuarbeiten." Es handelt sich hier also nicht um einen erweiterten Landesjugendring, der nur das wiedergibt, was die Jugend sagt, sondern die Kommission wurde von der Regierung berufen, von meinem Freund Furgler, der über jeden Verdacht revolutionärer Umtriebe weit erhaben ist.

Wir hatten seinerzeit vier oder fünf Mitglieder der Kommission nach Berlin eingeladen, und denen konnte man von den Physiognomien her nicht ansehen, daß sie Jugendvertreter waren. Da ich die NZZ regelmäßig lese und alle diese Einwände gerade im Zusammenhang mit den Züricher Auseinandersetzungen kenne, habe ich die Leute vorsorglich gefragt, ob sie vielleicht alle den falschen Parteien angehören. Aber da war einer von der Furgler-Partei, einer stand sogar dem Herrn Gnaeggi nahe.

Bütler

Ich habe nur gesagt, die Kommission hatte den Auftrag, Sprachrohr der Jugendlichen zu sein.

Bondy

Verglichen mit den Ereignissen in Berlin und in anderen deutschen Städten ist das, was in Zürich geschah, als sehr viel geringer einzuschätzen. Man muß hier zwischen dem Umfang und der Öffentlichkeitswirkung unterscheiden. In einer Stadt wie Zürich, die einen kleinen für die ganze Welt sichtbaren Mittelpunkt hat, nämlich die Bahnhofstraße mit ihren Banken und Luxusgeschäften, vermitteln solche Krawalle den Eindruck, als würde die ganze Welt zusammenbrechen. Ein Taxichauffeur in Washington fragte mich neulich: "Was zum Teufel ist in Zürich los?" Er stellte seine Frage nicht in bezug auf Berlin, Nürnberg oder andere Städte, wo viel mehr passiert ist. Man sollte also unterscheiden zwischen dem Umfang, der eigentlich sehr bescheiden war, und der Öffentlichkeitswirkung, die offenbar enorm ist.

Als Moralist, der er ist, zeigte sich Herr Vogel sehr schockiert darüber, daß man sich über Hausbesetzungen mehr aufregt als über Steuerhinterziehungen. Nun, eine Bewegung, die es erfolgreich und mit glänzender Beherrschung der Medientechnik darauf anlegt, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu geraten, fällt natürlich mehr auf als jene Privatleute, die möglichst unsichtbar bleiben wollen.

Vogel

Ich höre gern, Herr Bondy, daß es mit der Gewalt in Zürich gar nicht so schlimm gewesen ist. Ich habe mir vor kurzem eine amtliche Statistik geben lassen über die Zahl der verletzten Beamten, der Festnahmen und über die entstandenen Millionenschäden. Ich kann nur sagen, die Werte liegen über denen von Berlin. Wenn es nur um 400 Verrückte oder Autonome ginge, wie Herr Bütler meint, dann würden wir hier nicht ernsthaft darüber reden. 400 Verrückte muß ein Volk ertragen können.

Natürlich wollen die Jugendlichen Aufmerksamkeit, Herr Bondy, und sie machen dieses Theater, weil sie wissen, daß die Medien normale Argumente nicht zur Kenntnis nehmen. Diese Technik ist alt: Auch die Kreuzzüge sind nicht mit der Erklärung eingeleitet worden, der Eisenzaun am Heiligen Grab sei verrostet und müsse neu gestrichen werden. Es gab da stärkere Parolen. Und wie man Öffentlichkeit findet, haben die jungen Leute ja wohl von uns Politikern gelernt.

Der Punkt, um den es hier geht, ist doch die Dauererregung bestimmter Teile der öffentlichen Meinung und der Medien; auch bestimmter Spektren der Politik. Darauf beharre ich, ohne ein Moralist zu sein.

Ich würde dieses Maß an Empörung bei schwereren Straftaten für angebracht halten, bei Dingen, die wirklich ans Mark der Gesellschaft gehen. Ich hätte mir zum Beispiel ein gewisses Maß an Empörung beim Kampf um die Frage der Verjährung für Naziverbrechen gewünscht. Da hat es viel Verständnis und Erklärungen dafür gegeben, warum man nach langer Zeit Leuten, die damals in schwerste Verbrechen verwickelt waren, Nachsicht gewähren sollte. Ich akzeptiere das, aber ich möchte die Relationen gewahrt wissen zwischen Hausfriedensbruch und Stromdiebstahl auf der einen und Kapitalverbrechen, Massenmord, KZ und dergleichen auf der anderen Seite.

Außerdem gibt es durchaus Leute, die sich mit ihrer Steuerhinterziehung brüsten. Ich denke nur an Poujade in Frankreich und an Glistrup in Dänemark. Letzterer hat bei den Wahlen immerhin 15 Prozent der Stimmen bekommen.

Noelle-Neumann

Ich bin auch der Meinung, daß das, was sich in Zürich zugetragen hat, irgendwie durch die schweizerische Jugend hindurchschwingt. Es gibt gleichsam eine Art Resonanzboden für diese Phänomene, selbst wenn nur 400 zum harten Kern gehören. Das steht auch in dem Bericht der Eidgenössischen Jugendkommission.

Hasenclever

Zum Glück scheint die Welt in der Schweiz doch mehr in Ordnung zu sein, als wir das vermutet haben, Herr Bondy. Dennoch kann man das Problem nicht so abtun. Sie wissen, daß gerade die neue Shell-Studie über die Jugend '81 erschienen ist, die eines sehr deutlich zeigt: Die Mehrzahl der Jugendlichen sieht pessimistisch in die Zukunft; ein großer Teil neigt einer Art Gegenkultur zu.

Herr Vogel hat recht pointiert festgestellt, daß ein Wandel in den Grundwerten eigentlich nicht stattgefunden habe; die Werte der französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit, Solidarität - würden von der Gesellschaft nach wie vor mehr oder weniger ungeteilt akzeptiert. Dem würde ich entgegenhalten, daß diese Werte aus der Sicht derjenigen, die am Jugendprotest beteiligt oder mindestens darin engagiert sind, in dieser Gesellschaft verschlampt und verlottert sind. Man

beschwört diese Werte in theoretischen Aufsätzen, in Präambeln zu Verfassungen oder Parteiprogrammen, aber die erlebte Realität der Gesellschaft ist für die Jugendlichen - und das gilt auch für mich - eine andere. Die in unserer Gesellschaft vorherrschenden Werte sind dagegen: Leistung, Besitz, Wachstum, soziales Prestige. Sie bestimmen die gesellschaftliche Wirklichkeit wesentlich mehr als Freiheit, Gleichheit, Solidarität.

Die neue Bewegung, die jetzt in Erscheinung tritt, sehe ich nun nicht nur als Jugendbewegung; sie ist mehr. Ich interpretiere sie im Sinne eines Wandels der gesellschaftlichen Paradigmen, also des gesellschaftlichen Konsenses über Verhaltensweisen im privaten und im wirtschaftlichen Bereich. Was hier mit dem Anspruch der Kritik gegenüber den Werten Wachstum, Leistung und dergleichen auftritt, ist zugleich der Versuch, neue Werte zu finden. Dabei stellt sich allerdings heraus - und darin gebe ich Ihnen recht-, daß sich diese neuen Werte auf sehr alte Werte beziehen. Insofern zeichnet diese Bewegung im Ansatz auch ein gewisser moralischer Rigorismus aus. In diesem Sinne hat sie auch Traditionen aus der Studentenbewegung übernommen, die ja zum guten Teil immer eine moralische Bewegung war.

Der Wandel in den grundlegenden gesellschaftlichen Paradigmen bei einem Teil der Bevölkerung geht verständlicherweise nicht ohne Reibungen ab. Man wird in der Geschichte kaum ein Beispiel finden, wo ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel in den Grundanschauungen, die natürlich im politischen Bereich mit strukturellen Veränderungen verbunden sind, so einfach demokratisch friedlich stattgefunden hat. Die Formen, in denen dieser Wandel vor sich geht, die wir teils beunruhigt, teils interessiert betrachten - gewaltfreier und auch gewalttätiger Widerstand, Verneinung des Gewaltmonopols des Staates und dergleichen;- , stellen Versuche dar, eine solche Veränderung im Gesamtrahmen der Gesellschaft, wie sie ist, in Bewegung zu setzen.

Sie haben gesagt, Herr Vogel, der gewaltfreie Widerstand müsse mit den Mitteln des Rechtsstaates behandelt werden. Gut, Sie müssen das wahrscheinlich so sagen. Aber für mich ist der gewaltfreie Widerstand die einzige Möglichkeit, wie man das Nachdenken über den notwendigen Wandel der Paradigmen in Gang setzen kann, und zwar auf eine noch demokratische Weise, die die grundlegenden Institutionen und auch die Substanz des Rechtsstaates nicht verletzt. Es handelt sich also um den Versuch, Formen zu finden, um Druck auszuüben, damit die ungeheuer trägen und immobilen Apparate überhaupt anfangen, sich mit den Problemen zu befassen. Ich möchte aber hinzufügen, wir würden hier sicher nicht sitzen, wenn es nur gewaltfreie Aktionen gegeben hätte, wenn nicht auch irgendwo Steine geflogen wären. Das ist ein gesellschaftlicher Mechanismus, der sehr viele Facetten hat und viele Aspekte umfaßt.

Die grundsätzliche Frage ist doch: Kann eine Demokratie mit großen eingefahrenen Apparaten einen solchen Wandel bewältigen? Dabei hat Herr Vogel die Notwendigkeit des Wandels mit seiner Bemerkung über die Grenzen des Wachstums, über die Gefahren des Atomkrieges und so weiter deutlich gemacht.

Frau Noelle-Neumann hat in ihrer Analyse etwas betont, was von einem großen Teil der Protestbewegung durchaus geteilt wird, nämlich: "Wir fühlen uns betrogen." Dabei verlagern Sie aber die Schuld dafür zu sehr auf das Individuum. Schließlich ist es doch die Umwelt, die Voraussetzungen geschaffen hat, unter denen sich Selbstbewußtsein und Selbstverantwortung nicht recht entwickeln konnten. Die politischen Institutionen haben Gesetze gemacht, die eine Selbstverantwortlichkeit in sehr vielen Bereichen gar nicht zulassen.

Sozialdemokratische Oppositionen pflegen zum Beispiel immer noch - wie gerade in Baden-Württemberg geschehen Bildungsurlaub zum Nulltarif für den Arbeitnehmer, also ohne jede Selbstbeteiligung, vorzuschlagen. Auf diese Weise wird natürlich weder die Motivation noch die Entwicklung von Selbstbewußtsein gefördert. Da meine ich, ist die Umwelt schuld, wenn der einzelne unfähig ist, sich selbst zu entwickeln.

Die Alternativbewegung versucht, diesem Punkt mit der Forderung von kleinen Netzen, auch im Sozialbereich Stichwort "Netzwerk Selbsthilfe";-, zu begegnen. Ich erwähne dieses Stichwort nur, ohne diesen Punkt hier ausführlich und kritisch diskutieren zu können. Die Frage ist, wie man selbstverantwortliche soziale Strukturen fördern kann.

Die Forderung von mehr Selbstverantwortung ist auch unter einem anderen Aspekt berechtigt. Die gesellschaftlichen Strukturen sind ungeheuer komplex; ich verwies auf die Unbeweglichkeit der Apparate. Es gibt zudem eine Fülle bisher nicht dagewesener internationaler und sonstiger Zwänge. Die Summe der Abhängigkeiten in den späten Industriegesellschaften, in denen wir leben, ist ungewöhnlich groß und historisch einmalig. Es sieht so aus, als ob diese Gesellschaften aus dem

Ruder laufen, weil sie für den einzelnen nicht mehr durchschaubar sind, und Selbstverantwortung in diesem Riesenapparat gar nicht mehr möglich ist.

Es kommt deshalb darauf an, selbstverantwortliche Regelkreise zu schaffen - so wie sich in einem Organismus die einzelnen Organe gewissermaßen selbst regulieren können; das Herz funktioniert ja nicht aufgrund eines Impulses des Verstandes, sondern weil es einem selbstfunktionierenden Regelkreis angehört. Das könnten zum Beispiel dezentrale Regelkreise im wirtschaftlichen Bereich sein. Dies versteht die Alternativbewegung unter dem Begriff der kleinen Netze.

R. Dahrendorf

Herr Hasenclever, Sie sprechen auf der einen Seite von Veränderungen im Gesamtrahmen der Gesellschaft, auf der anderen Seite von gewaltfreiem Widerstand und Selbsthilfe. Sind Sie nach wie vor der Meinung, daß eine Beteiligung an den politischen Institutionen selbst sinnvoll ist, um diese Veränderung in Gang zu setzen?

Hasenclever

Ja. Auch aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen halte ich diesen Versuch für sinnvoll und notwendig. Wenn man eine grundlegende Änderung von Paradigmen in Gang setzen will, steht man natürlich in einem ungeheuren Spannungsfeld. Einerseits befindet man sich in einer Institution - dem Parlament - und muß sich an bestimmte Spielregeln halten. Meine Absicht war zum Beispiel immer, auch bei denen, die in anderen Parteien sind, Bewußtseinsprozesse auszulösen. Deshalb ist man gezwungen, auf bestimmte Formen Rücksicht zu nehmen, damit man überhaupt etwas erreicht.

Auf der anderen Seite gibt es den Aspekt des Außerparlamentarischen, den ich mit dem Begriff "gewaltfreier Widerstand" umschrieben habe. Auch dieser muß gleichzeitig noch in gewisser Weise sichtbar sein. Hier besteht eine Kluft, die auch individuell schwer zu bewältigen ist. Aber ich glaube, man muß es eine Weile aushaken.

Glaser

Ich möchte zunächst die geschichtlichen Ausführungen von Frau Noelle-Neumann in Frage stellen. Sie hat zwar nicht im einzelnen historisch argumentiert, aber vergleichend die geschichtliche Dimension in die Diskussion eingebracht. Ich sage ganz offen, daß mich einige Dinge sehr irritiert haben, ja teilweise halte ich Ihre Thesen vom Standpunkt der Kulturgeschichte oder Kulturanthropologie aus geradezu für waghalsig.

Erstens: Sie sagen, das "Weichsein gegen sich selbst" habe zugenommen. Seit Ende des 18. Jahrhunderts gilt, wenn auch beschränkt auf den bürgerlichen Stand, das "Weichsein" als eine der großen seelischen Errungenschaften: von der Empfindsamkeit und vom Pietismus bis zur Neurasthenie des Fin de siècle. Viele der Probleme nach 1870 sind aber nicht dadurch entstanden, daß man zu weich war, sondern daß man das "Weichsein" verdrängte. Allerdings konnte die Arbeiterschaft die Empfindsamkeit noch nicht "sozialisieren", weil sie unter hartem Systemzwang für diese Tugend weder Zeit noch Kraft, noch Geld hatte.

Zweitens: Sie sagen, es sei ein Rückgang der Selbstzwänge festzustellen; Sie erwähnten als entsprechende, damit korrespondierende Tugenden Höflichkeit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und so weiter. Abgesehen davon, daß Pünktlichkeit in meinen Augen nur eine Sekundärtugend ist, konnte diese Tugend zum Beispiel gar nicht zurückgehen, weil sie historisch gesehen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Rahmen der Industrialisierung ausgebildet wurde. Zudem: Pünktlichkeit ist sicher eine Tugend, die eine Industriegesellschaft braucht; sie aber zu einem anthropologischen Wert zu stilisieren, halte ich für fragwürdig. Auch ich würde in Abwandlung eines Satzes von Ortega y Gasset - "um einen Preußen von innen bitten", aber ich habe nicht den Eindruck, daß solcher innerer Rigorismus verlorengegangen ist.

Der dritte Punkt hängt eng mit dem Vorhergesagten zusammen. Sie führten aus, daß in der Vergangenheit die führenden Schichten bemüht gewesen seien, ihre Kinder durch Erziehung zum Selbstzwang fähig zu machen. Hier erlaube ich mir die Anfrage, ob denn die "schwarze Pädagogik" des 19. und 20. Jahrhunderts solche Fähigkeit vermittelt hat. Oder ist damit etwas ganz anderes gemeint, nämlich: daß der Außenzwang so weit verinnerlicht wurde, daß Selbstzwang - ich verstehe diesen Begriff mehr vom kantianischen kategorischen Imperativ her - gar nicht mehr nötig war? Es ist doch gerade die Tragödie der deutschen Erziehung gewesen, daß die Chance, den "Selbstzwang" harmonisch zu entwickeln als Kalokagathie, dem Ideal der Klassik zum Beispiel;-, von der "schwarzen Pädagogik" völlig beiseite geschoben wurde.

Viertens schließlich möchte ich Ihre These in Frage stellen, daß die Fremdwänge geringer geworden seien. Ich bin zwar relativ unbewandert in der empirischen Soziologie, aber nach Häufigkeitsmerkmalen zu schließen, die mir in verhältnismäßig großem Umfang vorliegen, leiden gerade die Menschen darunter - und es ist wohl eine objektive und nicht eine subjektive Befindlichkeit;-, daß die Außenwänge ständig gestiegen sind. Einer der Spraydosen-Philosophen hat dies mit dem Satz charakterisiert: "Life is Xerox, you are only a copy." Dieser Satz bringt auf eine witzige, aber zugleich traurige Weise zum Ausdruck, worunter nicht nur Jugendliche leiden.

Was mich also an Ihren Ausführungen irritiert, Frau Noelle-Neumann, sind die historischen Ableitungen Ihres politisch-anthropologischen Standortes.

von Hentig

Ich blicke durchaus in die gleiche Richtung wie Sie, Frau Noelle-Neumann, und mit nicht geringerer Sorge. Aber ich sehe etwas anderes als Sie. Auch ich beginne mit einer geschichtlichen Reminiszenz, wobei ich nicht so weit zurückgreife wie Herr Glaser.

Als vor 15 oder 20 Jahren die Regie, wie Sie es genannt haben, einsetzte, die Zwänge zurückzunehmen, und die antiautoritäre Erziehung plötzlich Erfolg hatte, geschah das doch nicht ohne Grund. Warum erfuhr denn ein längst bekanntes Buch wie Neills "Summerhill" im Jahre 1965 auf einmal einen solchen Durchbruch - die Geschichte einer interessanten, sehr individuellen, zu einer Nachahmung nicht wirklich geeigneten oder herausfordernden pädagogischen Idylle? Ich wäre nie darauf gekommen, es auch so zu machen, obwohl mich Neills Gedanken sehr interessiert haben. Plötzlich aber haben sich Menschen an dieser Möglichkeit entzündet und waren beglückt davon. Da mußte schon irgendein pathologischer Zustand erreicht sein; sonst wäre es so nicht gekommen.

Wenn Sie in Ihren Untersuchungen festgestellt haben, daß die Einschätzung von Tugenden wie Höflichkeit und gutes Benehmen absinken, dann liegt der Grund wohl darin, daß die Begriffe entleert oder mißbraucht worden sind. Es ist doch nicht so, daß wirkliche Höflichkeit nicht mehr geschätzt würde, die hat jeder gern, und die tut immer wohl; aber offenbar glaubt man den so bezeichneten Forderungen nicht mehr. So steht es mit vielen anderen Tugenden auch.

Wenn Sie kritisch feststellen, Frau Noelle-Neumann, daß die jungen Leute immer nur Forderungen stellen an die Umwelt, an die Gesellschaft, dann ist es genau das, was unsere Gesellschaft vorlebt; denn auch die Erwachsenen fordern ununterbrochen, und zwar von anderen, nicht von sich selbst. Das ist eine Art, seinen Mißmut auszudrücken.

Die Demokratie in Deutschland wurde nach 1945 vom großen wirtschaftlichen Aufstieg getragen, und das war ganz unproblematisch. Demokratie war für eine ganze Generation identisch mit "es geht uns von Tag zu Tag besser". Diese stellte kaum Forderungen - es gab keinen rechten Adressaten; man mußte und konnte sich selbst helfen. Als dann wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten auftauchten, wurde vielen bewußt, wie wenig im Grunde auszurichten war: alle vier Jahre einmal an die Urnen gehen und zwischen "Esso" und "Aral" wählen! Es ist doch beides gleich, es sind immer dieselben Köpfe. Die Wahrnehmung dieser Ohnmacht war einer der Gründe, anderswo Orientierung zu suchen. Es sind die Versäumnisse, die wir 1945 begangen haben, und nicht die Fehler der neuen Pädagogik, obwohl es auch diese gibt; da hat sich vieles überschlagen, ist vieles falsch gemacht worden.

Herr Glaser hat zu Recht bezweifelt, daß die Fremdwänge abgenommen haben. Wir haben es heute viel mehr mit anderen Fremdwängen zu tun. Ich bin in meiner Jugend in Berlin noch jeden Morgen eine dreiviertel Stunde lang zu Fuß durch den Tiergarten zum Französischen Gymnasium gegangen. Mir war dieser Weg zur Schule - bei jedem Wetter gewiß auch lästig, aber es war ein selbstbestimmter Weg. Wenn ich zu spät kam, hatte ich immer irgendwelche guten Ausreden; es gab unterwegs doch so viel zu sehen. Heute können die Kinder nicht mehr so zur Schule gehen; sie werden gefahren; sie fahren durch einen Verkehr, der das absurde und irrationale Verhalten derer, die da fahren, bestärkt. Die Kinder sind schon zermürbt, wenn sie in der Schule ankommen, denn der Zwang, dem sich die Erwachsenen da ununterbrochen aussetzen, teilt sich auch den Kindern mit. Es ist offenbar das Los von mündigen Menschen in dieser Welt, daß sie ständig die Nerven verlieren.

Die Kinder werden immer stärker durch das Bewußtsein geprägt, in einer zwanghaften Welt zu leben, in der sie kaum etwas selbst gestalten können, in der sie sich vielmehr den technischen Gegebenheiten anpassen müssen. Die Sachzwänge um uns wachsen in einem beängstigenden Maße, und die Bewegungsfreiheit wird immer mehr eingeschränkt. Früher haben die Kinder zum Beispiel viel gebastelt. Diese selbstgefertigten Dinge, die von den Erwachsenen freundlich angenommen wurden, waren nicht vollkommen, aber es steckte viel Eigeninitiative und schöpferische

Phantasie dahinter. Heute bekommt man in einem Do-it-yourself-Laden jede Art von vorgefertigter Hilfe angeboten, mit der man zwar glatte, gefällige Produkte herstellen kann; aber wieder ist ein kleines Stück Autonomie der Perfektion und der Ökonomie geopfert worden. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Ich habe mir immer vorgestellt, ich könne dies mit meiner Pädagogik ändern. Eines meiner frühen Bücher hieß "Systemzwang und Selbstbestimmung". Es hätte "Systemzwänge" heißen müssen, weil es nicht das System ist, das zwingt, sondern die vielen systemartig wirkenden Nötigungen, von denen ich einige genannt habe. "Selbstbestimmung" sollte nicht bedeuten, wie man alledem entgeht, sondern wie man es bewältigen lernt; wie man gegenüber der von uns gemachten Welt wieder ein handelndes und verantwortendes Subjekt wird.

In meiner Laborschule in Bielefeld habe ich zum Beispiel das abgeschafft, was ich "Bahnhofszeiten" nenne, also: Englisch geht um 7.15 Uhr los wie der 1C nach Soundso. Die folgende Mathematikstunde beginnt um 8.05 Uhr. Solche merkwürdigen Zeiten gibt es in den Schulen, weil sich im Laufe des Tages durch die unterschiedlich langen Pausen der Stundenbeginn immer etwas verschiebt, mit der Folge, daß kein Kind mehr weiß, wann es eigentlich losgeht. Darum hat man das Klingelzeichen eingeführt. In Bielefeld haben wir beschlossen, daß der Unterricht jedesmal um Punkt 9 Uhr, Punkt 10 Uhr, Punkt 11 Uhr beginnt, beziehungsweise wechselt, je nachdem wie der Stundenplan es vorsieht. Diese Vereinfachung gibt den Schülern ein Stück Autonomie, weil sie nun selber wissen, wann das ist. Sie haben ja alle eine Uhr. Den Gong haben wir abgeschafft.

Ein anderes Beispiel dafür, wie man etwas von der Autonomie wiederherstellen kann, ist die Tierhaltung an unserer Schule. Ein Tier hat sein eigenes Gesetz; es reagiert anders als all die Dinge, mit denen wir sonst umgehen. Eine Aufgabe können wir unterbrechen, wenn die Stunde um ist und die Fortsetzung in die nächste verlegen. Das Tier verlangt jetzt sein Recht, oder es stirbt; es bedeutet eine harte, dauerhafte, nicht verschiebbare, nicht mechanisierbare Verantwortung für die Kinder- und läßt sie erfahren, daß es auf sie ankommt. Kein Apparat kann sie hierbei ersetzen.

Auch Gesamtschulen, die viel gescholtenen, sind heute voll von solchen Versuchen. Diese stehen nicht in den Richtlinien, sie gehören aber zu dem, was Lehrer pädagogisch erfinden und praktizieren können, wenn und weil sie die Lebensnot von Kindern sehen. Statt sie Zwängen auszusetzen - Fremdzwängen oder Selbstzwängen;-, sollten sie ihnen Aufgaben geben. Insofern meine ich auch, Frau Noelle-Neumann, daß Sie sich das Weitertragen Ihrer Gedanken unnötig erschwert haben, indem Sie diese Begriffe von Norbert Elias übernommen haben. Wozu sollten Selbstzwänge gut sein? Schon das Wort Disziplin wird immer falsch verstanden, das eigentlich Selbstdisziplin heißen müßte. Besser wäre es, man würde von Verantwortung sprechen: Ich muß Rechenschaft geben für das, was ich tue. Auch "Leistung" wäre hier ein nützlicheres Wort als "Zwang", insbesondere dann, wenn man gelernt hat, daß eine Sache um so mehr Spaß macht, je mehr man seinen eigenen Maßstäben dabei genügt.

Im übrigen wüßte ich gar nicht, wie ich Ihre Rezepte pädagogisch umsetzen sollte. Wie könnte das pädagogisch wohl aussehen, Fremdzwänge in Selbstzwänge zu überführen? Die Möglichkeiten dagegen, die ich angedeutet habe, mögen handgestrickt und unvollkommen erscheinen, aber sie sind den meisten Lehrern bewußt, und sie sind praktikabel. Und wenn wir in Bielefeld ein wenig in Ruhe gelassen werden, werden wir es auch schaffen, anderen von unseren geprüften Erfahrungen abzugeben.

Stierlin

Ich fand die Ausführungen von Frau Noelle-Neumann sehr anregend. Aus meiner Erfahrung als Therapeut und auch als Universitätslehrer weiß ich, daß das Nachlassen der Fremdzwänge für junge Menschen außerordentlich problematisch ist. Plötzlich sehen sie sich einem Zwang gegenüber, Verantwortung zu übernehmen, ihre Identität und einen sexuellen Lebensstil zu entwickeln, sich sinnvolle Aufgaben zu stellen. All diese Dinge sind sehr schwer zu bewerkstelligen in dieser komplexen Welt. Als Ausweg bietet sich oft an, etwas zu tun, was von dieser Frage ablenkt. Ich kenne viele junge Menschen, die an Demonstrationen teilnehmen oder auch Hausbesetzungen mitmachen, bei denen ich häufig den Eindruck habe, sie tun das nur, um sich mit dieser Frage des "Selbstzwanges", also des Zwanges zum Sich-Entscheiden und Sich-Begrenzen, nicht zu sehr beschäftigen zu müssen.

Ich sehe als Psychiater aber auch das Gegenteil, nämlich die Hypertrophie solchen „Selbstzwanges“ oder die Hybris der Selbstbestimmung und Selbstkontrolle. Ich habe auch mit Alkoholikern zu tun. Gerade die Ermahnung an den Alkoholiker, sich selbst zu kontrollieren, bewirkt oft das Gegenteil; denn das führt ihn zum Kampf mit der Flasche, und den verliert er unweigerlich. Einer der Tricks der

"anonymen Alkoholiker" besteht gerade darin, diesen Kampf gleichsam aus der Angel zu heben, indem sie sagen: "Du bist immer Alkoholiker, wirst es Dein Leben lang bleiben, kämpfen ist sinnlos." Damit erlauben sie ihm, Fremdwänge zu akzeptieren, den Druck der Gruppe zum Beispiel, gegen den er sich bis dahin gewehrt hat.

Etwas Ähnliches erkenne ich in der Pubertätsmagersucht junger Mädchen, die ein Indiz für ein übersteigertes Schlankheitsideal ist. Dieses Phänomen nimmt ungeheuer zu. Ich hörte kürzlich in Wellington/Neuseeland, daß in einem Jahr 250 solcher anorektischer Mädchen zum Psychiater gekommen sind, ungefähr so viele wie Schizophrene. Das sollte uns zu denken geben. Diese Mädchen erleben einen Triumph der Selbstkontrolle. Es ist ein Rausch für sie, wenn sie alle vegetativen Bedürfnisse abschalten können. Sie brauchen nicht zu essen; sie halten ihre Sexualität unter Kontrolle. Sie zeigen und erleben sich als reiner Geist, purer Wille, totale Selbstbestimmung. Das ist ein Höhenflug für sie - bis sie auf die Nase fallen.

Gerade an solchen Fällen sieht man sehr gut, wie ein übertriebener "Selbstzwang" auch zu einer wirksamen Waffe zu werden vermag, mit der man andere unter Druck setzen kann, indem man bei ihnen Schuldgefühle induziert. Das führt dann zu einem Machtkampf, der die Beziehung stagnieren läßt.

Dies bringt mich zu einer anderen Illusion über die Macht des Selbstzwanges, nämlich der Vorstellung, daß man einen Partner letztlich durch Druckmittel und Machtanwendung übertrumpfen, zu Boden zwingen kann. Das erzeugt in der Regel Gegendruck, und führt zu dem, was wir symmetrische Eskalation nennen, zum Wettrüsten - sowohl innerhalb der Beziehungen der Paare, Familien, Interessen- und Generationsgruppen sowie der Nationen. Die Folgen sehen wir. Hier unterliegen die Beteiligten meines Erachtens einem Denkfehler, der mit einer falschen Einschätzung der eigenen Macht und der fremden Macht zusammenhängt, ein Denkfehler, der gerade auch bei den eskalierenden Protestbewegungen, die das Thema dieser Gesprächsrunde sind, immer wieder zum Vorschein kommt.

Schily

Frau Noelle-Neumann, ich glaube, daß Sie den gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft falsch analysieren, wenn Sie behaupten, die Fremdwänge würden deutlich abgebaut. Herr Glaser und Herr von Hentig wiesen schon darauf hin, daß sich nur die Art, wie Fremdwänge ausgeübt werden, verändert hat. Das manipulative Element hat sich enorm verstärkt. Wenn Sie etwa das Beispiel Fernsehen erwähnen, so dient diese Einrichtung wesentlich dazu, Außenzwänge zu verinnerlichen, dem Bewußtsein Schablonen anzulegen. Schauen Sie sich nur einmal an, was in einem normalen Kriminalfilm alles an Wertschablonen steckt, dann wird Ihnen klar, was da an Außenzwängen transportiert wird. Das gilt für viele gesellschaftliche Bereiche. Die Außenzwänge sind sublimier geworden.

Wenn man von Regie spricht, dann liegt die Frage nahe, wer eigentlich der Regisseur ist. Ist das irgendein historischer Anonymus, den wir zwischen oder über den Wolken zu suchen haben? Wenn im übrigen weder Außenzwänge noch Selbstzwänge in ausreichendem Maße vorhanden sind, dann frage ich mich, wie das in Ihrer Vorstellung mit den Menschen überhaupt noch geht, da Menschen offenbar nur noch über Zwänge funktionieren. Insofern halte ich auch das Rezept für falsch, das Sie uns anbieten, nämlich die Wiederherstellung von Außenzwängen, um auf diese Weise die Tugenden wieder zu ermöglichen. Man kann einem Menschen nicht dadurch zu größerer Beweglichkeit und besseren Fähigkeiten verhelfen, daß man ihn in ein Korsett zwingt oder ihm Prothesen anlegt. Was Sie vielleicht im Kern anstreben, nämlich die stärkere Selbstverantwortung, Selbsterziehung als Wert, dem kann ich mich durchaus anschließen. Nur die Wege, die Sie vorschlagen, führen in die Irre.

Aus dem Referat von Herrn Vogel will ich mich nur mit dem Stichwort staatliches Gewaltmonopol beschäftigen. Herr Vogel, es bedarf keiner besonderen Diskussion, jedenfalls nicht zwischen den Gruppierungen, die man als Alternative Listen oder die Grünen bezeichnet, daß das staatliche Gewaltmonopol ein schützenswertes Gut ist. Man braucht sich ja nur vorzustellen, was die Alternative sein könnte. Wenn man etwa sieht, wie sich das Gewaltmonopol im Libanon, in Ulster oder Nordirland - je nach Blickrichtung - auflöst, dann bekräftigen solche Beispiele sicherlich Ihre These.

Ich meine aber, daß man das nicht nur so formal sehen darf. Dabei knüpfe ich an das an, was Herr Dahrendorf gesagt hat. Das staatliche Gewaltmonopol ist so gut und so wirkungsvoll, wie der Staat Legitimität hat. Und was ich sehe ist, daß unser Staat in den letzten Jahren und Jahrzehnten rapide an Legitimität verloren hat.

Damit komme ich zu dem Stichwort Heuchelei, das Herr Vogel erwähnte. Aufgrund meines persönlichen Lebensweges, meiner beruflichen Tätigkeit und im Zusammenhang mit verschiedenen Prozessen, in denen ich tätig war, habe ich mich mit dem Thema der Ausübung von Gewalt zur Verwirklichung politischer Ziele intensiv beschäftigt. Dabei habe ich festgestellt, daß gerade diese Diskussion von einer außerordentlichen Heuchelei geprägt ist. So kann ich etwa in einem Leitartikel in der "Zeit" oder in einer anderen Zeitung liberalen oder bürgerlichen Zuschnitts in einer Spalte lesen, daß es sich natürlich unter allen Umständen verbiete, zur Verwirklichung politischer Ziele Gewalt einzusetzen. Auf der gleichen Seite steht dann aber eine glühende Rechtfertigung der amerikanischen Intervention in Indochina. Für diese Widersprüche haben wir gar kein Gespür mehr; zumindest bei den älteren Generationen ist das verlorengegangen.

Auf einer Veranstaltung der evangelischen Kirche in Berlin anläßlich einer Friedenswoche der protestantischen Kirche habe ich kürzlich gesagt, daß die Theorie der gegenseitigen Abschreckung und atomaren Vergeltung eigentlich auf dem Grundgedanken beruht, daß man das Recht habe, ein Verbrechen zu begehen. In einem bemerkenswerten Interview hat Herr Schlesinger nach seinem Ausscheiden als Verteidigungsminister der USA auf die Frage, wie sich denn Präsident Carter in einer bestimmten Situation hätte verhalten, ob er auf den Knopf hätte drücken sollen oder nicht, geantwortet: "Ich wünschte, er hätte die Charakterstärke gehabt, auf den Knopf zu drücken."

Nun frage ich Sie: Welches Bewußtsein kommt in dieser Antwort zum Ausdruck, das berechtigt zu sein meint, aus irgendwelchen politischen, meinethalben verteidigungspolitischen Interessen, ein Volk oder ganze Völker, vielleicht die ganze Menschheit schlichtweg zu ermorden?

Diese Kritik wendet sich an West und Ost, wie Sie richtig gesagt haben, Herr Vogel. Wir haben es hier mit Gesellschaftsordnungen zu tun, die ihre enormen wirtschaftlichen Ressourcen für die Schaffung von geradezu apokalyptischen Mordinstrumenten vergeuden, während auf der anderen Erdhalbkugel die Menschen zu Millionen verhungern. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen. Das sind Bilder, die sich einem einprägen - hoffentlich bis zum Tode. Es sind Bilder wie im KZ, wenn ich an die kleinen Kinder auf der Straße in Bombay denke.

Als Juristen kennen wir Verbrechen durch Unterlassen Verbrechen im buchstäblichen Sinn. Dort müßte man einmal ansetzen, um nachzuvollziehen, was eigentlich bei der Jugend auch an erfreulichen Dingen vor sich geht. Das Recht ist manchmal nur eine Maske für das Unrecht. Die Jugendlichen durchschauen das mitunter besser als jene, die in dem System stecken und agieren.

R. Dahrendorf

Ich halte es für sehr wichtig, Herr Schily, daß Sie die Frage der Gewalt so akzentuiert haben. Dabei finde ich aber Ihr Beispiel der nuklearen Abschreckung gerade deshalb nicht überzeugend, weil ja der Sinn dieser Abschreckung darin liegt, die Verwendung der Atomwaffen auszuschließen.

Schily

Ich kenne natürlich das Argument, daß man das nukleare Potential als politische Waffe begreift, die nicht eingesetzt werden kann. Der politische Sinn kann allerdings nur dadurch verwirklicht werden - und darin besteht der Widerspruch dieser Theorie;-, daß man droht, die Waffen können auch militärisch angewendet werden. Aus diesem Widerspruch werden Sie nie herauskommen, Herr Dahrendorf!

Vogel

Sie meinen, Herr Schily, der Staat, der nach innen das Gewaltmonopol ausübt, müsse sich auch dagegen wenden, daß Staaten untereinander Gewalt einsetzen. Ich wäre sehr dafür, aber das ist eine geschichtliche Entwicklung. Es hat Tausende von Jahren gedauert, bis das Gewaltmonopol im Innern endlich hergestellt war. Den letzten schlimmen Rückfall hatten wir in den Bürgerkriegszeiten der ausgehenden Weimarer Republik. Bis die Staaten untereinander auf Gewaltanwendung verzichteten, dürfte wohl noch geraume Zeit vergehen. Das wird auch nicht durch Dinge, die Sie mit großer Resonanz öffentlich vorgetragen haben, kurzfristig zu erreichen sein. Und Sie werden kaum argumentieren wollen: Weil die Staaten untereinander noch Gewalt anwenden, kann man auch im Innern mit Gewalt vorgehen.

Die Atomwaffen haben sicher eine neue Qualität in diese Thematik gebracht. Und es hat den Anschein, als ob beide Kirchen allmählich zu der Erkenntnis kommen, daß die Anwendung von nuklearen Waffen nicht mehr durch die Lehre vom gerechten Krieg gerechtfertigt wird. Die evangelische Kirche sagt in ihrer Heidelberger Erklärung, die Androhung sei noch - noch unterstrichen

- gerechtfertigt. Und auch Papst Johannes Paul II. kommt immer näher dahin. Am deutlichsten war seine Warnung, die er vor der UNESCO ausgesprochen hat. Vielleicht wird der Papst eines Tages ein generelles Verbot der Atomwaffen fordern. Dafür gäbe es auch theologische Gründe.

O. Schneider

Was die Anwendung solcher Waffen angeht, ist die Ablehnung unbestritten.

Vogel

Nun, Herr Schneider, das ganze Konzept der Abschreckung beruht doch darauf, dem anderen glaubhaft zu machen, daß diese Waffen im Ernstfall eingesetzt werden. Insofern gebe ich Herrn Schily recht. Wie soll denn die Abschreckung funktionieren, wenn der andere weiß, ich wende sie doch nicht an?

von Bismarck

Ich möchte nur vier Fragen stellen, die auf Äußerungen der beiden Referenten Bezug nehmen. Sie betreffen die Stichworte Jugendprotest und Wertewandel.

Die erste Frage hängt mit dem zusammen, was Herr Vogel über die Friedensbewegung und Frau Noelle-Neumann über den Wunsch nach einer Welt ohne Zwang gesagt haben. Ich frage mich und frage uns alle im Blick auf junge Menschen, welche Hilfe gibt es für eine Unterscheidung der Geister: Wo haben wir es zunächst mit einer gefährlichen Romantik, einem Schwärmertum, einem Wunschdenken zu tun, das der ernüchternden Korrektur bedarf? Und wo haben wir es mit kreativen Utopien, einem Sich-nicht-abfinden-Wollen mit dem Status quo zu tun, das vor allem bei jungen Menschen nicht unterdrückt werden darf, Unterstützung verdient, weil die Älteren möglicherweise schon einige blinde Flecken im Auge haben?

Zweite Frage: Ich habe den Ausführungen beider Referenten entnommen, daß es beim Jugendprotest mitunter eine problematische Harmoniesucht gibt. Wenn das so ist - und dem stimme ich zu;- , handelt es sich dabei um eine spezifisch deutsche Versuchung, oder kennzeichnet sie die Jugendproteste in anderen Ländern genauso?

Drittens: Frau Noelle-Neumann plädiert für mehr Selbstdisziplin, für mehr Selbstzucht. Ich rede als jemand, in dessen Erziehung und Prägung Selbstzucht eine wichtige Rolle spielte; einer solchen Zucht hatte ich mich zum Beispiel als passionierter Sportler zu unterwerfen. Eine zehnjährige Soldatenzeit, das heißt ihre unfreiwillige Verlängerung durch sechs Jahre Krieg, trugen nach einer im ersten Jahr sehr harten landwirtschaftlichen Lehre das Ihre bei. Ich wuchs auf in einer Zeit, in der es auch außerhalb des Nationalsozialismus aufgrund preußischer Traditionen galt: "Gelobt sei, was hart macht" oder "Zäh wie Leder" und so weiter.

Wieweit ist das, was Frau Noelle-Neumann beschrieben hat, nämlich eine nach ihrer Meinung vornehmlich negativ zu beurteilende Tendenz zum Weichwerden, auch eine verständliche und jedenfalls in der Korrektur eines Übermaßes an heroischer Strammheit notwendige Reaktion auf das, was wir erlebt haben? Wieweit können Sie meiner Beobachtung (während des Krieges und auch im zivilen Bereich) zustimmen, nach der eine bestimmte Form von Strammheit und entsprechende Leitbilder nicht nur im Bereich des Militärischen ausgezeichnete Voraussetzungen für ein unter Umständen sehr bedenkliches, mechanisches Funktionieren in einem strammen Apparat ergibt, vor allem wenn sich solche Strammheit und getrimmte Selbstzucht mit Ehrgeiz, Mangel an Zivilcourage und mäßiger Intelligenz paaren? Hat sich nicht an unserem männlichen Leitbild zu Recht etwas gewandelt? Was sollten wir akzeptieren als Wandel? Wo wird die Pendelreaktion problematisch? Wo wird die trügerische Selbsttäuschung offenbar, als könne man sich in einer Wunsch weit auf einer weichen Welle treiben lassen, in der es keine Anforderungen mehr an Selbstzucht, an körperliche und charakterliche Zähigkeit zum Durchhalten mehr gibt?

Die vierte Frage geht zurück auf spezielle Erfahrungen des Kirchentages. Dort war sehr deutlich zu bemerken, daß diese jüngere Generation, die überall der Hauptträger vielartiger Protestbewegungen ist, auch das Gefühl, die Körperlichkeit neu entdeckt. Es wird nicht vom Kopf her gehandelt, sondern vom Bauch, vom Zwerchfell, von der Existenz her. Was ist an dieser Neu-Entdeckung von Gefühl und Körperlichkeit möglicherweise auch sehr gesund und notwendig in Auflehnung gegenüber einer allzu kalten Logik der Vernunft oder verstaubten Tugendkonzeption? Wo schlägt diese Auflehnung in ein gefährliches, vom Verstand nicht mehr kontrolliertes Wunschdenken um? Wo und wie werden notwendige Ernüchterungen wirksam?

Binder

Für viele, gerade in der jungen Generation, ist der Eindruck entstanden, daß sie bei der Gestaltung dieser Gesellschaft, bei der Weiterentwicklung einer völlig durchrationalisierten wissenschaftlich-technischen Zivilisation nicht dabei sind und nicht gebraucht werden. Veränderungen erfolgen nicht durch Anpassung, sondern durch Konflikt. Und auch Werte bewahren wir nicht durch Anpassung, sondern durch Konflikt.

Der sogenannte Grundkonsens garantiert nicht mehr das, was man für bewahrenswert, für veränderenswert, für durchsetzbar hält. Das liegt, so meine ich, primär an der Kompetenzschwäche des Common sense. Darunter verstehe ich, daß die Gesellschaft und ihre politischen Gruppierungen, Parteien und ähnliche, die Probleme nicht mehr auf einen gemeinsamen Nenner bringen können.

Wenn man sich die kontroversen Themen ansieht: sichere, preiswerte Energieversorgung, Sanierung der Flüsse, Arbeitsplatzsicherung, Luftverschmutzung, ausreichende Versorgung mit Wohnungen und anderes mehr, so läßt sich dies

immer weniger auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die Folge ist eine Regionalisierung der Probleme. Nicht mehr die Parteien sind damit befaßt, sondern Bürgerinitiativen, also Gruppierungen, die sich in Nachbarschaften entwickeln. Das individuelle Interesse wird in einem überschaubaren Bereich mit Durchsetzungsstrategien verbunden, die man selbst noch bewältigen kann.

Dieser Kompetenzschwund des Common sense ist nun nicht dadurch zu überwinden, daß wir, wie es Frau Noelle-Neumann empfiehlt, auf mehr Selbstbewußtsein des einzelnen setzen. Gerade die junge Generation stellt bei den Älteren wenig Selbstbewußtsein fest, sondern mehr Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit. Herr Vogel sprach hier von Heuchelei.

Nur ein Wort zu Frau Noelle-Neumann: Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist ohne Disziplin und Selbstkontrolle gar nicht zu verstehen. Diese erst haben es der Arbeiterbewegung ermöglicht, das durchzusetzen, was unter Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit verstanden wird.

Loch

Ich glaube, Frau Noelle-Neumann, das, was Sie beschreiben, betrifft gar nicht diejenigen, die in Protesten ihre Hoffnung ausdrücken wollen, sondern gerade jene, die nicht protestieren. Das hat uns alle etwas auf den Holzweg geführt, so als ob der Jugendprotest Ausdruck des von Ihnen erwähnten Abbaus von Zwängen sei.

Wir sollten auch die Generationsfrage nicht so in den Vordergrund stellen. Ältere Menschen sind natürlich anderen Zwängen und Beschränkungen ausgesetzt als junge, aber ich kenne durchaus ältere Menschen, die auf die protestierende Jugend setzen, wenn sie sich mit ihren Anliegen kein Gehör verschaffen können. So hat mir vor kurzem ein Rentner gleichsam damit gedroht: "Wenn das nicht klappt, stelle ich mich unter den Schutz der Jugend!"

Schließlich noch ein Wort zum Thema Pünktlichkeit. Als neulich eine meiner Auszubildenden fünf Minuten zu spät ins Büro kam, stellte sich heraus, daß sie eine Taxe genommen und dafür etwa DM10,- ausgegeben hatte. Hätte sie wie üblich den Bus genommen, wäre sie vielleicht fünfzehn Minuten zu spät gekommen. Ich habe ihr daraufhin klarzumachen versucht, daß es auch eine unsinnige Pünktlichkeit gibt.

Das trifft letztlich auf alle Tugenden zu, deren Befolgung Frau Noelle-Neumann als Selbstzwang so sehr vermißt. Wir sollten also sehen, daß alle diese Selbstzwänge, wenn sie absolut gesetzt werden, keineswegs als Tugenden hochgeschätzt werden sollten. Mein Büro ist nicht zusammengebrochen, als die Auszubildende einmal fünfzehn Minuten später kam, und wir waren alle froh, daß sie diesmal mit dem Bus gefahren war.

Verbeugen

Sie sollten aber hinzufügen, Herr Loch, daß Ihre Auszubildende nur deshalb einmal unpünktlich sein darf, weil sie ansonsten pünktlich ist. Denn sonst funktioniert das System nicht.

Glaser

Ich bin überrascht, Herr Loch, daß es in einer Kanzlei noch so etwas Unflexibles wie feste Arbeitszeiten gibt. Wir haben in der Verwaltung längst die flexible Arbeitszeit. Da legt jeder in Selbstkontrolle fest, wann er morgens beginnt und abends aufhört. Das funktioniert auch sehr gut.

M. Schneider

Ein Beispiel zum Thema Selbstkontrolle. Wenn mein siebenjähriger Sohn morgens zur Schule geht und einmal seine Selbstkontrolle nicht funktioniert, kann er unter ein Auto geraten. Das bedeutet, einem Siebenjährigen eher zuviel Selbstkontrolle abzuverlangen als zuwenig. Ich hatte solche Probleme früher nicht.

Aufgrund meiner Erfahrungen in Berlin mit Hausbesetzern bin ich der Meinung, daß weder das Gewaltmonopol des Staates noch die hohe Ebene der Werte jemals ernsthaft in Frage gestellt waren. Die Wege scheiden sich dort, wo es um die Anwendung der Gewalt oder um die Anwendung von Werten wie Solidarität und Freiheit geht.

Die Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen haben eine Geschichte, die zehn Jahre und länger zurückliegt. Dabei geht es um sehr praktische und materielle Dinge, weniger um ideologische. Die Erklärungsformen sind unterschiedlich. Die Härte der Auseinandersetzungen führe ich darauf zurück, daß die Werte Solidarität, Partizipation und Verwirklichung demokratischer Entscheidungen nicht zum Tragen kamen. Denn bevor Steine flogen, gab es viele legale demokratische Versuche, um Änderungen zu bewirken. Aber erst als in Berlin die Steine flogen, wurde dies alles zum Thema. Zu beklagen ist die fatalistische Einstellung einer Gesellschaft, die erst reagiert, wenn die Sensation da ist, wenn Auseinandersetzungen zu Straßenschlachten führen. Erst wenn die Partizipation an Bauvorgängen, notwendige Veränderungen der Stadtpolitik plötzlich zum großen Thema werden, nehmen es Politik und Gesellschaft ernst.

Alle tun sich sehr schwer, die Hausbesetzer irgendwo einzuordnen. Das dürfte auch kaum gelingen, weil sich diese Gruppen aus allen Schichten zusammensetzen und sie sehr unterschiedlich strukturiert sind. Da gibt es Leute, die ein praktisches Know-how haben, wie man ein Haus instand setzen kann. Da gibt es natürlich auch die sogenannten "Kaputtbesetzer", die noch nie in ihrem Leben gelernt haben, einen Achtstundentag zu organisieren, geschweige denn ein großes Haus instand zu setzen. Aber nur auf die wird gesehen; sie dienen als Alibi, um zu zeigen, was Hausbesetzer an schlimmen Dingen anrichten.

Viele von diesen Jugendlichen erfahren aber zum ersten Mal in ihrem Leben, was man alles tun kann, wenn bestimmte materielle Voraussetzungen gegeben sind. Die große Gruppe der Jugendlichen, die sich selber als die "Existenziellen" bezeichnet, die „no future“-Jugendlichen, leiden sicherlich nicht an zuviel Wohlstand, sondern sie sind eher ein Produkt des Mangels; es fehlt ihnen an einem Zuhause, an Geborgenheit, auch an materiellen Werten. Die 3000 obdachlosen Jugendlichen, die es ständig in Berlin gibt, sind bestimmt nicht verwöhnt. Im Gegenteil, hier müßte eigentlich Hilfe ansetzen.

Es ist auch gar nicht notwendig, neue Verordnungen und Gesetze zu erlassen; die bestehenden Gesetze müssen nur angewendet werden. Der oberste Leitsatz des Bundessozialhilfegesetzes ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Die Praxis der Sozialämter dagegen ist der bürokratische Ritus, das Abspeisen mit Zuwendungen. Worum es geht ist, das Gesetz mit seinen Möglichkeiten so anzuwenden, daß keiner davon unterdrückt wird, sondern damit leben kann. Das ist bisher nie geleistet worden.

R. Dahrendorf

Viele der Erklärungen, die hier zum Thema "Was ist los?" angeboten werden, greifen sehr tief, vielleicht zu tief. Denn wenn diese Erklärungen zuträfen, müßten eigentlich in allen Ländern mit einer vergleichbaren Geschichte der Modernisierung und Industrialisierung ähnliche Phänomene auftauchen. Das ist aber nicht der Fall. Es fehlt also irgendwo ein spezifisches Element der deutschen Geschichte, obwohl immer wieder auf Momente der deutschen Entwicklung hingewiesen worden ist.

Hinzu kommt weiter: Wenn man die Erklärungen tatsächlich in der Dimension suchen muß, die hier verschiedentlich angesprochen wurde, dann ist sehr schwer zu sehen, was man eigentlich tun soll. In dem, was bisher gesagt wurde, finden sich nur sehr vereinzelt Ansatzpunkte für die nächsten Schritte.

F. Dahrendorf

Ich zähle zu denen, die Frau Noelle-Neumann Dank schulden, weil sie mich durch ihr für mich überraschendes Referat herausgefordert und angeregt hat. Vieles klang so schön einfach. Es waren einige Bausteine dabei, die mir bekannt vorkamen und mit denen man auch gut umgehen kann. Dennoch, mit dem Bild als Ganzem, nein, damit kann ich mich auch nicht identifizieren.

Zu der These, die Fremdwänge seien geringer geworden, ist schon einiges gesagt worden. Es empfiehlt sich, hier einmal etwas genauer zu analysieren. Gerade die Älteren haben eine Vorstellung

von Fremdwängen, die vor allem auf zwei Dinge zurückzuführen sind: politische Unterdrückung und wirtschaftliche Not. Was assoziieren wir Älteren zu bestimmten Begriffen, zum Beispiel zu Freiheit? Unfreiheit, Nazis, KZ. Wenn Sie, was ich in letzter Zeit häufiger gemacht habe, junge Leute in dieser Richtung befragen, dann sehen deren Assoziationen ganz anders aus. Für sie ist das, was für uns einer der schlimmsten Fremdwänge ist, die es gibt, irgendwo fern in der Geschichte. Auch wirtschaftliche Not, für uns ebenfalls ein schlimmer Fremdwang, spielt für die Jugendlichen gar keine Rolle.

Sie haben schon recht, Frau Noelle-Neumann, für die Älteren sind die Fremdwänge geringer geworden. Wir messen alles an dem, was wir an Schlechtem selbst erlebt haben. Die Jüngeren haben diesen Maßstab nicht, deshalb sehen für sie die Fremdwänge auch ganz anders aus. Fremdwänge, das sind für sie zum Beispiel die sogenannten Sachzwänge. Sachzwang und Komplexität, das sind Begriffe, von denen die Jüngeren die Nase gestrichen voll haben. "Wann immer wir irgendeine Idee haben", das höre ich immer wieder, "kommt einer dieser Politiker daher und sagt: 'Erstens gibt es Sachzwänge, und zweitens ist alles so komplex' - und damit ist jede Idee schon tot."

Von einem bestimmten Punkt an wird jede Dynamik, jede eigene Überlegung in einem vermeintlichen oder wirklichen Dickicht erstickt. Für die, die protestieren, ist das aber der krasseste Sachzwang. Interessanterweise richtet sich diese Kritik sowohl gegen Pragmatiker als auch gegen Dogmatiker, Marxisten sind da genauso dran wie zum Beispiel pragmatische Sozialdemokraten.

Aber solche Fremdwänge empfinden heute viele Menschen in unserer Gesellschaft, nicht nur Jugendliche. Denken Sie an die Bürokratiediskussion. Wir haben doch alle das Gefühl, ob es sich nun um das Baurecht, das Schulrecht oder sonstwas handelt, in einer Maschinerie zu stecken. Ein wenig Verständnis für die Jüngeren taucht doch wohl bei jedem von uns auf, wenn sie sich gegen solche Fremdwänge wehren.

Die Lösungen, die Sie aufzeigen, Frau Noelle-Neumann: Beruf, Sport, Schlankheit - ist das nicht jedesmal eine Flucht in die Innerlichkeit? Vielleicht ist es etwas lax formuliert, wenn ich frage: "Wie wollen wir damit eigentlich den Staat betreiben?" Mit jemandem, der nur an seine Schlankheit denkt, der nicht mehr raucht und sich auf den Sport konzentriert, scheint mir das etwas schwierig zu sein.

Ich würde Antworten eher in der Richtung von Herrn Vogel suchen: Sachzwänge abbauen, Selbstverantwortung ermöglichen. Wir müssen uns zum Beispiel der Bürokratiediskussion wirklich stellen. Wir müssen weniger Verordnungen, weniger Gesetze machen, mehr Freiheiten zulassen, auch wenn einmal etwas schiefgeht. Wir sollten auch diese uns von den Vätern des Grundgesetzes in die Wiege gelegte, manchmal fast schrecklich perfekte Gleichheit etwas abbauen; vielleicht ist Ungleichheit gelegentlich menschlicher. In dieser Richtung würde ich Lösungen suchen. Das heißt aber, daß wir Kritik der Jungen - aber es sind eben nicht nur junge Menschen, die kritisieren - im Prinzip zunächst einmal akzeptieren müssen.

Simon

Sie sagen zu Recht, Herr Dahrendorf, daß die Tugenden, die Frau Noelle-Neumann nennt, zwar für die Persönlichkeitsbildung, für ein privates Sich-selbst-Finden wichtig sind, aber von den eigentlich politischen Ursachen der derzeitigen Unruhesituation eher ablenken. Hinzu kommt, daß das Begriffspaar Fremdwang - Selbstzwang meiner Ansicht nach für die Tugenden, die durchaus manche Sympathie bei mir wecken, keine geeignete Begründung abgibt. Mit dieser Systematisierung machen Sie es schwer, Ihre Empfehlung zu akzeptieren.

Herrn Vogel kann ich in seiner Analyse weitgehend zustimmen, vor allem darin, daß er die mit unserer Thematik angesprochenen Befürchtungen etwas relativiert. Dramatisieren wir die Situation nicht zu sehr? Jugendprotest, Krise der politischen Kultur, Wertwandel, Infragestellung des staatsbürgerlichen Grundkonsenses, das sind alles negativ besetzte Begriffe. Ich sehe dagegen in einem Teil dessen, was heute passiert, auch positive Aspekte. Diese sollten nicht zu kurz kommen.

Ich komme gerade von einem einwöchigen ökumenischen Hearing über Probleme der atomaren Aufrüstung mit hochkarätigen Fachleuten - Generälen, Politikern und Wissenschaftlern aus Ost und West und aus der Dritten Welt. Ich war überrascht, wie sehr dort betont wurde, daß der Protest der Friedensbewegung einen hochpolitischen positiven Effekt hatte, nämlich Herrn Reagan endlich etwas bereiter für Verhandlungen zu machen. Es wurde allgemein anerkannt, daß dies für die Zukunft der Welt von einiger Bedeutung sein könnte. Auf dem evangelischen Kirchentag haben wir mit dieser aufgeschlossenen, sagen wir vorsichtiger: einem Teil dieser unruhigen, mobilen Generation durchweg erfreuliche Erfahrungen gemacht. Man sollte hier nicht allzu schnell negative Vorzeichen setzen.

Ich möchte ferner unterstreichen, wenn Herr Vogel bezweifelt, daß wir vor einem Wertwandel stehen. Weniger die Werte selbst, sondern ihre Konkretisierung und Realisierung sind in ihrer Glaubwürdigkeit strittig. Das gilt auch für die angebliche Krise im staatsbürgerlichen Grundkonsens. Nach manchen Diskussionen und Gesprächen mit jungen Leuten beobachte ich, daß man sich nach wie vor sehr rasch über den Grundkonsens, wie er in der Verfassung angeboten wird, verständigen kann. Aber dann kommt stets die Frage: "Ist ja ganz schön, was Ihr da gemacht habt - aber wie sieht die Verfassungswirklichkeit aus?"

Dann zum Gewaltmonopol des Staates. Ich erinnere mich an eine heiße Diskussion mit Hausbesetzern in Freiburg, in der ich als Repräsentant dieses Staates heftig angegriffen wurde. Immerhin wurden nicht die Farbbeutel geworfen, die man mitgebracht hatte. Dort hatte ich zunächst ausgeführt, es sei ein Rechtsfortschritt, daß das Faustrecht des Mittelalters ersetzt worden sei durch das Gewaltmonopol des Staates. Das fand noch keine volle Zustimmung. Die Teilnehmer wurden aber nachdenklich, als ich fortfuhr: „Wenn wir das aufgeben, sind alle hier im Saal die Dummen; denn mit Gewalt können andere besser umgehen als Sie und ich. Konzentrieren wir uns darauf, die beim Staat monopolisierte Gewalt rechtsstaatlich einzudämmen und zu kontrollieren.“

Dennoch muß ich zugeben, daß ich mit unseren Antworten nicht voll zufrieden bin. Herr Schily erwähnte bereits die atomare Aufrüstung. Wir leben in einer Gesellschaft, die jungen Menschen den Eindruck vermittelt, als strotze sie von einer potentiellen Bereitschaft zur Gewalttätigkeit. Sicher geht die Theorie der Abschreckung dahin, Herr Dahrendorf, die Anwendung der Atomwaffen zu vermeiden. Essentieller Bestandteil dieser Theorie ist aber die für den Gegner glaubwürdige Bereitschaft, die Waffen eben doch einzusetzen, wenn die Abschreckung nicht funktioniert. Die Einstimmung in etwas so Unvorstellbares wie den tatsächlichen Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln geht doch nicht spurlos vorüber an jungen Leuten, denen wir beizubringen versuchen: Hände weg von Gewalt! Natürlich bin ich dafür. Aber wir sollten uns nichts vormachen. Hier befinden wir uns in einer Glaubwürdigkeitskrise.

Auf diesem Hintergrund möchte ich auf einige Schwierigkeiten hinweisen, die ich im Zusammenhang mit dem Demonstrationsrecht und dem besonders heiklen Problem der Regelverletzungen beobachte. Aus der Ecke der unruhigen jungen Generation hört man immer wieder: "Wir können lange friedlich demonstrieren; aufmerksam werdet Ihr erst, wenn Fensterscheiben klirren."

Ich kann und brauche hier nicht über den Stellenwert des Demonstrationsrechts in einem hochindustriellen und bürokratischen Massenstaat und seinen komplizierten Problemen und verbreiteten Ohnmachtserfahrungen zu reden. Wird nicht die Tolerierung dieses Rechts immer noch weithin als lästige Pflichtübung angesehen? Könnten nicht auch die staatlichen Organe viel dazu beitragen, daß selbst Großdemonstrationen gewaltfrei verlaufen? Wir sollten einmal die Unterschiede zwischen Brokdorf und der Bonner Friedensdemonstration analysieren: Wie ist die Polizei vorgegangen, wie haben sich die Veranstalter verhalten, was kann eine Kooperation zwischen beiden gegenüber gewalttätigen Gruppen bewirken?

Im Zusammenhang mit Regelverletzungen, von denen Herr Vogel sprach, beschäftigt mich das folgende verfassungspolitische Problem: Unsere Rechtsordnung ist nach Idee und Strukturen veränderungsfähig und kann auf Fehlentwicklungen reagieren. Das funktioniert auch weitgehend. Selbst bei besten Absichten geschieht es aber, daß auf Fehlentwicklungen nicht schnell genug oder nicht angemessen reagiert wird, etwa in der Wohnungspolitik. Irgendwann kocht es dann über, es kommt zu Regelverletzungen, in die auch solche hineingeraten, die an sich keine Gewalttäter sind. Anscheinend fehlt ein geeignetes Instrumentarium, um in solchen Situationen dem politisch berechtigten Protest einen gewaltfreien und gleichwohl angemessen wirksamen Einfluß auf die öffentliche Willensbildung zu ermöglichen. Die Folge ist das Überkochen und die Aburteilung der dabei begangenen strafbaren Handlungen auch dort, wo die Beteiligten nicht eigentlich kriminell gehandelt, sondern Defizite aufgedeckt haben. Da mich diese Konsequenzen nicht recht befriedigen, bin ich auf die von Herrn Vogel kritisierte Amnestie verfallen, nicht weil sie mir als gute Lösung erscheint, sondern in Ermangelung besserer.

Eine letzte Bemerkung betrifft den Rechtsstaat. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß ich ein leidenschaftlicher Verfechter des Rechtsstaatsgedankens bin. Ich habe mich dazu in den 60er Jahren in verschiedenen Veröffentlichungen geäußert, zum Beispiel in einer zornigen Anfrage: Ist in der evangelischen Ethik Platz für den Rechtsstaat? Inzwischen bin ich soweit, daß ich den Begriff kaum noch in den Mund nehme. Am liebsten würde ich jetzt einen Artikel schreiben: Wider den leichtfertigen Umgang mit der Rechtsstaatsidee. Ständig wird der Rechtsstaat mit der vorfindlichen Rechtsordnung identifiziert, selbst dort, wo diese verbesserungsbedürftig ist und wo gewisse Zeitgenossen

Gesetzgebungsmängel ausnutzen. Bei jeder Regelverletzung tut man so, als bringe sie gleich den Rechtsstaat in Gefahr.

Vogel

Bei Steuerhinterziehung nicht.

Simon

Nein, da nicht. Hier zeigt sich, wie wir mit den Werten, die wertvoll sind, umgehen. Wir gebrauchen oft genug den Rechtsstaatsgedanken, um fragwürdige Besitzstände abzudecken, und verdunkeln dadurch das, was seinen Wert ausmacht. Die Rechtsstaatsidee bezweckt doch vor allem, einen Mißbrauch staatlicher Macht zu verhindern, und nicht, verunglückte Einzelregelungen durchzusetzen. Sonst wäre es unverständlich, daß das Bundesverfassungsgericht wiederholt Regelungen als rechtsstaatswidrig beanstandet hat! Die Wertekrise, über die wir uns aufregen, haben wir doch wohl teilweise selber produziert. Ich bin den jungen Menschen dankbar, wenn sie uns darauf massiv hinweisen.

Remmers

Ich möchte zunächst eine Frage stellen, die ich für sehr wichtig halte. Wie bewältigen wir eigentlich selbst Belastungen und Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Schwierigkeiten, die wir in dieser Welt nun einmal vorfinden? Wie helfen wir jungen Menschen zu lernen, damit fertig zu werden? Denn viele Dinge lassen sich eben nicht ändern, auch bei gutem Willen nicht, selbst wenn wir uns noch so sehr anstrengen. Was kann man tun, damit dieses Spannungsverhältnis akzeptiert wird? Wie lernen wir, und wie lehren wir die Jugend zu lernen, daß man mit bestimmten Dingen fertig werden muß? Herr von Bismarck erwähnte den Harmonieglauben, der offenbar zunimmt im Hinblick auf das, was man alles so regeln könnte.

Herr Hasenclever sprach von verlotterter politischer Kultur. Da stelle ich die Frage: Wann stand denn die politische Kultur so in Blüte, daß wir jetzt sagen können, heutzutage sei sie verlottert?

Hasenclever

Ich sagte, die Grundwerte sind verlottert, und ihr Bezug zur politischen Praxis ist nicht erkennbar.

Remmers

Meinetwegen auch die Grundwerte. Es hat immer diese Diskrepanz zwischen Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit gegeben; daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Auf allen Gebieten haben heute unser Fortschrittsglaube und unsere Wissenschaftsgläubigkeit einen gewaltigen Stoß bekommen. Da frage ich mich, wieso glaubt man, im politischen Bereich könne man diese Diskrepanz ohne weiteres bewältigen.

Im Hinblick auf unsere Erziehung müßten wir uns Gedanken darüber machen, ob es nicht falsch war, bei vielen Dingen den Eindruck zu erwecken, man könne da grundlegende Änderungen erreichen; jetzt sei es zwar noch nicht soweit, aber demnächst könne man das machen. Wir tun immer so, als ob zum Beispiel die eigentliche Schule, die Schule der Zukunft erst noch kommt. Dies habe ich den sozialdemokratischen Spielkameraden manchmal vorgehalten: Ihr mit eurer Theorie, die eigentliche Demokratie komme erst noch! Mit solchen Vorstellungen wird davon abgelenkt, daß wir im Heute leben müssen und auch heute schon sinnvoll leben müssen.

Hier sehe ich letztlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man erkennt die Endlichkeit dieser Welt an und hält dabei auch manches aus, oder man ist bereit, sich auf eine transzendente Perspektive einzulassen. Was ich aber manchen jungen Leuten vorwerfe ist, daß sie sofort in Opposition gehen, wenn man auf Transzendenz auch nur anspielt. Auf der anderen Seite wollen sie daraus aber nicht die Konsequenz ziehen, sich auf die Endlichkeit wirklich einzulassen; sondern sie beschimpfen die Endlichkeit, weil sie endlich ist.

Dies führt beispielsweise dazu, daß die Politiker ständig überfordert werden. Mir geht das jedenfalls so. Natürlich haben wir auch selbst dazu beigetragen, indem wir hinter dem Pathos unserer Versprechungen das eigentlich Machbare verbergen. Wir tun immer so, als ob wir alles könnten. Andererseits richten die Leute entsprechende Erwartungen an uns. Das ist ein Wechselspiel.

Welche Folgerungen sind daraus zu ziehen? Ich habe auch Schwierigkeiten mit Ihrem Begriff "Selbstzwang", Frau Noelle-Neumann. Wenn man das so auf das Individuum abstellt, kommt mir das

ein wenig vor, als könne man sich wie Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen. Ich würde eher umgekehrt sagen, der Sumpf muß trockengelegt werden.

Was etwa die Schule angeht, so bin ich völlig einig mit Herrn von Hentig, das ewige Gejammer über zu wenig Leistung oder über falsche Politisierung und Ideologisierung betrifft nur ein Randproblem. Viel gravierender ist die Verflachung unseres Schulalltags durch Unterrichtsroutine und Bürokratisierung. Deshalb sehe ich in der "erlaßfreieren Schule" ein entscheidendes Stichwort, um mehr Freiraum zu schaffen und die Handlungsarmut der Schule zu überwinden. Denn darunter leidet die Jugend. Das gilt nicht nur für die Schule, sondern auch für andere Bereiche. Die Jugendlichen werden immer mehr in künstlichen Institutionen zusammengehalten, altersgleich, jahrgangsgleich, wo rein gar nichts passiert. Früher - diese Erfahrung habe ich jedenfalls noch gemacht konnte man aus der Situation, aus der Sache selbst noch erkennen, wieso ein bestimmtes Verhalten sinnvoll war.

Ich sehe das immer an dem Streit mit meinen Kindern, wenn es ums Rasenmähen geht. Wie soll ich denen klarmachen, daß es sinnvoll ist, Rasen zu mähen, wenn das im Grunde nur noch eine ästhetische Frage ist. Das haben die natürlich längst erkannt und meinen: "Laß den doch wild wachsen." Ich dagegen konnte durchaus einsehen, wenn meine Mutter sagte: „Wir müssen heute in den Garten, die Bohnen werden sonst gelb; wir wollen die grünen in den Pott schnippeln.“

Es fällt häufig auch schwer, aus der Sache selbst heraus zu erkennen, wieso man zum Beispiel pünktlich sein muß. Ich bin nicht gegen Pünktlichkeit als Sekundärtugend - natürlich nicht so heilig vorhergetragen. Es gibt eine ausgesprochen unsoziale Art von Unpünktlichkeit. Ich finde es schon ärgerlich, wenn meine Frau ein leckeres Essen zubereitet und die verdammten Burschen kommen eine halbe Stunde zu spät, und alles ist verbrutzelt. Bei den fünf Minuten, von denen Sie sprechen, Herr Loch, ist das sicher etwas anderes. Aber ich würde Pünktlichkeit nicht generell diffamieren. Ich würde diese Dinge nur anders begründen, nämlich von der sozialen Seite her. Auch Leistung würde ich anders begründen.

Herr Simon hat sich als Bundesverfassungsrichter zum Thema Rechtsstaat geäußert. Das hat mich einigermaßen beruhigt: denn ich werde mitunter als ein halber Anarchist angesehen. Letzthin hatten wir in Niedersachsen sogar eine Anfrage von der SPD, ob es denn wohl richtig sei, diejenigen für die besseren Lehrer zu erklären, die sich gerade nicht so genau an meine Richtlinien hielten. Das ist nämlich notwendig, sonst kann es nicht funktionieren.

Gorschenek

Die Tatsache, daß sich beispielsweise innerhalb der politischen Parteien Kommissionen jahrelang mit dem Thema Grundwerte beschäftigen, ist ein Indiz dafür, wie notwendig es erachtet wird, einen verpflichtenden staatsbürgerlichen Grundkonsens zu finden.

Die bislang unbestrittenen Grundwerte Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit sind vor allem bei kritischen Jugendlichen als Gerechtigkeit aus der Sicht der Besitzenden, als Solidarität aus der Sicht der Mächtigen und als Freiheit aus der Sicht der Ordnungshüter ins Gerede gekommen. Mit anderen Worten: Sie befürchten einen Mißbrauch dieser Werte.

Es sieht heute so aus, als ob man bei der Diskussion um die Grundwerte noch einmal von vorne beginnen müsse, bei der Frage nämlich, ob es überhaupt welche gäbe und welche es dann seien.

Die breite Debatte um Grundwerte und Menschenrechte, die etwa zu Beginn der 70er Jahre einsetzte, hat vornehmlich die Frage nach Humanität und Menschenwürde aufgeworfen und die Markierungen gesetzt für die bis heute anhaltende Diskussion. Da Humanität und Menschenwürde keine spezifisch christlichen Wertmaßstäbe sind, stehen zwei Themen im Vordergrund: einmal die Frage nach dem Verhältnis von menschlichen Werten und christlichem Glauben und zum anderen die Frage nach dem Verhältnis von Recht und Ethik: Die zweite Frage, die einen direkten Bezug zu der Problematik von Jugendprotest, Wertwandel und Krise der politischen Kultur aufweist, stellt sich um so gravierender in einer Zeit der Wirtschaftskrise und der Krise der Staatsfinanzen.

Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, daß sich die Diskussion um die Grundwerte zuspitzt, daß sie zur Diskussion einer Sinn- und Orientierungskrise wurde. Gefragt wird nach den Grundwerten unseres gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens, die tragen und standhalten.

Allerdings werden die Grundwerte mitunter bereits zur Disposition gestellt, das heißt, es wird gefragt, ob überhaupt verbindliche Werte vonnöten seien, ob es Werte und Sinnprinzipien in einer demokratischen Gesellschaft geben dürfe, die doch möglichst vielen und unterschiedlichen Überzeugungen offenstehen solle - politischen wie religiösen.

Richtige Analyse und Verarbeitung sind unabdingbare Voraussetzungen für eine echte Reflexion der Grundwertediskussion. Denn unserer Gesellschaft bleibt die Auseinandersetzung um die Grundwerte nicht erspart. Hier geht es vor allem darum, beim Staatsbürger das Verständnis für den Wertpluralismus einer freiheitlichen Demokratie zu wecken und sich mit den der staatlichen Verfassungsordnung zugrunde liegenden Werten auseinanderzusetzen, sie auch in ihrer geschichtlichen Dimension und Entwicklung darzustellen. Der einzelne muß die Fähigkeit entwickeln, sich sein persönliches Werteempfinden bewußt zu machen, um der Gefahr zu entgehen, es ins Irrationale abgleiten zu lassen. In seinem Streben nach Freiheit stellt sich für den Menschen auch die Frage nach dem Sinn des Lebens. Die Sinnfrage mag verschieden formuliert sein, ihre existenz-bewegende Dynamik erhält sie erst dadurch, daß sie auf ein zu erreichendes Ziel ausgerichtet ist.

Verbeugen

All diese Fragen "Was bleibt noch vom Grundkonsens?", "Was ist mit der politischen Kultur los?", "Wie steht es um die Grundwerte?" spiegeln die Verunsicherung einer relativ kleinen Gruppe - in anderen Ländern würde man sagen: der politischen Klasse - wider, die sich angewöhnt hat, es für natürlich zu halten, daß ihre gesellschaftlichen Ziele von anderen als deren Werte akzeptiert werden. Sie hält es für ebenso natürlich, daß das, was sie für den demokratischen Entscheidungsprozeß benötigt, von anderen als demokratischer Grundkonsens akzeptiert werden muß.

Worauf ich hinaus will ist, daß die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, auch damit zusammenhängen, daß die Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen in Wahrheit nicht größer geworden sind, obwohl die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben wären.

Man sollte das Schlüsselwort unserer heutigen Aussprache, nämlich Jugendprotest, zumindest in zwei Richtungen ausweiten; einmal in Hinsicht auf die anderen Generationen. Was wir zur Zeit erleben, betrifft nicht allein die Jugend. Das hat der Evangelische Kirchentag deutlich gezeigt. Auch die Bonner Friedensdemonstration war kein reines Jugendphänomen. Zum anderen treffen wir in der Jugend keineswegs nur auf Protesthaltungen. Ich habe unlängst mit jungen Offizieren der Bundeswehr diskutiert, sehr nachdenkliche Leute, keine Kommißköpfe. Die sagten mir: "Wir haben heute keine Probleme mehr mit den Wehrpflichtigen. Vor zehn Jahren war noch Widerstand gegen Vorgesetzte an der Tagesordnung; das gibt es jetzt alles nicht mehr. Die jungen Leute reißen ihren Stiefel ab, versuchen überhaupt nicht aufzufallen, dann fahren sie wieder nach Hause und führen dort ein vollkommen anderes Leben." Sie leben gewissermaßen in zwei völlig verschiedenen Welten. Wir sollten auch nicht übersehen, daß Jugendkriminalität und Drogenmißbrauch immer noch im Wachsen begriffen sind.

Gibt es hier gemeinsame Wurzeln? Ich denke ja, und zwar sehe ich solche gemeinsamen Wurzeln in Verbindung mit der subjektiven Befindlichkeit des einzelnen. Diese subjektive Befindlichkeit hängt natürlich mit den Vorgaben - ich will das Wort, „Zwänge“ vermeiden - der Umwelt zusammen. Und in Deutschland ist nun einmal ein vorrangig akzeptierter Wert der Gesellschaft die Anerkennung der objektiven Leistung, nicht der subjektiven Leistung. So ist es nicht verwunderlich, daß bei uns diejenigen die Politik bestimmen, welche sich in derjenigen Alters- und sozialen Gruppe befinden, die diese objektive Leistung voll erbringen kann.

Der Deutsche Bundestag ist ein fabelhaftes Beispiel dafür. Sehen Sie sich an, wie er zusammengesetzt ist. Die Hälfte der Bevölkerung fehlt sowieso fast völlig, die Frauen. Von dem, was übrigbleibt, fehlt wiederum die Hälfte, nämlich die Arbeiter. Von dem, was dann noch übrigbleibt, fehlen wiederum die ganz Jungen und die ganz Alten. Das heißt, nur ein ganz schmaler Ausschnitt der Gesellschaft repräsentiert die gesamte Gesellschaft in der Politik und bestimmt über alles, was wir hier diskutieren.

Und diese politische Repräsentanz macht auch Fehler, und zwar solche, die eine Ökologie-, eine Friedens-, eine Alternativbewegung notwendigerweise hervorrufen mußten. Diese Bewegungen sind doch nicht deshalb entstanden, weil wir zu dumm oder zu dickhäutig gewesen wären, diese Phänomene zu erkennen, sondern weil wir politische Entscheidungen getroffen haben und immer noch daran festhalten, die von einem wachsenden Teil der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert werden. Natürlich weiß ich, daß die Politik aller im Bundestag vertretenen Parteien in bezug auf den Doppelbeschluß der NATO oder in bezug auf den Ausbau der Kernenergie dazu führt, daß wir einen Teil unserer Bevölkerung politisch nicht mehr erreichen. Deshalb organisiert sich dort etwas anderes, sicher nicht als Partei, aber in anderen Formen. Herr Hasenclever und Herr Schily sind ja ein Beispiel dafür. Das ist zweifellos durch unser Verhalten hervorgerufen worden. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird immer weniger akzeptiert. Ich sehe aber in der Entwicklung nicht nur Gefahren, sondern auch eine Reihe von Möglichkeiten.

Ich gehöre zu denen, deren politisches Engagement im wesentlichen durch die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre geprägt worden ist. Wesentliches Kennzeichen dieser Bewegung war vor allem ihr moralischer Anspruch. Wir hatten einfach das Empfinden, da stimmt etwas nicht. Die erzählen uns alles Mögliche, und dann führen sie es gar nicht durch. Da wird uns erzählt, sie machten Friedenspolitik, und gleichzeitig wächst das Potential an iVernichtungswaffen immer mehr an. Da wird uns erzählt, man trete für die Bekämpfung von Hunger und Elend in der Welt ein, und dann bringen wir es nicht mal fertig, 0,7 Prozent unseres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben.

Es wird uns eine ganze Menge erzählt, aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Es wird uns erzählt - um jetzt auf die heutige junge Generation zu kommen;- , Eigentum verpflichte, aber wir bringen es nicht fertig, dafür zu sorgen, daß keine Häuser leerstehen. Ich bin in dieser Hinsicht viel radikaler als die meisten, die hier gesprochen haben. Wenn wir die Verfassung ernst nehmen, dann müssen wir nicht nur die Möglichkeit von Zeitmietverträgen schaffen, sondern müssen dafür sorgen, daß solche Verträge auch tatsächlich zum Gebot werden.

Bei der Frage nach der Therapie erscheint es mir notwendig, die Forderung nach Partizipation aus den 60er Jahren wieder aufzugreifen, um die Demokratie selbst und auch die Politik zu demokratisieren. Das ist heute nicht so. £5 besteht immer noch ein Politikmonopol der Parteien, die keineswegs so offen sind, wie sie sich gerne darstellen.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch das Problem des Gewaltmonopols. Natürlich ist es für einen Liberalen selbstverständlich, das aufrechtzuerhalten. Wir dürfen nicht in den gesellschaftlichen Zustand einer Steinzeithorde zurückfallen. Aber ich frage mich in zunehmendem Maße, ob nicht die Widersprüche, die ich erwähnt habe, von denjenigen, die sie erleben, auch als Gewalt empfunden werden und sich im Einzelfall wohl auch so darstellen. Ich meine, ein staatliches Gewaltmonopol ist nur glaubhaft, wenn es nicht gleichzeitig mit dem Politikmonopol einer kleineren Gruppe zusammenfällt. Das setzt voraus, daß alle auf die Entscheidungen, die zur Inanspruchnahme des Gewaltmonopols führen, durch die vorgesehenen Formen der Partizipation Einfluß nehmen können.

Ich weiß wohl, was für ein Tor ich da öffne, wenn ich die Frage nach der Legalität und Legitimität politischer Entscheidungen stelle. Ich lese ja häufig genug, daß man das gerade als Liberaler nicht darf. Trotzdem: Es reicht nicht aus, sich auf das Durchsetzen rein formal legal zustandegekommener Entscheidungen zurückzuziehen. Ich erlebe das zur Zeit täglich am Beispiel des Startbahnausbaus in Frankfurt, wenn ich erklären muß, wie es möglich ist, daß diese Entscheidung überhaupt gefallen ist und dann auch noch in den Formen durchgesetzt werden muß, in denen wir das erleben. Mir fällt es sehr schwer, das zu erklären, zumal als einer, der, als es noch möglich war, dies zu ändern, der Meinung war, die Entscheidung in der Sache sei falsch gewesen. Die falsche Entscheidung in der Sache ist aber zustandegekommen, weil die unmittelbar Betroffenen eben nicht die volle Möglichkeit zur Partizipation hatten. Ich bin ziemlich sicher, daß man in Wiesbaden anders gehandelt hätte, wenn die Betroffenen vor dem Protest in anderer Weise beteiligt worden wären.

Ich meine, wir müßten in der Bundesrepublik so etwas entwickeln, was die Engländer civic culture nennen, was mehr besagt als unser Begriff der politischen Kultur. Civic culture meint im Grunde nichts anderes als eine staatsbürgerliche Ethik, einen Common sense, die einfache Konsequenz aus der Tatsache, daß nicht jeder machen kann, was er will, sondern daß Freiheit gerade dann, wenn Freiheitsmöglichkeiten insbesondere durch technische und industrielle Entwicklungen größer geworden sind, nur in einer Bindung - ich würde nicht Selbstzwang sagen, Frau Noelle-Neumann verwirklicht werden kann. Freiheit muß sich selbst begrenzen, und zwar freiwillig.

Zum Thema Fremdzwang nur eine eigene Erinnerung: Ich konnte meine beiden Großväter, die Ende vorigen Jahrhunderts Industriearbeiter waren, noch befragen nach ihrem ganz engen, ausweglosen, würdelosen Leben. Wenn ich ihre Geschichte hörte, habe ich sie immer ganz fassungslos gefragt: Warum habt Ihr Euch das gefallen lassen? Warum habt Ihr nicht dagegen protestiert?

Sonthheimer

Was mich an den Thesen von Frau Noelle-Neumann überzeugt hat, ist der von ihr herausgestellte Zusammenhang von Selbstkontrolle, die Selbstbewußtsein schafft, und dem Gefühl des Gerne-leben-Wollens. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß vor allem junge Menschen in unserer Gesellschaft sich immer weniger zufrieden über ihre eigenen Lebensverhältnisse äußern. Man fragt sich, wie ist eine solche Tendenz in unserer Republik eigentlich möglich. Das muß doch mit den Vorstellungen zusammenhängen, die junge Menschen vom möglichen Leben in dieser Gesellschaft haben. Diese Bewußtseinsinhalte spielen eine entscheidende Rolle bei der negativen Bewertung, die unsere Gesellschaft heute erfährt.

Herr Dahrendorf hat angemerkt, daß diese Bewußtseinsbildung je nachdem, welchen historischen Erfahrungshintergrund Menschen haben, ganz unterschiedlich verläuft. Für die sogenannte Kriegsgeneration - ich bin 1928 geboren - sind die Voraussetzungen natürlich andere als für unsere Kinder; ich habe Kinder im Alter von Mitte zwanzig. Deshalb sympathisiere ich auch ausgesprochen mit der Feststellung von Herrn Remmers, daß wir in einer Welt leben, die endlich ist, in der eben nicht alles möglich ist, ein Umstand, der in der gegenwärtigen Gesellschaft offenbar zu wenig beachtet wird. Ein Teil unserer Probleme hat damit zu tun, daß zu oft geglaubt wird, alles sei möglich und durchführbar.

Herr Simon sagte, es werde zu sehr dramatisiert. Nun, diese Dramatisierung geschieht nicht durch diejenigen, die von einer Krise unserer politischen Kultur sprechen, der es daran mangle, zur civic culture im Sinne einer demokratischen politischen Kultur zu werden. Dramatisieren tun vielmehr diejenigen, die unsere Gesellschaft nicht für fähig halten, die Probleme der Zukunft zu lösen, die behaupten: "Morgen ist unsere Welt kaputt" oder "Morgen wird es keinen Frieden mehr geben", die also dauernd vom großen Kladderadatsch reden, der die ganze Welt zugrunde richten wird. Wir haben das auch hier gehört. Diese Dramatisierung macht es der politischen Kultur, das heißt den normalen demokratischen Verfahren und entsprechenden Einstellungen so schwer, auf die Probleme eine angemessene Antwort zu finden.

Ich halte die Situation deshalb für ernst, weil die Grundlage unserer politischen Kultur, die immer ein gewisses Maß an Gemeinsamkeiten, also einen Grundkonsens haben muß, oberhalb dessen sich dann unterschiedliche Positionen und widerstreitende Meinungen durchaus artikulieren könnten, heute an einem entscheidenden Punkt in Frage gestellt ist, nämlich beim Gewaltmonopol, und das geschieht in unserer Republik mit immer größerer Selbstverständlichkeit. In dem Augenblick verliert aber die politische Kultur ein entscheidendes Element, das sie braucht, wenn sie demokratisch sein will. In der Frage der Startbahn West stehen wir vor der Situation, daß die Minoritäten, die das Projekt ablehnen, mit ihrem Protest fortfahren, obwohl die parlamentarische Mehrheit nach dem üblichen demokratischen Verfahren bereits entschieden hat.

Eine demokratische Ordnung kann erfahrungsgemäß nur nach dem Mehrheitsprinzip funktionieren. Dabei muß die Minderheit bereit sein, die Entscheidung der Mehrheit, jedenfalls vorübergehend, zu akzeptieren. Genau das aber geschieht nicht mehr. Minderheiten stellen, unter Berufung auf eine höhere Legitimität, die demokratische Legitimität des normalen Verfahrensprozesses in Frage. Das ist der Bruch in unserer politischen Kultur, den ich für sehr ernst halte.

Ich will gar nicht darüber reden, was in diesem Zusammenhang legitim ist. Natürlich werden Fragen der Legitimität um so dringlicher, je mehr damit Entscheidungen über Tod und Leben oder über lebensfähige Verhältnisse verbunden sind. Wenn man sich nicht auf eine höhere Legitimität berufen könnte, bestünde ja überhaupt keine Möglichkeit, in derart massiver Weise auf den demokratischen Prozeß einzuwirken. Die Frage ist allerdings, wie berechtigt diese Berufung ist. Darüber geht der Streit.

Wir erleben in dieser Runde ja ein eindrucksvolles Beispiel für die Unfähigkeit, ein solches Problem zu schlichten, bei der Diskussion über die Frage: Wieviel Zwang von außen, wieviel Fremdzwang sind Menschen in dieser Gesellschaft ausgesetzt? Frau Noelle-Neumann hat behauptet, das sei tendenziell weniger der Fall als früher. Andere halten dagegen, der Fremdzwang habe sich erhöht. Da man das aber nicht messen kann, ist darüber auch keine Entscheidung herbeizuführen. Wenn wir jedoch in einem so entscheidenden Punkt wie der Fremdbestimmung nicht mehr in der Lage sind, auch nur annähernd einen Konsens zu erzielen, dann zeigt sich hier wiederum, daß wir es mit einem Bruch im grundlegenden Verständnis zu tun haben. Denn wir sind offenbar nicht mehr fähig, in einer ganz wesentlichen Frage, die unsere Befindlichkeit in dieser Gesellschaft betrifft, eine auch nur einigermaßen richtige Antwort zu geben.

Wir verwenden natürlich ständig irgendwelche Behauptungen - zum Beispiel die Fremdbestimmung habe zugenommen;- , um eine ganz bestimmte Position zu untermauern. Die Grundlagen dafür sind aber genauso brüchig wie für die gegenteilige Behauptung, die Fremdbestimmung habe abgenommen. Das kann somit jeder handhaben, wie er will. Da aber daraus jeweils entscheidende gesellschaftspolitische Folgerungen abgeleitet werden, haben wir es hier mit einem wirklich brisanten Punkt zu tun. Insofern bin ich für eine Dramatisierung, nicht für eine Abwiegung.

Weil man die Basis der Gemeinsamkeit nicht mehr anerkennt, scheitern auch alle Möglichkeiten der Verständigung, wie zum Beispiel der Dialog. Das ruiniert die großen Parteien. Die SPD ist fast schon ruiniert durch diesen Konflikt, und sie wird ihn kaum mit großer Überzeugungskraft durchkämpfen können. Auf diese Weise gerät sie in Gefahr, ihre bedeutende Stellung in der deutschen Politik zu verlieren. Das ist meine große Befürchtung als Mitglied dieser Partei. Um solche Konflikte zu

schlichten, wäre die Anerkennung einer Schiedsrichterfunktion, sei es durch den Staat, sei es durch andere Autoritäten, notwendig. Die gibt es aber auch nicht mehr. Es dürfte also sehr schwer werden, in der einmal eingeschlagenen Richtung etwas zu ändern.

Anschließend an das, was Herr Remmers gesagt hat, hielte ich eine stärkere Erziehung zu dem, was innerhalb der Grenzen unserer Verfassung und der Welt, so wie sie besteht, sinnvoll und möglich erscheint, für einen wichtigen Orientierungspunkt. Denn wir schlagen uns vielfach mit Ansprüchen und Erwartungen herum, die angesichts der Endlichkeit dieser Welt zumindest nicht so geradehin realisiert werden können. Das heißt, wir brauchen ein wachsendes Realitätsbewußtsein, das natürlich auch affirmative Züge in sich trägt; das will ich gar nicht leugnen. Doch wäre es immerhin ein wichtiger Schritt auf dem richtigen Wege. Ich bezweifle jedoch, ob wir von den sehr unterschiedlichen intellektuellen Positionen aus, mit denen wir die Wirklichkeit beurteilen, noch dazu imstande sind, ein solches Realitätsbewußtsein zu kultivieren, das zu einer gemeinsamen Grundlage für eine produktive politische Kultur werden könnte.

O. Schneider

Ich habe mit großer Überraschung vernommen, daß Sie, zumindest rhetorisch, das Politikmonopol der Parteien in Frage stellen, Herr Verheugen. Ich möchte nur daraufhinweisen, daß unser demokratischer Verfassungsstaat, der sich als Rechts- und Sozialstaat versteht, nur als Parteienstaat funktioniert. Die repräsentative Demokratie ist das wesentliche Strukturprinzip unserer Demokratie; ohne Parteien ...

Koschnick

Die Parteien wirken bei der Willensbildung mit.

O. Schneider

... gibt es kein Parlament, und ohne Parlament gibt es keinen Gesetzgeber. Die Gesetze haben sich am Grundgesetz zu orientieren. Wer soll denn die Staatsgewalt ausüben, wenn das Gewaltmonopol in Frage gestellt wird? Zu welchem Zweck wird denn Gewalt ausgeübt? Gewalt wird doch nur ausgeübt, um den Artikeln I und II des Grundgesetzes zu genügen, nämlich die Menschenwürde zu schützen und es jedem einzelnen Menschen zu ermöglichen, frei zu leben. Die Freiheit des einzelnen endet bekanntlich da, wo er die Freiheit des anderen zu beeinträchtigen beginnt.

Wer sich gegen das Parteienmonopol ausspricht, der muß sich fragen lassen, wie denn die Parteien zu ihrem Einfluß im Staat kommen. Die Parteien sind doch alle demokratisch verfaßt. Wenn ich es recht verstehe, so erstreben alle demokratischen Parteien eine staatliche Ordnung in demokratischer Freiheit und sozialer Verantwortung. Meine Partei, die CSU, sagt, sie gehe von den Grundlagen des christlichen Welt- und Menschenbildes aus; andere Parteien gehen von unserer abendländisch liberalen Kulturwelt aus und bringen das ein, was sich in der Zeit der Aufklärung an politischen Inhalten und an Werten als allgemein anerkannt herausgebildet hat. Die Väter unserer Verfassung haben sich im parlamentarischen Rat über das Grundgesetz am Ende geeinigt - mit Ausnahme der Kommunisten.

Vogel

Und mit Ausnahme der CSU; sie hat dem Grundgesetz im Bayerischen Landtag nicht zugestimmt.

O. Schneider

Aus einem föderalen Gesichtspunkt.

Hasenclever

Die Kommunisten haben es auch aus einem anderen Gesichtspunkt heraus abgelehnt.

O. Schneider

Der föderale Gesichtspunkt ist doch unbestritten. Diese Debatte müßten wir erheblich vertiefen.

Unsere Demokratie ist eine Parteiendemokratie. Ich gebe zu, daß die Parteien auch Fehler gemacht haben, aber wenn die Basisdemokratie, die partei-interne Demokratie nicht mehr funktioniert und sich die Parteien der Jugend nicht mehr öffnen, das Gespräch mit ihr nicht ausreichend führen, und viele andere Möglichkeiten ungenutzt bleiben, so dürfte in der Tat eine ernste Situation entstehen. Das

Parteiengesetz stellt den Parteien sieben große Aufgaben, die keine Partei voll erfüllt hat (Paragraph I und II des Parteiengesetzes). Wir haben eine Reihe von politischen Akademien, die uns dabei helfen sollen, was in letzter Zeit auch verstärkt geschieht. Wenn aber die Parteien die ihnen von der Verfassung gesetzten Aufgaben nicht voll erfüllen, dann darf uns das noch lange nicht veranlassen, die Funktion der Parteien in unserer Demokratie prinzipiell in Frage zu stellen.

Demokratie - ich erlebe das als Oppositionsabgeordneter jeden Tag, manchmal mit Schmerzen - bedeutet Mehrheit. Wenn die Mehrheit entscheidet, kommt ein Gesetz verfassungsmäßig zustande. Ich habe das anzuerkennen. Wenn die Mehrheit einen Bundeskanzler wählt, dann ist das auch mein Bundeskanzler. Wenn der Bundeskanzler Minister beruft, dann sind es auch meine Bundesminister. Wenn wir diese politische Grundhaltung aufgeben, würden wir unseren Staat gefährden.

Was das Gewaltmonopol angeht, so stimme ich Herrn Vogel in jeder Hinsicht zu. Es kann gar keine Frage sein, das Recht muß wie eh und je gemeinverträgliches Verhalten sichern und die Rechte anderer schützen. Dazu ist der Staat nur in der Lage, wenn er das Recht auch notfalls mit staatlicher Macht durchsetzen kann.

Eine andere Frage ist die Gefährdung des Rechtsstaates durch diejenigen, die ihn nicht mehr anerkennen. Denn wer das Gewaltmonopol des Staates nicht akzeptiert, zweifelt den Rechtsstaat an und bringt auch den Sozialstaat in Gefahr, weil es ohne einen funktionierenden Rechtsstaat keine sozialstaatliche Wirklichkeit geben kann. Das verkennen viele: Die Feinde des Rechtsstaates sind auch die Feinde des Sozialstaates.

Wenn Sie sagen, Herr Vogel, über die Marktwirtschaft stehe nichts in unserem Grundgesetz, so ist das verfassungsrechtlich völlig richtig. Aber die Summe aller Grundsätze und Grundrechte - ich denke unter anderem an das Grundrecht der Eigentumsfreiheit, Artikel XIV, und die weitere Verfassungsentwicklung nach 1949 deutet darauf hin, daß eine marktwirtschaftliche Grundordnung der sozialen Verpflichtung und der übergeordneten Idee unseres Grundgesetzes mehr entspricht als eine andere Ordnung. Richtig ist, daß es den Artikel XV des Grundgesetzes gibt, der die Überführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum ermöglicht.

Nur ein kleiner Teil der Lebensbereiche läßt sich rechtlich normieren; Rechtsvorschriften können das Leben überhaupt nicht fassen. Wenn alles und jedes menschliche Tun rechtlich normiert wäre, dann hätten wir es wirklich mit dem „großen Bruder“ zu tun. Ich bin daher der Meinung, die metaphysische Menschenwürde muß der Schlüsselbegriff für das Verhältnis des Menschen zum Staat sein. Karl Jaspers hat einmal gesagt, die Menschenwürde bedeutet, daß der Mensch mehr ist, als er von sich weiß. Zu dem Satz bekenne ich mich.

Freiheit, die das Grundgesetz uns ermöglicht, ist wesentlich Freiheit zur Selbstverwirklichung. Insofern ist der Begriff Selbstzwang etwas mißverständlich. Beim Problem des Fremdzwanges geht es darum, positiv auf Entwicklungen zu reagieren, die das Grundbefinden der Menschheit in einer technisch-wissenschaftlichen Zivilisation verändern. Unser ganzes Leben ist wesentlich von einer funktionalen Rationalität geprägt. Der sichtbarste Ausdruck dafür ist der Computer. Alle ökonomischen Prozeßabläufe sind von einer technokratischen Entscheidungsfindung wesentlich vorbestimmt. Die großen Forschungsprozesse gehorchen ganz bestimmten Sachzwängen. Der einzelne Erfinder in seiner Stube mag da und dort noch eine Chance haben, aber die großen technischen Entwicklungen, die unseren Alltag bestimmen, sind von der Großforschung geprägt.

Die Entlohnung geschieht auf meritokratische Weise, die man überprüfen kann. Auch bei behördlichen Beförderungen geht das alles nach formalen Kriterien, nach genauen Maßstäben. Der einzelne wird nach formalen Tätigkeitsmerkmalen besoldet, auch wenn es im Einzelfall nicht leistungsgerecht sein mag.

Koschnick

Einspruch, Euer Ehren: Die Bedeutung des Parteibuchs gilt für alle Parteien.

O. Schneider

Ich denke nicht an irgendwelche Parteipolitik; aber das meiste ist doch festgelegt.

Ich stimme Herrn Frank Dahrendorf zu, daß perfekte Gleichheit die Menschlichkeit gefährdet. Der Gleichheitssatz wird bei uns häufig wie eine inhumane Walze gehandhabt. Dabei ist doch Differenzierung ein Verfassungsgebot, neben dem Gerechtigkeitsgebot und dem Willkürverbot. Da in der Massendemokratie alles gleichgewalzt wird, vernachlässigt man eine differenzierende Betrachtung. Gerechtigkeit muß differenzieren; das kommt in unserem Staat erheblich zu kurz.

Ein Wort noch zur Friedensbewegung. Der Frieden ist ein Urproblem der Menschheit, wengleich sich das Ausmaß der Gefahren durch die waffentechnischen Entwicklungen potenziert hat. Hier haben wir es mit einer neuen Dimension zu tun, wo die Quantität in Qualität umschlägt.

Alle Politik hat nur ein Ziel: Frieden zu stiften. Ich bin der festen Überzeugung, daß diejenigen, die in Bonn für den Nachrüstungsbeschluß und für Verhandlungen eintreten, Friedensfreunde sind. Ich unterstelle keinem Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, daß er nicht Frieden haben will. Es genügt aber nicht, wenn jene, die sonst nicht in der Bibel lesen, die falschen Seiten aufschlagen, das falsche Kapitel zitieren und sich als Säulen-Exegeten betätigen, um dann zu sehr vordergründigen Erkenntnissen zu kommen.

Die erste große Friedensidee gab es bei Alexander dem Großen; es gab die Pax Romana. Wir kennen "de civitate dei" des Heiligen Augustinus und die großen Ideen des Thomas von Aquin. Die Französische Revolution, die als Friedensidee und als Gleichheits- und Brüderlichkeitsidee begann, hat Europa 20 Jahre lang mit Krieg überzogen. Es kamen die Versuche im 19. Jahrhundert, der Völkerbund nach dem Ersten und die UNO nach dem Zweiten Weltkrieg. Wer die Geschichte kennt, wird Realist bleiben.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich halte jede Anstrengung für notwendig, die den Frieden fördert. Aber wir müssen den Sinn für die Wirklichkeit behalten. Wer die Raketen der Russen als Friedensraketen und die des Westens als Kriegsraketen bezeichnet, darf sich nicht wundern, wenn er unglaubwürdig ist.

Bondy

Ich will mich zu vier wichtigen Punkten äußern, die mir in der Diskussion aufgefallen sind, und die mit dem Stichwort: „perverse Effekte“ guter sozialer Absichten zu tun haben, nach dem Motto: "Was ist das Gegenteil von gut? Gut gemeint."

Der erste Punkt betrifft das Nullwachstum. Es ist erstaunlich, daß man davon als Forderung und Ideologie spricht, wo es doch bereits ein Faktum ist, und zwar eines, unter dem sehr viele, insbesondere die Arbeiter, leiden. Die französische Regierung, die sich als sehr links von allen Sozialdemokratien empfindet, sagt, daß ohne ein Wachstum von mindestens 5-7 Prozent die geplanten Vorhaben für mehr soziale Gerechtigkeit scheitern müssen. Es gibt also in Europa ein Experiment, das in seinen Absichten linker ist als alle anderen und das von einer starken Wachstumssteigerung ausgeht.

Manche bevorzugen vielleicht einen schwachen Staat, aber auf jeden Fall will man einen reichen Staat, der für sehr vieles sorgt. Ohne Wachstum geht das nicht. Mit anderen Worten, die Doktrin des Nullwachstums oder gar Negativwachstums vielleicht sollte man besser von "Schrumpftum" sprechen geht von falschen Voraussetzungen aus. Es ist längst keine Forderung mehr, sondern wir befinden uns mittendrin. Das mag den einen oder anderen Vorteil haben, aber es hat bestimmt auch Nachteile.

Das zweite Beispiel sind die Wohnungen. Hier bestehen die perversen Effekte darin, daß richtige Forderungen uns auf Probleme aufmerksam machen - und sei es durch Steinwürfe;- , aber die Antworten, die die Protestierenden uns aufzwingen wollen, das Gegenteil von dem bewirken, was sie beabsichtigen. In Frankreich haben soziale Rücksichten zu einem Mietstop geführt, der während der letzten fünfzig Jahre die Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen gebracht hat. Das hat bis in die 60er Jahre zu einem Wohnungsproblem geführt, das schlimmer war als irgendwo sonst in Westeuropa. Den Wohnungssektor noch weiter der Marktwirtschaft zu entziehen und in den Bereich staatlicher Aufgaben zu verweisen, bedeutet, daß in der Zukunft Wohnungsnot und Ungerechtigkeit noch größer werden. Wer von denen, die dort protestieren, weiß, daß in der Marktwirtschaft, die sie ablehnen, mehr Lösungsmöglichkeiten stecken als in ihren Parolen?

Drittes Beispiel: der Frieden. In drei Kolloquien, an denen ich in der letzten Zeit teilgenommen habe, wurde von der Friedensbewegung so geredet, als ob Friedensbewegung und Friedenspolitik identisch seien, als ob es zwischen ihnen nicht komplizierte Verbindungen oder auch Widersprüche gebe. Neulich hörte ich Bundeskanzler Kreisky in Wien sagen, Friedensbewegung sei etwas sehr Schönes, aber leider habe sie mit Friedenspolitik nichts zu tun. Und in der Tat ist die Verbindung zwischen diesen beiden Begriffen problematisch. Man kann nicht so reden, als sei das ein und dasselbe.

Das letzte Beispiel: Herr Schily sprach von der Dritten Welt. Die Armut in Bombay und Kalkutta habe ich ebenfalls gesehen. Aber dies als ein Verbrechen der reichen Gesellschaften, zumal des Westens, hinzustellen, scheint mir einseitig. Es genügt, die Arbeit der FAO und anderer Organisationen dieser Art zu studieren, um festzustellen, wie schwer es ist, in diesen armen überbevölkerten Ländern der sogenannten Dritten Welt, die in Wirklichkeit aus vielen Welten besteht, das Richtige zu tun. Die FAO

liefert Getreide, und das kann zur Folge haben, daß die Bauern in diesen Ländern ruiniert werden und verarmt in die Städte strömen, weil sie nämlich durch diese Lieferungen ihren Markt verlieren. Man hat wieder einmal etwas gut gemeint und den gegenteiligen Effekt erreicht.

Ebenso ist es mit vielen anderen Hilfsmaßnahmen, bei denen sehr viel Geld gegeben wird. Dies Geld gelangt nicht selten in die Hände der Mächtigen, die möglicherweise Despoten sind und die es zu Kriegszwecken benutzen. Oder es geht an korrupte Gruppen, die es in die eigene Tasche stecken. Oder wir machen alles selber - paternalistisch, imperialistisch;- , weil wir's ja doch besser wissen. Das ist mit der einfachen Kategorie "Hier geschieht ein Verbrechen" nicht zu fassen. Die Komplexität ist nicht immer nur ein Vorwand, sondern manchmal eine Gegebenheit. Wenn wir es so pauschal sehen, lernen wir nicht, was wir eigentlich tun sollten. Dieser Lernprozeß sollte weitergehen; denn es ist offenbar, daß wir bisher dabei nicht sehr erfolgreich waren.

Altmann

Sie haben in Frage gestellt, Herr Vogel, daß ein Wertwandel stattgefunden hat. Ich möchte den Wertwandel nicht bagatellisieren. Die Kritik, die im Jugendprotest zum Ausdruck kommt, richtet sich nicht nur auf Erscheinungen unserer Demokratie, die verbesserungswürdig sind. In vielem muß man der Jugend recht geben; denn sie spürt, daß etwas nicht stimmt. In der Tat leben wir in einem tiefen Kulturkonflikt, der selbstverständlich ein Konflikt von Wertauffassungen ist.

Dieser Konflikt findet nicht primär zwischen formierten sozialen Gruppierungen alten Stils statt, wie zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern oder zwischen Adel und Bürgertum, sondern er wird zwischen spontan, fast irregulär auftretenden Gruppen auf der einen und dem industriell-sozialen System auf der anderen Seite ausgefochten. Der Träger dieses Konflikts ist im wesentlichen die bürgerliche Jugend. Es befinden sich aber auch Gruppen darunter, die Karl Marx als kulturelles "Lumpenproletariat" bezeichnet hätte. Damit meine ich Obdachlose, ruinierte Existenzen, Freaks und andere, die dabei eine nicht geringe Rolle spielen.

Dieser Kulturkonflikt manifestiert eine tiefe Zwiespältigkeit, die unser ganzes Gesellschaftssystem durchzieht. Ohne wirtschaftliches Wachstum steht zum Beispiel unser System der sozialen Sicherheit auf dem Spiel. Die Bildungsreform der 70er Jahre basierte auf der Voraussetzung eines Wirtschaftswachstums von jährlich real 4 Prozent. Eine solide Haushaltspolitik ist ohne Wachstum nicht zu machen. Wer sich also gegen Wachstum ausspricht, muß wissen, daß er damit eine breite Massenarbeitslosigkeit in Kauf nimmt. Wenn wir aber Wachstum sagen, dann müssen wir viele Dinge akzeptieren, die uns im Grunde nicht gefallen und die zu Recht kritisiert werden.

Als ein weiteres Beispiel für diesen Konflikt nenne ich die Tatsache, daß wir unsere Freiheit mit Waffen verteidigen wollen, die eine unvorstellbare Vernichtungswirkung haben. Das bringt unsere moderne Kultur und Auffassung von Humanität in einen ständigen Zwiespalt. Dieser Konflikt reicht sehr tief und ist nicht nur eine Sache der Bonner Demokratie. Schon in den 30er Jahren hat Freud in seinem berühmten Aufsatz über "das Unbehagen in der Kultur" in der Widersprüchlichkeit unserer Zivilisation die große Belastung für den einzelnen Menschen dargestellt.

Ein Wort zum Thema Selbstzwang/Fremdzwang. Ich meine, Frau Noelle-Neumann ist da mißverstanden worden. Denken Sie an den Autoverkehr, der für uns alle einen ungeheuren Sachzwang bedeutet. Recht hat der, der bei Grün fährt, Unrecht der, der bei Rot fährt. So einfach ist das. Der Straßenverkehr zwingt uns zu einem fast automatenhaften Verhalten. Das heißt, der Autofahrer muß aus dem Zwang, der ihm auferlegt wird, gewissermaßen eine Tugend machen, indem er aus freien Stücken keinen Alkohol trinkt, Kinder und Radfahrer beachtet, nicht bei Gelb losfährt und so weiter. Diese ungeheure Disziplin muß ihm zur inneren Pflicht und ethischen Notwendigkeit werden. Nur dann kann das System, in dem wir leben, funktionieren. Das gilt nicht nur für den Straßenverkehr, sondern für viele andere Bereiche auch. Demokratie und Rechtsstaat haben letztlich nur dann eine Chance, wenn die Menschen die ihnen als Fremdzwang auferlegte Disziplin verinnerlichen.

All dies ist im 19. Jahrhundert durchaus vorhergesehen worden. Saint Simon prophezeite uns ein Jahrhundert der Organisation. Karl Marx hat Ähnliches gesagt. Deshalb ist mir auch dieses Gejammer von der Linken zu emotional und ideologisch unverständlich; sie müßte es besser wissen.

Wenn wir Wohlstand und soziale Sicherheit wollen, dann kommen wir nicht darum herum, einen großen Teil der Sachzwänge zu akzeptieren. Ich kenne auch keinen Studenten, der für weniger Wachstum auf BAFÖG verzichten will. In diesem Geschrei der bürgerlichen Jugend steckt auch viel Heuchelei.

Um diesen tiefgreifenden Kulturkonflikt - mit einem Wort Hegels: "der auseinanderbrechenden Wirklichkeit" - zu lösen, bedarf es einer neuen Form von Aufklärung. Nötig ist eine stoische Tapferkeit, um die Bedingungen für das, was wir tagtäglich in Anspruch nehmen, zu akzeptieren, denn anders ist diese Zivilisation nicht überlebensfähig. Diesen Konflikt trägt die Jugend für uns alle aus; ich will das nicht verkleinern. Aber man muß den Konflikt klar erkennen und nicht irgendeinen Konsens propagieren, der nicht besteht. Es hilft uns nichts, vor diesem Konflikt, der uns alle wesentlich betrifft, taktisch ausweichen zu wollen.

Koschnick

Sie fragen, Herr Dahrendorf, warum diese Unruhen gerade bei uns auftraten und nicht auch in anderen Industrieländern. Nun, in abgewandelter Form erleben wir das gleiche in den meisten Industriegesellschaften. Ich denke an die USA, auch an Lateinamerika; sogar in Japan zeigen sich heute Ansätze. Den Mai 1969 in Frankreich, die Auseinandersetzungen in Paris, habe ich nicht vergessen. Damals traten große Gruppen sowie die Sozialisten und Kommunisten gegen den Staat an. Das änderte sich mit dem Machtwechsel in Frankreich. Aber auch der Sozialist Mitterrand wird von bestimmten Entwicklungen nicht verschont bleiben.

Sie sagten, Herr Altmann, Träger des Konflikts sei die bürgerliche Jugend. Da schätzen Sie die Arbeiterjugend falsch ein, auch wenn Protestformen nicht so augenfällig sind. Doch verändern sich die Strukturen. Warum beispielsweise gilt die SDAJ heute vielfach in so starkem Maße als Sprecherin der Arbeiterjugend, warum gelingt dies nicht mehr den Jugendverbänden der demokratischen Parteien?

Ich habe in Bremen viel zu tun, um mit diesem Problem fertig zu werden - gelegentlich reise ich natürlich auch in andere Städte und erkundige mich, was dort los ist. Das betrifft nicht nur Paris, Zürich, London oder Amsterdam; es ist eben nicht nur ein Problem der westlichen Industrienationen. Auch die östlichen Industrienationen stehen vor ähnlichen Problemen. Das wird dort jedoch nicht so sichtbar, weil der repressive Staat noch stark genug ist; aber überall da, wo der Deckel hochgeht, verändert sich etwas.

Ich habe enge Kontakte zu Menschen in Danzig, teils zu "Solidarnosz", teils zum kirchlichen Bereich, teils auch noch zu der alten Funktionärsschicht und zur Universität. Was wir gegenwärtig in Polen sehen, ist auf der einen Seite mit Freiheitsbewegungen im Sinne von Demokratisierung gleichzusetzen, auf der anderen Seite werden Parteiideologien in Frage gestellt, und schließlich geht es um die christlichen Gewerkschaften.

Die Diskussionen, die dort geführt werden, erinnern an Fragen, die bei uns aktuell sind. Stichworte wie: "Wir fühlen uns 25 Jahre lang betrogen; die politische Führung wechselt sich nur aus - es sind immer die gleichen Typen; wir haben keine Chance mehr; uns ist die Zukunft genommen; wir müssen jetzt mit Gewalt versuchen, etwas zu verändern."

Man muß nur von der Situation in der Bundesrepublik etwas Abstand gewinnen, um zu sehen, daß überall in den Industrieländern in Ost und West Bewegung in die Gesellschaft gekommen ist. Zu den Vorgängen in Polen sagen wir - und das nenne ich Heuchelei: "phantastisch - freiheitliche Ideen, da kommt etwas Selbstbestimmung, großartig." Das gleiche würde in der Bundesrepublik als Anschlag auf das Herzblut der Nation bezeichnet werden.

Nun, ich kann das hier sehr gut öffentlich behaupten, aber morgen werde ich vielleicht wieder Polizei einsetzen müssen, um Hausbesetzungen oder Straßenschlachten zu verhindern, und dann habe ich den Ärger von der anderen Seite. Das ist der Zwiespalt, in dem ich stehe.

R. Dahrendorf

Wenn das staatliche Gewaltmonopol aktiv angezweifelt wird und Menschen den Eindruck haben, daß sie nur mit illegitimer Gewalt ihre Absichten durchsetzen können, gibt es natürlich Legitimitätsprobleme. Aber, Herr Koschnick, nicht überall, wo solche Probleme auftreten, sind sie identisch. Ich würde zum Beispiel die polnische, die britische und die deutsche Situation kaum als ähnlich, verwandt oder gar gleich ansehen.

In Polen etwa haben wir es mit einem Staat zu tun, in dem die Unfähigkeit der Staatspartei, auch nur Ansätze einer halbwegs befriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung im Interesse der Wohlfahrt der Menschen zustande zu bringen, auf der Hand liegt. Die Legitimitätszweifel dort knüpfen sich gerade daran, daß das Land - überspitzt gesagt - nicht den Weg der Bundesrepublik nach 1948 gegangen ist.

In Großbritannien dokumentiert natürlich die Nordirlandfrage ganz entschiedene Legitimitätszweifel. Wenn es nicht nur zwei Armeen, sondern jetzt auch noch eine dritte Armee gibt, die um Vorherrschaft

mit Waffengewalt kämpfen, dann sind Legitimitätsprobleme offenkundig. Aber das ist nicht zu vergleichen mit dem, was sich in Frankfurt, Brokdorf, Nürnberg oder Hamburg tut.

Auch die Rassenunruhen des letzten Jahres kann man mit den Protestformen bei uns kaum vergleichen. Interessant an der britischen Situation ist, daß die Legitimitätszweifel in die Gruppen, die man bürgerlich nennen kann, überhaupt nicht eingedrungen sind. Wenn es Legitimitätszweifel gibt, dann kommen sie weitgehend aus der Klasse der völlig Ausgeschlossenen und Unterprivilegierten, die meistens schwarz, zuweilen auch weiß sind. Es ist, wie das Karl-Heinz Bohrer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sehr gut geschildert hat, in gewisser Weise die Fortsetzung klassischer britischer Protestformen aus der Unterschicht beziehungsweise Unterklasse.

Demgegenüber scheint mir an der deutschen Situation nun doch manches spezifisch zu sein. Spezifisch sind etwa die Träger des Legitimitätszweifels hier. Die Aktiven sind meist junge Leute, während sich viele ihrer Eltern und Freunde mehr passiv daran beteiligen. Spezifisch sind auch die Gründe. Ich nenne Ihnen drei.

Der erste betrifft die Tatsache, daß das etablierte Parteiensystem in der Bundesrepublik sehr eng geworden ist. Für viele durchaus haltbare und vernünftige Positionen gibt es keine ernsthaften Ausdrucksmöglichkeiten innerhalb des bundesdeutschen Parteienspektrums. Wenn Herr Biedenkopf sich einmal ein wenig unorthodox zur Frage der Nuklearpolitik äußert, dann muß er sich acht Tage später dafür entschuldigen oder sonstwie versuchen, unter die Falten seiner großen Volkspartei zurückzukriechen. Wenn das gleiche auf dem linken Flügel der SPD geschieht, wird mit Ausschluß gedroht oder ausgeschlossen. Die offiziellen Parteien in der Bundesrepublik lassen an manchen Punkten einfach nicht genug Platz. Dadurch entsteht eine Situation, in der eine Reihe von politischen Positionen, die vielleicht Minderheitspositionen, aber keineswegs abwegig sind, nur Ausdruck finden können durch den direkten Kampf gegen die offiziellen Institutionen. Dort, Herr O. Schneider, liegt die Problematik eines Parteiensystems, das offenbar nicht breit genug ist für die Strömungen, die tatsächlich in der Bevölkerung vorhanden sind.

Als Zweites kann man nicht stark genug betonen, wie sehr in der Bundesrepublik - das hat möglicherweise seine Wurzeln in der ganzen deutschen Tradition - die Tendenz ausgeprägt ist, soziale und politische Konflikte auf dem Rechtswege zu lösen. Die deutsche Tradition ist von einem Formalismus bestimmt, der überdies noch voraussetzt, daß es Institutionen und eine bestimmte Gruppe von Menschen gibt, die in der Lage sind, verbindlich und mit dem Anspruch auf Anerkennung, also in dem Sinne mit dem Anspruch auf Legitimität, in die Konfliktsituation selbst einzugreifen. Das ist ein schwieriges Thema.

Ich lebe, wie Sie wissen, in einem Land, in dem das genaue Gegenteil gilt, nach meinem Eindruck zu stark. In Großbritannien darf das Recht beispielsweise nicht in industrielle Auseinandersetzungen eingreifen. Es gibt überhaupt keine rechtlichen Regelungen, die den einzelnen - die Streikenden, die Bestreikten oder Unbeteiligten, die da mit hineingezogen werden - schützen. Das ist sicher ein Extrembeispiel; aber für die Bundesrepublik darf man nicht übersehen, welche Rolle das Recht und die Gerichte in den sozialen und politischen Konflikten spielen.

Drittens. Es wird heute oft behauptet - ich teile diese Ansicht nicht unbedingt;-, es gäbe in der Bundesrepublik eine charakteristische Rückkehr zum Kulturpessimismus, der für die deutsche Geschichte lange Zeit kennzeichnend war. Fritz Stern zum Beispiel hat in seinem Buch über "Kulturpessimismus als politische Gefahr" darauf hingewiesen, dies sei gewissermaßen ein intellektueller Vorgänger der Blut- und Bodenromantik und des Nationalsozialismus gewesen. Ich höre häufig von Amerikanern und Engländern, die in die Bundesrepublik kommen, daß nach ihrem Urteil Jugendprotest, Friedensbewegung und verwandte Phänomene an derlei deutsche Traditionswerte erinnern.

Ich übersehe natürlich nicht, daß die allgemeinen Motive, die hier erwähnt worden sind, auch in Frankreich und England, den Vereinigten Staaten und anderswo eine Rolle spielen. Aber wenn wir uns Gedanken darüber machen, was denn nun getan werden soll, sollten wir nicht in der obersten Etage der Analyse bleiben, sondern uns über Dinge unterhalten, bei denen man wirklich anfangen kann, etwas zu tun.

von Hentig

Herr Simon meinte, wir sollten nicht so pessimistisch sein; es sei doch alles gar nicht so schlimm. Nun kommt heute in der öffentlichen Diskussion ein Wort besonders häufig vor, nämlich "Angst". Oft ist auch die Rede von Ängsten, womit die Kontur des ohnehin schon vagen Wortes Angst noch einmal verwischt wird.

Was mich angeht, so muß ich bekennen, daß ich die Angst der jungen Leute nicht teilte. Wenn ich "Global 2000" lese, bekomme ich zwar einen furchtbaren Schrecken vor dem, was alles passieren kann, aber dieser Schrecken ist intellektuell und ergreift meine Existenz nicht. Ich habe deutliche Erinnerungen an eigene Angst im Zweiten Weltkrieg, an Lebensangst, wenn das Leben unmittelbar bedroht war, oder an die Angst vor den Gewalthabern. Das alles kennen die jungen Leute von heute nicht. Ich frage mich oft: Was geht eigentlich in ihnen vor, wenn sie ihre Angst - vor dem Atomkrieg, der Umweltverseuchung, der Arbeits- und Sinnlosigkeit - zum Ausdruck bringen? Das sind alles ernste, nein ungeheuerliche Bedrohungen. Aber eben darum wäre einer, der sie in Angst erfährt, ein wahrer Held. Meine erinnerte Angst und die heute so beredt vorgetragene - so folgere ich - können nicht identisch sein. Was also ist die Funktion dieses Wortes heute?

Unsere jungen Leute haben früh erkannt, daß die Erwachsenenengesellschaft erschrocken zurückweicht, wenn man ihr vorhält, daß sie nicht einlöst, was sie verspricht. Mit dem Vorwurf der Jugendlichen: "Du mit deinem sorglosen Verhalten machst mir Angst!" wird dem Erwachsenen eine Schuld zugeschoben; damit gewinnt man erst einmal so etwas wie Freiheit - wenigstens von eigener Verantwortung.

Als Pädagoge weiß ich, daß man mit sehr verschiedenen Arten von Ängsten fertig werden können muß. Da gibt es erstens die falsche Angst, zum Beispiel vor Spuk und Dunkelheit. Man muß dann nur das Licht anmachen, um die Angst zu vertreiben. Kinder kann man in die Arme nehmen, und das tue ich - metaphorisch - mit Jugendlichen auch: Ich spreche mit ihnen, kläre auf und habe Zeit für sie.

Zweitens gibt es Ängste, die wir selber teilen und bei denen vielleicht hilft, zusammenzurücken, Verständnis dafür zu zeigen, daß man Angst hat. Dabei ist es wichtig, die Angst nicht zu kumulieren. Ich halte es für richtig, daß Eltern versuchen, ihre Angst zu beherrschen, das heißt sich ihren Kindern nicht kopflos zu zeigen. Das ist keine Unehrlichkeit; es wäre vielmehr eine Selbsttherapie auf Kosten der Kinder. Man muß nicht immer alles aussprechen, was man empfindet.

Es gibt drittens eine Angst, die wir selber erzeugen, und zwar nicht nur dann, wenn wir schlagen oder drohen, sondern auch dadurch, daß wir angesichts einer gefährlichen Welt selbst entweder unsicher und widersprüchlich handeln oder die Gefahr leugnen, weil wir sie nicht ertragen. Die Jugendlichen sehen dann, daß die Erwachsenen in einer bedrohlichen Situation schlecht gerüstet sind und daß das nicht gutgehen kann. Hier käme es darauf an, daß wir an uns selbst arbeiten und uns ändern.

Schließlich gibt es eine Form von Angst, die bereits pathologischen Charakter angenommen hat, indem sie etwas ganz anderes zu ihrem Gegenstand erklärt, als ihr in Wirklichkeit zugrunde liegt.

Stierlin

Verschobene Angst.

von Hentig

Mein Eindruck ist, daß wir es heute sehr häufig mit dieser Art von verschobener Angst zu tun haben.

Ich meine, wir sollten hier sorgsam unterscheiden; denn wir haben es mit einem der wichtigsten Ausdrucksmittel der Jugendlichen zu tun. Erkenntnisse auf diesem Feld könnten für Politiker, Lehrer und andere von großem Nutzen sein.

Meine zweite Bemerkung zielt auf den Begriff der politischen Kultur, die den allgemeinen Umgang der Menschen untereinander betrifft, und in unserer Verfassung und den in ihr vertretenen Grundwerten ihren Ausdruck findet; so ähnlich hat es Herr Vogel definiert. Diesen Umgang von Menschen mit Menschen zu üben, halte ich für den wichtigsten Auftrag der Erziehung. Diesen erfüllt man nicht dadurch, daß man Strukturen und Systeme an die Tafeln malt und erklärt: Da sitzt die Tugend, und soviel ist sie wert. Tugenden müssen vielmehr als sinnvolle Antworten auf schwierige Probleme erfahren werden. Wie macht man das erfahrbar? Ganz primitiv gesagt: Was Wahrheit wert ist, erfahre ich, wenn ich lüge. Dann erlebe ich, wie schmerzlich und verwirrend es ist, wenn man sich nicht mehr aufeinander verlassen kann. Didaktisch ist das eine schwierige Sache, aber ich bin zuversichtlich, daß wir damit in der nächsten Zeit weiterkommen werden: Das Bewußtsein davon, daß Belehrung ohne Erfahrung nichts nutzt und sie schon gar nicht ersetzen kann, breitet sich in den Schulen aus.

Ganz anders steht es mit der Gewalt, die sich im Unterricht weder simulieren noch in einer anderen Form wirklichkeitsnah und wirksam mitteilen läßt. Man kann den jungen Leuten allenfalls aus der eigenen Erfahrung erzählen. Ich zum Beispiel, wie ich als Student in der pazifistischen Bewegung in Amerika engagiert war. Ich habe erst hinterher bemerkt, gegen welche Gesetze ich als Ausländer damals durch die bloße Teilnahme an einer politischen Demonstration verstoßen habe. Eine Regel

haben mir meine Mitstreiter damals eingeschärft: "Wenn Ihr angegriffen werdet: hinsetzen und singen!" Hinsetzen hieß, gewaltlos bleiben; singen hieß, die Sache nicht aufgeben, um allen zu zeigen, daß wir unsere Überzeugung gemeinsam weitertragen. Es war die erste große Demonstration vor dem Weißen Haus, bei der die Veteranen des Koreakrieges ihre Auszeichnungen über den Zaun in den Garten des Präsidenten warfen.

Nirgendwo in unseren Schulen habe ich je Hinweise dieser Art gelesen. Nirgendwo wird den Jugendlichen gesagt, wie man einen gewaltlosen Widerstand so ausübt, daß er glaubwürdig ist. Ich werde jede Diskussion mit jedermann stundenlang eingehen, aber der Stein ist auch dann nicht gerechtfertigt, wenn er niemanden trifft und das vielleicht erfreuliche Ergebnis bringt, daß die Welt endlich merkt, wo das Problem liegt. Denn ich vermute, daß die Folgen des Steins immer noch schlimmer sind als das, was er Gutes bringt. Wir müssen an diesem Punkt einfallsreicher werden; es gibt so viele Mittel, mit denen man Aufmerksamkeit erregen kann. Den Marsch durch die Straßen zum Beispiel halten wir meist nur nicht lange genug durch. Über diese Formen müßte eingehend gesprochen werden, und zwar so einfach und deutlich wie möglich, damit es ankommt.

Wir haben bisher noch nicht über diejenigen gesprochen, die aussteigen. Aussteigen ist ein aktiver, bewußter Vorgang. Viele verdrücken sich einfach an den Rand. Wenn ich sehe, wie junge Leute auf dem Schulhof mit ihren Skateboards umherfahren, einen Knopf im Ohr und also von Musik beschallt und geschaukelt, dann ist klar, daß man mit denen keine res publica machen kann. Die sind weg; sie wollen unsere Probleme nicht hören und sehen, solange auch die Erwachsenen nur Jämmerliches darüber sagen.

Herr Remmers hat vorhin auf eine frühere Äußerung von mir angespielt, daß unsere Schule nicht vornehmlich an der Ungerechtigkeit, den fehlenden Chancen leide - das auch;-, sondern vor allem leide sie seit Hunderten von Jahren, und heute noch mehr als früher, an ihrer eingebauten Langeweile. Von 8 bis 14 Uhr werden die Kinder pausenlos mit Bedeutungslosigkeit gefordert, denn was da vorgeht, interessiert sie nicht.

Remmers

Die subtilste Form des Schwänzens ist die Langeweile.

von Hentig

Das verharmlost die Sache! Dann wäre man ja innerlich "ausgewandert".

Remmers

Das ist man doch auch.

von Hentig

Nun, ich meine, Kinder zu langweilen ist so sträflich, wie sie zu prügeln. Und das Aushalten der Langeweile wird dann noch bewertet! Deshalb habe ich vorhin von Aufgaben stellen und Verantwortung ausüben gesprochen. Die Schule ist nicht nur eine Lehr- und Lernanstalt, sondern ein unvermeidlicher Aufenthaltsort für Kinder und Jugendliche, ein Lebensraum. Sie muß sich darum mehr Zeit und Freiheit nehmen, Aufgaben zu stellen, an denen man sich erproben, sich entdecken, sich bewähren - und auch scheitern kann. Aufgaben, bei denen man richtige Fehler machen und deshalb auch richtige Erfolge, mir allein zuschreibbar, haben kann. Wenn Schulen das eine Weile verwirklichen, wenn man sieht, was sich selbst in dieser künstlichen Institution noch alles machen läßt, weil sie voller Menschen ist, dann würde ein großer Teil des Jammerns, der Wehleidigkeit und der entsprechenden Reaktionen aufhören.

Die Menschen haben eine große Sehnsucht nach solchen Aufgaben. Wenn sie sich den Problemen der Dritten Welt, dem Frieden, einer reinen Umwelt, dem Freiheitskampf weit entfernter Völker widmen, so ist das eine hilflose Form, sich den Ersatz für den nicht erkennbaren Sinn, für die nicht erfahrbare eigene Bedeutung zu schaffen. Leistungen dieser Art befriedigen, weil ich etwas tue, was mich für andere wichtig macht. Gegenstände haben wir genug, alles ist vorhanden, aber das Gebrauchtwerden geht immer mehr verloren.

Wenn es uns gelingt, diese moralische Sehnsucht vor reale Aufgaben zu spannen, dann entfällt jeder Anlaß zur Dramatisierung. Mir scheint das ein einfacher, gleichsam handwerklicher Auftrag an die Pädagogik zu sein. Er muß den Schulen zugemutet werden, wenn sie Erziehung, nämlich Hilfe beim Erwachsenwerden, leisten sollen und nicht das Gegenteil. Wir müssen sie dazu in die Lage versetzen.

Die Kultusminister sollten nicht nur von Erlaßfreiheit sprechen; sie müßten auch weggucken, wenn in solcher Absicht gegen die schon vorhandenen Erlasse verstoßen wird.

Stierlin

Man könnte den Menschen sehr gut als ein Wesen definieren, das Ängste nicht nur massiv und dauerhaft zu erleben, sondern auch zu verschieben vermag. Voraussetzung dafür ist der Erwerb der Symbolfunktion. Sie macht es ihm möglich, Gefühle, und vor allem eben angstbesetzte Gefühle, mit einer fast unbegrenzten Zahl von Symbolen - etwa einer Fahne, einem Kreuz, der Beschwörung einer Formel - zu verknüpfen. Damit vermag er, Ängste von realen auf bloß vorgestellte Objekte und auch umgekehrt zu verschieben.

Ob und wie weit wir für bestimmte Ängste empfänglich werden, und ob, wie und wann wir Ängste verschieben, hängt nun wesentlich von unseren wichtigen - vergangenen und gegenwärtigen - Beziehungen ab. Eine gute, Sicherheit vermittelnde, vertrauensstiftende Beziehung erweist sich als das wohl stärkste Antidot gegen alle Arten von Ängsten und Angstverschiebungen: Eine Beziehung, die Vertrauen - insbesondere das sogenannte Urvertrauen - untergräbt, kann dagegen massivste Angstbereitschaft, Angstverschiebungen und Ängste überhaupt erzeugen und/oder verstärken.

Zu solchen Ängsten rechnet etwa die Angst, verlassen zu werden, einer dunkel drohenden Umwelt schutzlos preisgegeben zu sein. Es rechnen dazu auch Gewissens- beziehungsweise Schuldängste, die entstehen, wenn ein Kind widersprüchlichen und im Grunde unerfüllbaren Botschaften und Forderungen ausgesetzt wird. Es soll etwa - ein häufiger Fall einem Elternteil zutiefst verbunden bleiben, diesem vielleicht einen Lebensinhalt geben, indem es sich immer als abhängig, liebe- und fürsorgebedürftig darstellt, und soll vielleicht zugleich hochgespannte künstlerische oder wissenschaftliche Erwartungen erfüllen, was nur möglich wäre, wenn es sich innerlich verselbständigte, auszöge und im Konkurrenzkampf draußen messen und bewerten würde. Ein solches Kind erleidet häufig auch noch als Erwachsener bei jedem Sichregen eines Verselbständigungswunsches einen Angsteinbruch beziehungsweise eine Schuldangst. Sie veranlassen es dann, sofort wieder einen beschwichtigenden Kontakt zum Elternteil herzustellen, also die alte Bindung zu zementieren. Sie veranlassen es aber auch oft, seine übergroße Angst auf anscheinend ganz ungefährliche Objekte zu verschieben. Psychiater sprechen dann von Phobien, Angstneurosen und so weiter.

Für unsere Thematik erscheinen vor allem Verschiebungsprozesse wichtig, bei denen andere Menschen als Träger beziehungsweise Behälter der von sich selbst abgeschobenen Angst rekrutiert werden. Es läßt sich hier von einer Delegation der Angst sprechen. Ich deponiere etwa angst- und schuldbesetzte Wünsche, die ich mir nicht zu eigen machen kann, in einem anderen, in welchem ich sie nun unter Umständen rücksichtslos und mit relativ geringer Gefahr für mich selbst zu bekämpfen vermag. Oft spielen dabei verborgene Loyalitäten eine Rolle. Indem ich mir etwa von einem Ehepartner Angst machen lasse, diesen daher angreife und abwerte, vermag ich gleichsam die Angst vor der Trennung und dem Loyalitätsverrat, die ich gegenüber meiner Ursprungsfamilie empfinde, zu überspielen und zu verschieben.

Ich glaube, derartige verborgene, Loyalitäten schützende Verschiebungsprozesse spielen auch in der heutigen politischen Szene eine große Rolle. Es gibt hier zwar viele reale Angst auslösende Faktoren, angefangen von der begründeten Angst vor ökologischen und kriegerischen Katastrophen, bis hin zur Angst vor dem Verlust von Anstellung, Einkommen und Status. Doch zeigt die analytische und familientherapeutische Erfahrung, daß solche real begründbare Angst meist erst auf dem Hintergrund tieferer, verschobener und auf wesentliche Familienbeziehungen verweisender Ängste ihre bedrohliche Macht bekommt.

Wir stehen also vor der Aufgabe, reale und verschobene Ängste voneinander zu trennen, im Kontext zu sehen, gegeneinander abzuwägen. Das könnte und sollte im Dialog zwischen den Beteiligten geschehen. Allerdings zeigt die klinische Erfahrung, daß vieles, was heute unter dem Namen Dialog segelt, eher Verwirrung schafft und Ängste aufheizt, als daß es diese unter Kontrolle bringt. Um das zu verhindern, wird vom Erzieher, Therapeuten, Politiker eine paradox anmutende Fähigkeit verlangt, die Herr von Hentig bereits angesprochen hat: Die Fähigkeit, Ängste anzusprechen, ihnen offen ins Auge zu schauen, sich ihnen auszusetzen und dabei doch nicht selbst Angst auszustrahlen, gleichsam ein ruhender Pol zu bleiben. Das mag wie die Quadratur des Zirkels klingen, ist aber vorläufig die Weisheit, die ein Psychotherapeut zu dieser Diskussion beisteuern kann.

M. Schneider

"Angst" ist in der Tat ein häufig gebrauchtes Wort. Jugendliche haben vor der Zukunft Angst. Auf der anderen Seite gibt es auch eine Angst um den Rechtsstaat, um die Demokratie, also gewissermaßen Angst der Etablierten in bezug auf das, was alles durch bestimmte Protestformen von Jugendlichen gefährdet oder in Frage gestellt wird.

Nun kann man die Angst, die Jugendliche äußern, nicht allein aus der Großtechnologie erklären oder aus dem, was in Zukunft alles geschehen kann. Es muß bereits vorher etwas vorhanden sein, was empfänglich macht für die Angst, eine alltägliche Erfahrung vom Umgang mit Gewalt zum Beispiel. In Berlin haben wir erlebt, wie es um die Rationalität eines Systems bestellt ist, das - überspitzt formuliert - 800 Polizisten mobilisiert, um einen Personalausweis zu kontrollieren. Wie will man in einem solchen Fall mit Rechtsstaatlichkeit argumentieren oder die subjektive Einsicht in den Rechtsvollzug herstellen, wenn derart die Verhältnismäßigkeit außer acht gelassen wird.

Jedes Jahr bringen sich in der Bundesrepublik 1500 Kinder und Jugendliche um, während weitere 10000 bis 15000 versuchen, Selbstmord zu begehen- aus schulischen Gründen oder weil sie sonst nicht klarkommen. Viele Jugendliche finden weder Ausbildung noch Arbeit. Sie haben das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, gesellschaftlich nicht wichtig zu sein. Natürlich kommen bei den Jugendlichen auch subjektive Gefühle und eine emotionale Bereitschaft zum Tragen.

Aber da sehe ich nicht das Problem. Viel problematischer erscheint mir die Angst der Etablierten, die meinen, unser Rechtsstaat sei In Gefahr, nur weil es diese Auseinandersetzungen gibt. Ich vermisse das Vertrauen in den eigenen Staat; man könnte doch wesentlich gelassener sein.

Es mag ähnliche Probleme in England, Polen oder sonstwo geben, aber die Lösung hängt stets von der unmittelbaren konkreten Situation vor Ort ab. Und da sollte man sich den Problemen in aller Sachlichkeit stellen und die Auseinandersetzungen dort führen, wo sie auftreten und nicht gleich die große Gefährdung der Demokratie an die Wand malen und den Rechtsstaat bemühen.

Hasenclever

Was auch in dieser Diskussion deutlich wird ist, daß die Kluft im Denken zwischen der Protestbewegung auf der einen und den Etablierten auf der anderen Seite ungeheuer groß ist. Wenn Herr Remmers locker davon spricht, zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit habe immer schon eine Diskrepanz bestanden, so trifft das sicher zu. Aber das erfaßt nicht annähernd das Problembewußtsein einer großen Zahl junger Leute und inzwischen auch einer zunehmenden Zahl Älterer.

In Baden-Württemberg zum Beispiel sind 50000 Hektar Wald dem Untergang geweiht. Das erregt nicht nur die Betroffenheit vieler Jugendlicher, sondern vor allem auch der Leute, die dort wohnen. Andere Beispiele sind die Umweltvergiftung durch Schwermetalle, die Verseuchung des Wassers, die Möglichkeit eines alles vernichtenden Atomkrieges. Dabei handelt es sich um handfeste Bedrohungen, die uns alle angehen, und ich meine, wir können darüber nicht so abgehoben diskutieren, als ob das etwas sei, was nur in der Phantasie oder in der Theorie existiert.

Ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang ist die Arbeitslosigkeit. Nach der Siemens-Studie werden in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Arbeitsplätze allein durch die neuen elektronischen Entwicklungen wegrationalisiert. Jeder weiß das, aber wir nehmen dies so wenig zur Kenntnis wie die vorgenannten uns existentiell bedrohenden Probleme. Ich meine, man darf es sich nicht so leicht machen zu sagen, es habe immer schon eine Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit gegeben. Wir kommen heute nicht darum herum, uns den existentiellen Bedrohungen dieser Gesellschaft mit gewaltigen Anstrengungen zu stellen. Dazu gehört etwa auch die Energieversorgung; ich könnte leicht weitere Beispiele anführen, wie wir diesen Herausforderungen adäquat entgegentreten könnten. Dieses Problembewußtsein fehlte in meinen Augen in vielen Beiträgen vollkommen.

Ich komme immer mehr dazu, die These von Herrn Vogel zu unterstützen, daß das Problem durch Begriffe wie Wertwandel oder Strukturkrise der Demokratie und ähnliche eher verschleiert wird. Es könnte doch sein, daß sich dahinter nichts anderes verbirgt als der Protest von zunehmend mehr Menschen gegen die völlige Tatenlosigkeit und Ineffektivität unserer politischen Institutionen im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft.

Wie kann man aus dieser schlimmen Situation herauskommen? Ich empfinde diese Dinge nicht so sehr als persönliche Angst. Aber ich habe die tiefe Sorge, daß ich meinen Kindern, die noch recht klein sind, eine Welt hinterlassen muß, in der es sich nicht mehr lohnt zu leben. Aus dieser Sorge heraus versuche ich, versuchen sehr viele in dieser Protestbewegung, Wege zu finden, die zu einer Lösung führen. Denn die politischen Institutionen sind untätig, bieten jedenfalls keine

erfolgversprechenden Lösungen an, ja, sie führen in den zuständigen Gremien noch nicht einmal Diskussionen über die wirklichen Probleme unserer Zeit, die das vorwegnehmen können.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Energiebereich. Jedermann weiß inzwischen, daß die Atomtechnik recht große Risiken birgt und politisch schwer durchsetzbar ist. Ihr Ministerpräsident, Herr Remmers, hat einmal sehr deutlich die Gefahr herausgestellt, daß sie zum Zentralismus führt und den regionalen Strukturen abträglich ist. Ich will hier gar nicht auf Einzelheiten eingehen, aber eines müßte doch klar sein: Wenn man eine adäquate Antwort geben will auf die Furcht, auf die Sorgen, auf die Angst vieler Menschen, daß diese Atomtechnik unsere Zukunft verbaut, dann müßte man alles tun, um zuerst andere Möglichkeiten zu erproben, bevor man auf die Atomtechnik zurückgreift. Zumindest sollte man alternative Techniken in den Bundes- und Länderhaushalten nachweisbar fördern. Dann darf man nicht nur darüber reden, sondern muß auch etwas dafür tun. Genau das ist aber seit vielen Jahren nicht geschehen.

Man müßte sich zweitens Gedanken über neue Formen der Partizipation im Wohnbereich machen. Zumindest in den Ballungszentren und in den Universitätsstädten klappt es in der Wohnungsfrage mit der freien Marktwirtschaft, wie wir sie erleben, offensichtlich eben nicht. Es gibt zwar Gesetze, die man anwenden könnte, Zweckentfremdungsbestimmungen und so weiter, aber wie wir gesehen haben, reagieren die politischen Institutionen nicht oder zu spät, so daß die bestehenden Rechtsmöglichkeiten noch nicht einmal ausgeschöpft werden. Das ruft natürlich Empörung gegen die politischen Institutionen hervor, vor allem aus dem Gefühl heraus, die tun nichts, sondern stehen den Problemen hilflos gegenüber.

Ein weiteres Beispiel ist die Friedensfrage. Herr O. Schneider gebrauchte das Wort von der transzendenten Bezogenheit des Menschen. Dem würde ich aus meiner weltanschaulichen Sicht durchaus beipflichten. Aber das können Sie doch gegenüber einer jungen Generation, die einige moralische Ansprüche hat, überhaupt nicht glaubwürdig vertreten, wenn Sie nicht zumindest, so wie es Herr Biedenkopf in der ZEIT getan hat, die unerträgliche Unmoralität der andauernden Atomhochrüstung anprangern. Sie müßten wenigstens zugeben, daß wir uns heute in dieser desolaten Situation befinden. Das müßten Sie als Politiker, der im Bundestag sitzt, ehrlicherweise bekennen, um dann gemeinsam mit anderen zu versuchen, Wege aus dieser Situation herauszufinden.

Eines der Hauptprobleme bei dem Konflikt zwischen Verfassungsidee und Verfassungswirklichkeit liegt darin, daß die Politik es in den letzten Jahrzehnten nicht mehr für opportun gehalten hat, ihre eigenen Handlungsweisen, vor allem auch auf bestimmte Zielsetzungen hin, moralisch zu legitimieren. In der Öffentlichkeit ist deshalb nie eine Diskussion darüber geführt worden, ob bestimmte politische Maßnahmen in Übereinstimmung mit den deklamierten Zielen stehen. Das gilt insbesondere auch für die Friedenspolitik. Man müßte schon erklären, warum man beispielsweise im Interesse des Friedens auf Vorschläge wie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und dergleichen nicht eingehen will. Die Diskussion ist überhaupt nicht geführt worden; wenn sie jetzt ansatzweise geführt wird, dann nur aufgrund der Friedensbewegung.

Ich hatte vor kurzem eine Diskussion mit amerikanischen und deutschen Offizieren aus dem NATO-Hauptquartier in Heidelberg. Diese Offiziere haben sich zu Recht darüber beklagt, daß die NATO-Doktrin der abgestuften Abschreckung von der politischen Seite nie begriffen worden ist. Bestimmte Konzeptionen, die möglicherweise existentiell in das Leben eines jeden einzelnen eingreifen, sind aus politischer Bequemlichkeit einfach unter den Teppich gekehrt worden. Diesen Vorwurf kann ich den Parteien des Bundestages nicht ersparen.

Schließlich ein Wort zur Bildungspolitik. Ich muß mich in diesem Punkt selber auch schuldig bekennen als jemand, der eine Zeitlang an zu zentralistischen Gesamtschulideen festgehalten hat. Wir haben eine Bildungskonzeption vertreten, die Chancengleichheit mit Hilfe einer technokratischen Lösung erreichen wollte. Statt Chancengleichheit im Inhaltlichen, im Pädagogischen zu suchen, glaubte man sie im Aufbau einer möglichst technokratischen, feinstgegliederten Schule zu finden. Vielleicht geschah das auch deshalb, weil die pädagogische Lösung die unbequemere ist, die höhere Anforderungen an den einzelnen Lehrer stellt.

Worauf es jetzt ankommt ist, Ideen, Ziele und Wege wieder in Übereinstimmung zu bringen. Auf diesem Felde Fortschritte zu erzielen, sollte ein gemeinsames Interesse über die Parteigrenzen hinweg sein, wenn man die demokratischen Institutionen in der Zeit einer sich verschärfenden Krise retten will. Das halte ich für eine unverzichtbare Voraussetzung, um den Dialog sowohl zwischen den verschiedenen Generationen als auch zwischen Protestbewegung und politischen Institutionen wieder in Gang zu bringen.

O. Schneider

Die Wohnungspolitik, von der Sie gesprochen haben, ist ein weites Feld, Herr Hasenclever. Es gibt genügend Wohnungen; es ist nur ein Verteilungsproblem. In Berlin zum Beispiel fallen auf 1000 Einwohner 576 Wohnungen, auf 100 Familien kommen 107 Wohnungen. Daß daran die Marktwirtschaft nicht schuld sein kann, liegt auf der Hand. Denn in Berlin gibt es seit dem Ersten Weltkrieg Zwangswirtschaft. Berlin war immer ein schwarzer Kreis.

Vogel

Ich kann mich hier leider nicht auf eine Diskussion über die Berliner Wohnungssituation einlassen, Herr Schneider. Ich habe in Berlin zehn Monate versucht, eine Wohnung zu finden und mich dabei auf den Teilmarkt beschränkt, wo keine öffentlichen Gelder in den Wohnungen stecken. Und da sieht es gar nicht gut aus.

O. Schneider

Ich meine nur, der Markt hat in Berlin nichts verdorben, weil es dort keinen gibt.

Schily

Ich bin erstaunt, daß hier so ohne weiteres die These vertreten worden ist, es sei ein Novum, daß bestimmte Gruppierungen den Grundkonsens im Hinblick auf eine Respektierung des Mehrheitsprinzips aufkündigen. Wenn man wieder zurückkehre zu diesem Grundkonsens, die Mehrheit zu respektieren, wäre schon viel gewonnen. Deshalb ist natürlich das Entsetzen groß, wenn von begrenzter Regelverletzung und ähnlichem die Rede ist. Herr Vogel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es andere Regelverletzungen gibt, die gesellschaftlich durchaus toleriert werden. Herr Bondy sprach in diesem Zusammenhang von sichtbaren und weniger sichtbaren Regelverletzungen.

Damit sind wir dann wieder bei dem Stichwort "Glaubwürdigkeit", und da wird es doch einigermaßen kritisch für unsere gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Ich greife nur die Frage der Atomtechnologie heraus. Es wird mit Recht gesagt, dort würden Entscheidungen von säkularem Ausmaß gefällt. Wenn man aber etwas genauer hinsieht, wie es hier mit der Respektierung des parlamentarischen Systems, des Mehrheitsprinzips oder der sonstigen Partizipationsregularien bestellt ist, dann muß einen eigentlich das pure Entsetzen befallen. Ich will dafür nur zwei Beispiele nennen.

Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich sage, die Art und Weise, wie beispielsweise eine bestimmte wirtschaftliche Gruppierung in Gorleben versucht, Land aufzukaufen, um ihr Zwischenlager durchzusetzen, erinnert an Methoden frühkapitalistischen Zuschnitts. Dazu gehören auch - ich sage das mit allem Vorbehalt - Begünstigungen von Entscheidungsträgern und vieles andere mehr. Sie können das im Schriftsatzwechsel des gegenwärtig anhängigen Verfahrens, bei dem es um die Vorentscheidung zu diesem Zwischenlager geht, nachlesen.

Mein zweites Beispiel bezieht sich auf einen Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der allerdings schon einige Jahre zurückliegt. Der Autor beschäftigte sich darin mit einer Institution, von der ich selbst heute nur Nebelhaftes weiß. Es handelt sich um den sogenannten „Nationalen Nuklear-Rat“. In dem Artikel hieß es, das sei eine sehr gute Institution, weil dort alle gesellschaftlichen Gruppierungen in einem repräsentativen Querschnitt Entscheidungen trafen. Das sei deshalb notwendig, weil diese Entscheidungen so weitreichende Auswirkungen hätten, daß für sie das kurze Leben einer Bundesregierung und parlamentarischer Gruppierungen nicht ausreichte. Die FAZ hat dafür auch ein phantastisches Wort geprägt: "Diskrete Demokratie durch Delegation". Wie ist es denn da um die berühmte Bürgerbeteiligung bestellt, wenn es um solch weitreichende Entscheidungen geht? Dies nur als Beispiel für die Beachtung der Spielregeln, wie man immer so schön sagt.

Die ökonomisch dominierenden Gruppen vertreten weniger die Lebensinteressen des Volkes als vielmehr ihre eigenen Herrschaftsinteressen und verletzen die Spielregeln viel gravierender als das eine Bürgerinitiative, Alternative Liste oder Hausbesetzergruppe je fertig gebracht hat. Das wird zwar nicht so sichtbar, hat aber seine gesellschaftlichen Auswirkungen.

Nun zum Stichwort Wertwandel. Zumindest für die jüngere Generation kann man feststellen, daß sie ein anderes Problembewußtsein hat. Wenn Herr von Hentig sagt, er empfinde keine Angst, dann liegt das vermutlich an einem unterschiedlichen Zeithorizont. Sie, Herr von Hentig, haben einen Zeithorizont, der sich vornehmlich auf die Vergangenheit bezieht, während die Zukunft für Sie eine geringere Rolle spielt. Für einen Jugendlichen dagegen, dessen Zeithorizont in eine ganz andere Richtung geht, ist es viel beängstigender,

was in 20 oder 30 Jahren passieren kann. Dafür besitzen sie eine andere Sensibilität. Deshalb haben sie auch einen Anspruch darauf, daß wir ihre Zukunft nicht "kolonisieren". Denn wir leiten mit unseren heutigen Entscheidungen Entwicklungen ein, die unwiderruflich sind und zum Teil Zerstörungen anrichten. Wir machen uns überhaupt nicht klar, wie weit diese Wirkungen reichen können. Das gründet teilweise auf einer sturen Wissenschaftsgläubigkeit, die immer noch besteht, obwohl das hier bestritten wurde. Es gibt eine plumpe Art der Wissenschaftsvermittlung, um diese Dinge dem Volk mundgerecht zu machen.

Ich halte es zum Beispiel für eine Ungeheuerlichkeit, daß ein Naturwissenschaftler, der es eigentlich besser wissen müßte, die Behauptung aufstellt, er könne bei der Atomtechnologie aufgrund eines Versuchszeitraumes von, grob gerechnet, 50, 60 Jahren - obwohl das schon hoch gegriffen ist - konstatieren: Damit sei für ihn jeder Beweis erbracht, daß über Jahrtausende hinweg keinerlei Risiken auftreten können. Das ist vom wissenschaftlichen Standpunkt aus verantwortungslos - wenn wir hier schon über Verantwortung reden. Hier beginnt bei den Jugendlichen die Einsicht zu wachsen, daß eine solche Haltung nicht mehr zu rechtfertigen ist. Sie akzeptieren beispielsweise nicht mehr, wenn argumentiert wird, dies oder das sei aus wirtschaftlichen Gründen notwendig. Da bricht dann der Konsensus auseinander.

Ein kritisches Wort zu Ihnen, Herr Vogel. Sie bescheinigen der Grünen Partei, der Alternativen Liste ständig, daß wir die richtigen und berechnete Fragen stellen. Ich finde es schon erstaunlich, daß Sie - im Gegensatz zu den meisten Politikern - eine solche Sensibilität für diese Fragestellung gewonnen haben. Gleichzeitig halten Sie uns aber vor, wir hätten keinen Realitätsbezug. Mit anderen Worten: Unsere Fragestellung sei interessant, aber was wir an Antworten anzubieten haben, sei doch etwas versponnen und widersprüchlich.

Sie gehen dabei von Voraussetzungen aus, die ich nicht akzeptieren kann. Das heißt, ich halte die Lösungsmöglichkeiten, die aus der Alternativbewegung kommen, für viel realistischer. Realistischer ist alles, was unter dem Vorzeichen „sanfte Republik“ läuft, ob es sich dabei um die Außenpolitik, Friedenspolitik, Energie- oder Wirtschaftspolitik handelt.

Herr Altmann sagte, die Alternative ist entweder Wachstum oder Massenarbeitslosigkeit. Eine Gesellschaft, die sich in eine Situation hineinmanövriert, zwischen diesen beiden Übeln wählen zu müssen, kann nicht sehr realitätsbezogen sein. Für mich ist das keine Alternative, sondern darin zeigt sich nur die Strukturschwäche zweier Systeme; denn sie tritt sowohl in der kapitalistischen als auch in der bürokratischen, pseudosozialistischen Gesellschaftsordnung auf. Deshalb sind Strukturveränderungen unausweichlich. In der Zukunft wird sich durchaus das als überlegen erweisen, was mit "sanfter Republik" gemeint ist.

Laotse hat einmal sinngemäß gesagt: Das Harte hängt mit dem Tod zusammen, das Sanfte mit dem Lebendigen, mit der Geburt. Das Starre ist das Harte, das Merkmal des Todes, das Sanfte und Weiche ist das Merkmal des Lebendigen.

Glaser

Die Ermutigung der Republik ist sicher notwendig, Herr Sontheimer, aber weniger in Hinblick auf die junge Generation, sondern viel mehr auf die Älteren, die meinen, die Jüngeren würden immer unzufriedener. Herr Schily wies darauf hin, daß sich der Zeithorizont der älteren Generation mehr an der Vergangenheit orientiert. Diese Generationen, deren Sensibilität überlagert ist von einer konzentrierten Erfahrung bedrückender Vergangenheit, die es ihnen erschwert, für künftige Entwicklungen offen zu sein, treten allmählich ab. Das heißt, es findet nicht nur ein gewöhnlicher Generationswechsel statt, sondern ein qualitativ anderer. Nach einem Wort von Pasolini sind die heute 20jährigen in den fortgeschrittenen Ländern die erste Generation, die voll und ganz in der Zukunft lebt. Sie hätten uns als erste beigebracht, daß die Lösung technischer Probleme eine politische Qualität hat. Mit anderen Worten: Wir haben es hier mit einer Änderung von Welthaltungen zu tun. Wenn wir das vermitteln können, wird vielleicht das gegenseitige Verständnis wachsen und man den Jugendlichen nicht immer nur vorwerfen, daß sie unzufrieden und weinerlich seien. Wobei ich zugebe, daß ich selbst mich häufig über die "pietistische Larmoyanz" von jungen Leuten aufrege.

Mich beunruhigt auch der Kulturpessimismus, der einem in vielen Gesprächen mit jungen Leuten begegnet. Vielleicht haben wir es versäumt, genügend deutlich zu machen, daß die Industriekultur eine große Chance für soziale Gerechtigkeit bedeutet. Der Ökologie wird häufig vorgeworfen, sie sei romantisch; ein Franzose hat in solchem Zusammenhang kürzlich sogar vom "weichen Faschismus" gesprochen. Ich meine, mit dem erhobenen Zeigefinger können wir da gar nichts erreichen, sondern wir müssen deutlich machen, was die Industriegesellschaft dem Menschen konkret gebracht hat. Und natürlich, welche Gefahren sie birgt. Die Vermählung von Ökonomie und Ökologie ist eine

außerordentlich wichtige Aufgabe. Dabei müßte manches abgebaut werden, was an der Ökologie-Bewegung unrealistisch, kulturpessimistisch ist. Eine Gesellschaft, die regrediert, die sich nach rückwärts wendet, wird die Probleme nicht lösen. Es kommt darauf an, eine neue Form von Progression zu entwickeln, die vor allem ein "inneres" Wachstum zum Ziel hat.

Herr von Hentig hat aus seiner pädagogischen Erfahrung, die ich bestätigen kann, gesagt, daß wir die Tugenden heute sozial begründen müssen, damit sie wieder wirksam werden. So gibt es zum Beispiel in Nürnberg hinsichtlich der Arbeit des autonomen Jugendzentrums KOMM keine besonderen Probleme. Man muß nur den Mut zum Risiko haben, dann "läuft" es, und ich bin überzeugt, das würde in Wien, Zürich oder Freiburg nicht anders sein. Man muß den jungen Leuten die Chance lassen, beispielsweise so etwas wie "Sauberkeit" selber zu erfahren. Dann stellen sie plötzlich fest, daß Schmutz "Materie am falschen Ort" ist, und sorgen für Sauberkeit. Ich brauche dann auch nicht mehr Pünktlichkeit von oben dekretieren, denn sie erfahren selbst, daß Pünktlichkeit für sie und ihre Arbeit wichtig ist. In der Schule ist in dieser Hinsicht, was die praktische Erprobung von "Tugenden", ihre Verifikation, unter Umständen auch ihre Falsifikation betrifft, viel zu tun.

Letzte Bemerkung: Minderheiten. In der repräsentativen Demokratie kommt Minderheiten zwar nicht, „von Rechts wegen“ entscheidende (im wahrsten Wortsinne!) Bedeutung zu, aber es könnte doch sein, daß Minderheiten eine antizipatorische Vernunft verkörpern. Deshalb sollte man sie experimentieren lassen und ihnen dafür auch gewisse Gratifikationen geben. Es wird sich schließlich herausstellen, ob da eine antizipatorische Vernunft oder Unvernunft am Werke war. Beispiel: Startbahn West. Sicher, juristisch haben die Protestierenden da nichts zu suchen; aber es könnte doch sein, daß diese Minderheit von antizipatorischer Vernunft geprägt ist. Und die Mehrheit dies noch nicht verstanden hat. Das kann man nicht innerhalb des Legalitätsprinzips austragen; das muß politisch geregelt werden: Wenn etwa diejenigen, die im Recht sind, auch einmal nachgeben, weil die anderen sich durch die Kraft (hier ökologischer) Argumente legitimieren.

Genau dies ist ja das Wesen der Kunst. Wenn wir dort die Avantgarde ständig überprüfen würden, ob sie die Zustimmung der Mehrheit findet, wäre es unmöglich, Kunst zu entwickeln. Deshalb sollten wir Minderheiten so behandeln, wie wir in der Kunst- und Kulturgeschichte Kunst betrachten, nämlich als einen Vorstoß ins Unbekannte, und das auch mit Anerkennung versehen.

Noelle-Neumann

Sie haben ausgeführt, Herr Verbeugen, die demokratischen Elemente der Demokratie müßten noch verstärkt, also die Demokratisierung weitergeführt werden, wenn wir mit den Problemen, über die wir hier sprechen, besser fertig werden wollen. Wir haben in Allensbach eine Langzeitstudie über 26 Jahre hinweg von 1953-1979 gemacht. Dabei konnten wir Entwicklungen direkt vergleichen. Die Veränderungen, die dabei sichtbar wurden, haben mich sehr beschäftigt. Auf die Frage zum Beispiel: Interessieren Sie sich für Politik? hat sich der Anteil der positiven Antworten von rund 25 Prozent auf 50 Prozent erhöht. Das wäre an sich eine hervorragende Voraussetzung für Ihre Vorstellungen.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten: Wir haben 1953 und 1979 einen Informationstest eingebaut, der aus einfachen - in beiden Fällen vergleichbaren - Fragen bestand. Diesen Test haben im Jahre 1979 nicht mehr Menschen bestanden als 1953. Mit anderen Worten: Während sich die Zahl der Personen, die angeben, politisch interessiert zu sein, mehr als verdoppelt hat, ist gleichzeitig der Informationsgrad gegenüber 1953 nicht größer geworden. Das bedeutet, die Manipulierbarkeit ist in dieser Gesellschaft erheblich größer geworden. Denn Interesse ohne Information heißt, manipulierbar sein. Die Betroffenen sind zwar engagiert, aber sie wissen nur wenig. Solche Aspekte dürfen wir jedenfalls bei diesem weitgefaßten Thema nicht übersehen.

Zweifellos gibt es eine spezifisch deutsche Situation. Wir haben vor einiger Zeit gefragt, was den Menschen das Leben lebenswert macht und ihnen besonders wichtig ist. Bei der vorgegebenen Antwort: Es lohnt sich, für ein Vaterland zu leben, eine Heimat zu haben, sehen die Ergebnisse so aus: Bei den 60jährigen und älteren waren 70 Prozent dieser Meinung; von den 30-44jährigen nur noch 45 Prozent und die jüngeren lagen bei 36 beziehungsweise 26 Prozent.

Koschnick

Sie dürfen aber nicht vergessen, Frau Noelle-Neumann, daß Begriffe wie Heimat und Vaterland für die ältere Generation einen ganz anderen Inhalt haben als für die jüngere.

Noelle-Neumann

Welche anderen Worte hat die junge Generation für Heimat und Vaterland?

Während von der jungen Generation nur 26 Prozent meinen, ein Vaterland, eine Heimat haben sei etwas, wofür es sich lohne zu leben, sagen immerhin 60 Prozent, daß dies für Sport treiben gelte. Im übrigen: Eine 1981 abgeschlossene Umfrage in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, außerdem Spanien, USA und Japan zeigt, daß in keinem anderen dieser Länder so viel Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Vaterland zu finden ist wie bei der deutschen Bevölkerung und insbesondere bei der deutschen jungen Generation.

Offenbar ist die Mehrheit hier am Tisch nicht der Meinung, daß Ichschwäche ein wichtiges Thema für uns sein könnte. In dem Punkt sind wir von einem Konsensus weit entfernt.

Ich halte den Hinweis von Herrn Remmers für wichtig: Wenn nicht aus einer Sache selbst sichtbar wird, warum sie wichtig ist, ist es schwer, einen Sinn darin zu sehen. Dabei sind viele Dinge austauschbar. So geht es nicht um die Pünktlichkeit an sich, Herr Loch, Pünktlichkeit ist in ihrer Funktion durch neue Formen ohne weiteres austauschbar. Wie bringt man es beispielsweise fertig, die Zeit in der Schule so zu strukturieren, daß man ohne eine Schulklingel auskommt? Herr von Hentig sprach diesen Punkt an. Hier käme es darauf an, mehr Phantasie zu entwickeln und Verhaltensweisen auszubilden, die es dem einzelnen ermöglichen, besser mit sich selber fertig zu werden. Ich sehe jedenfalls in der Selbststärkung eine Chance für den einzelnen.

Der Zusammenhang, den ich aufgezeigt habe, zwischen Selbstbewußtsein und Wohlergehen, berührt die meisten von Ihnen offensichtlich nicht. Das ist kein Thema für Sie. Andere Dinge, die ich schon sehr oft gehört habe, beschäftigen Sie mehr. Offenbar ist der Zusammenhang von Selbstkontrolle, Selbstbewußtsein und Gern-Leben eine so abstrakte oder banale Sache, daß man darauf nicht zurückzukommen braucht. Aber damit ist das Problem nicht aus der Welt.

Herr Glaser kritisierte die historischen Bezüge, die ich aufgezeigt habe. Sie werden es vielleicht nicht wissen, aber es gibt viele Beispiele, wie sehr man sich im 18. Jahrhundert darum bemüht hat, die von mir genannten Tugenden zu entwickeln. Die moralischen Wochenschriften waren in der Hinsicht publizistische Meisterwerke. Manche Hefte waren wie Sonderhefte gestaltet und ganz einer Tugend gewidmet: eines der Pünktlichkeit, eines der Bescheidenheit, eines der Höflichkeit. So hat man im 18. Jahrhundert begonnen, diese Tugenden durchzusetzen.

Sicher müssen wir uns fragen, ob wir dramatisieren. Das richtet sich danach - wenn Sie so wollen;- , wie dick der Pelz ist. Wir haben unübersehbare Hinweise, daß der einzelne Mensch in unserer Zeit unglücklicher wird. Wir können die Frage gar nicht ernst genug nehmen, ob das vielleicht daran liegt, daß der Mensch durch die Lebensumstände in seiner Ichstärke ernsthaft beeinträchtigt wird.

Es geht mir nicht darum, ob die Fremdwänge so oder so gemessen werden, Herr Sontheimer. Wir haben wahrscheinlich gar kein Gefühl mehr dafür, welche Fremdwänge die Menschen in anderen Zeiten erdulden mußten. Schon möglich, daß uns die wenigeren Fremdwänge, denen wir heute ausgesetzt sind, um so mehr drücken. Aber ich wende mich gegen die falschen Ratschläge, die möglicherweise auch aus einem Kreis wie diesem kommen.

Ein Beispiel: Ein junger Mann möchte gern Automechaniker werden; er sucht schon seit über einem Jahr eine Lehrstelle und findet keine. Er könnte aber eine Lehrstelle auf dem Bau bekommen; kräftig genug dafür ist er. Soll er die Stelle annehmen oder nicht? Wenn rund 50 Prozent unserer Bevölkerung die Antwort geben, er solle sie nicht annehmen, sondern weitersuchen, so stellt sich die Frage, wer für eine solche Einstellung verantwortlich ist. Wenn die Frage in einer zweiten Fassung gestellt und erklärt wird, daß der Junge schon über ein Jahr nach der gewünschten KFZ-Mechanikerlehrstelle sucht, meinen noch immer rund 40 Prozent, er solle nicht die angebotene Lehrstelle als Bauarbeiter nehmen, sondern weitersuchen.

Glaser

Die Ablehnung ist doch ein Zeichen für große Ichstärke. Der junge Mann hat eben ein klares Ziel, das er verfolgt, und paßt sich nicht an.

Noelle-Neumann

Das glaube ich eben nicht. Möglicherweise würde die Arbeit auf dem Bau seiner Ichstärke sehr gut tun. Das Jahr Arbeitslosigkeit kann für den jungen Menschen in bezug auf seine Ichstärke außerordentlich abträglich sein. Aber offenbar ist man in der Bevölkerung, Eltern und Lehrer, anderer Auffassung und erteilt entsprechende Ratschläge.

Noch eine Bemerkung zu den von mir verwendeten Begriffen. Ich hatte ja schon vorsichtig angedeutet, daß das Wort "Selbstzwang" Sie sicher stören wird. Ich habe indessen nicht geahnt, daß

Sie so sehr an diesem einen Worte hängenbleiben. Ich hätte es viel schöner mit dem Dichterwort von 1635 sagen können, Herr Glaser: "Wer sein selbst Meister ist und sich beherrschen kann, dem ist die weite Welt und alles Untertan". Das ist Mitte des 30jährigen Krieges geschrieben worden. Ich frage mich etwas besorgt, ob eigentlich immer erst Notzeiten kommen müssen, damit die Menschen auf diese Weise auf sich selbst zurückgeworfen werden.

Vogel

Wenn ich mich jetzt zu verschiedenen Punkten, die in der Diskussion angesprochen sind, äußere, dann setze ich an den Anfang die Bitte um mehr Gelassenheit. Ich habe manchmal den Eindruck, auch bei einigen Diskussionsbeiträgen hier, daß es uns dieser Tugend in hohem Maße ermangelt. Einen wichtigen Grund dafür sehe ich in der Geschichtslosigkeit, deren Folgen sich bis in Kreise hinein bemerkbar machen, die von Geschichte eigentlich mehr wissen sollten. Die Aufregung, mit der wir auf diese Jugend- und Protestbewegung reagieren, läßt jedenfalls ein historisches Verständnis vermissen.

Ich empfehle denen, die besonders große Bedenken haben, einmal nachzulesen, was in den Jahren 1815 und folgende über die heute als staatserhaltend angesehenen Burschenschaften geschrieben wurde. Das klang ähnlich aufgeregt und war etwa von der Schärfe, wie Herr Altmann hier den Konflikt geschildert hat. Sie sollten sich einmal die Mühe machen und sich die offiziellen Verlautbarungen zum Wartburg- oder zum Hambacher Fest ansehen. Da konnte man auch den Eindruck gewinnen, als stünde die Zerstörung des Gemeinwesens, des Grundkonsenses, der politischen Kultur unmittelbar bevor. Ich erinnere daran, daß ein Mann wie Gneisenau unter hohem Verdacht stand, ein Staatszerstörer zu sein, weswegen er als Kommandierender General in Koblenz abberufen wurde.

Altmann

Später gab es dann ja auch eine Revolution.

Vogel

Ja; die wird jetzt allgemein gelobt. Ich kenne niemanden, der sie nicht großartig findet und ihr Scheitern bedauert, zumindest in den offiziellen Reden.

Welche ungeheure Aufregung hat etwa der Wandervogel verursacht; wie sah sich das machtbewußte Wilhelminische Bürgertum, das immerhin der gelben Gefahr trotzte, in seinen innersten Werten erschüttert durch das, was Langbehn, der Rembrandt-Deutsche und andere - frühe Vorläufer von Herrn Glaser - verkündeten.

Herrn Altmann darf ich in Erinnerung rufen, daß so wie er manche erregt waren und von großer Gefahr sprachen, als die sozialdemokratische Bewegung in den ersten Anfängen 12 Prozent erzielte bei den Wahlen. Damals gab es den Reichsverein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der den hilfreichen Effekt hatte, daß die Sozialdemokratie in der Folgezeit immer stärker wurde. In der Wahl von 1912 erreichte die SPD in Berlin 64 Prozent der Stimmen - das darf man gar nicht mehr zitieren.

Bei diesem Erregungszustand bei uns frage ich mich manchmal: Was tun eigentlich Demokratien, bei denen 23 Prozent der Wähler für die Kommunisten votieren? Denken Sie an den allseits gelobten französischen Präsidenten Mitterrand, der uns jetzt immer als Vorbild in der Verteidigungspolitik vor Augen gehalten wird. Er hat sogar Kommunisten in die Regierung aufgenommen. Was würden wir in einem solchen Falle eigentlich machen? Wandern wir dann alle aus? Ich überpointiere ein wenig und mahne zur Gelassenheit.

Wir sind schon eigenartige Leute. In den 50er Jahren haben wir dauernd geklagt, die Jugend sei politisch passiv - natürlich immer gestützt auf demoskopische Erhebungen; wer würde es schon wagen, etwas zu äußern, was nicht auf Meinungsumfrage basiert. Jetzt ist die Jugend aktiv, und nun ist es auch wieder nicht recht.

Das gilt auch in bezug auf die Kirchen. Ich höre ständig Mahnungen von den verschiedensten Seiten, die Kirchen sollten sich politisch zurückhalten. In Zeiten, als die niederbayerische Geistlichkeit stromlinienförmige Wahlempfehlungen gab, habe ich solche Mahnungen nie vernommen, jedenfalls nicht von Seiten derer, die sich neuerdings ereifern.

Was das Ausmaß der Jugendbewegung angeht, so sollte man die stille Verweigerung, den Drogenmißbrauch und so weiter nicht unterschätzen. Vielleicht muß man auch den Diskothekenrausch, bei dem sich die Leute völlig betäuben und keiner Reflexion mehr fähig sind, dazurechnen. Das betrifft sicher nicht die Jugend insgesamt, aber es handelt sich keinesfalls nur um

kleine Gruppen. Es geht weit über die Zahl derer hinaus, die bei Demonstrationen mitmarschieren. Und abgesehen davon: Wer von den politischen Parteien bringt eigentlich für seine Themen 50000, 100000, 200000 Leute auf die Beine? Das hat eine Relevanz, ob man die dabei vertretenen Ziele nun für richtig hält oder nicht.

Wenn Sie meinten, Herr Dahrendorf, die Dinge, über die wir hier sprechen, seien im wesentlichen ein spezifisch deutsches Phänomen, so bin ich da nicht so sicher. Kernkraftauseinandersetzungen gibt es ebenso in der Schweiz. Hausbesetzungen finden auch anderswo statt, aber man macht dort nicht ein so fürchterliches Geschrei darum und redet dauernd von Weltuntergang. In London hat die konservative Stadtregierung im Jahre 1977 dreitausend besetzte Wohnungen ohne einen einzigen Polizeieinsatz bereinigt. In Genf haben der Stadtpräsident und der große Rat einen besetzten Wohnblock in einer Weise befriedet, daß dies kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Frau Noelle-Neumann, auch wenn Fremdmotivierung und Eigenmotivierung - ich vermeide das Wort Zwang - bei uns voll intakt wären, bin ich ziemlich sicher, daß wir den Jugendprotest hätten.

Ich nenne einmal vier Gründe für den Jugendprotest: Erstens fehlende Glaubwürdigkeit, zweitens die Verabsolutierung des ökonomischen Prinzips, das sich in Wucherungen und Übertreibungen zeigt. Drittens die Ansicht, es gebe keinen Raum mehr für Eigeninitiative; es sei schon alles geordnet und geregelt. Viertens die Friedensfrage.

Hinter all dem steckt natürlich auch Angst, über die wir hier vielfach gesprochen haben. Angst vor den Gefahren eines Atomkrieges und den Risiken der technischen Entwicklung. Aber auch die andere Seite hat Angst, zum Beispiel um ihren Besitzstand, und daß sie ihr gewohntes Leben aufgeben muß. Manch aggressive Reaktion der Mehrheit resultiert daraus.

Erstens zur Frage der Glaubwürdigkeit. Ich habe in Berlin gelernt, daß manche Anfrage an die Politiker, ob sie es denn mit ihrem Handeln so ernst nehmen, wie sie es in ihren Reden vorgeben, so unbegründet nicht ist. Unser Problem ist, daß viele Jugendliche das, was wir sagen, sehr ernst nehmen. Sie sehen sich auch die Parteiprogramme an und vergleichen das, was dort steht, mit dem, was die Parteien tun. Im übrigen stimme ich Ihnen zu, Herr Remmers, die Parteien haben den Leuten immer wieder das Gefühl vermittelt, es sei alles machbar, wenn man uns nur wählte. Diesen Fehler haben wir alle gemacht.

Zweitens. Beim ökonomischen Prinzip stoßen wir in der Tat an objektive Grenzen, wo wir uns fragen müssen, ob der Preis nicht da oder dort zu hoch wird. Wir sollten zumindest ernsthaft darüber nachdenken, ob all die Anstrengungen, die wir machen, immer sinnvoll sind.

Der entscheidende Punkt ist drittens die Verregelung oder Verdinglichung der Lebensbezüge. Herr von Hentig wies darauf hin. Das hat auch etwas mit der Frage nach den Gefühlen zu tun, die Herr von Bismarck stellte. Ich halte zum Beispiel die Übertreibungen bei der Gebietsreform für einen schlimmen Fehler. Was wir dort an demokratischer Struktur und an Identifizierungsmöglichkeiten der Menschen mit ihren Gemeinden zerstört haben, kann man nur scharf kritisieren. Das betrifft alle Bundesländer, unabhängig welche Partei dort regiert.

Oder denken Sie an öffentliche Bauten. Ich habe selten etwas so Erschreckendes gesehen wie die Ossietzki-Schule in Berlin. 3000 Kinder in einem Gebäude, das nicht einen Ziegelstein, nicht ein Stück Holz aufweist, alles nur Blech und Glas.

Schily

Die hat Garski gebaut.

Vogel

Ich weiß. Wenn er anständig gebaut hätte, würde ich es nicht erwähnen.

Schily

Manchmal ist es doch ganz symptomatisch, wer so einen Auftrag erhält.

Vogel

Sicher. Das ICC in Berlin ist auch so ein Beispiel. Aber es lassen sich auch mühelos Beispiele aus Bayern und anderen Bundesländern nennen.

Ich werde von jungen Leuten oft gefragt, wie es denn war, als unsere Generation damals aus dem Krieg zurückkam. Gewiß, das Land lag in Trümmern, es herrschte die Besatzungsmacht, das Ansehen des Staates war mit Verbrechen belastet, die bis heute ihre Schatten werfen. Aber, sagen die Jugendlichen, Ihr hattet eine Aufgabe, die Eure Kräfte und Eure Phantasie forderte; Ihr konntet etwas tun. Und dann fragen sie: Welche Aufgabe stellt Ihr uns eigentlich? Was bleibt uns zu tun?

Natürlich gibt es völlige Narren unter den Hausbesetzern, aber die gibt es auch unter Nicht-Hausbesetzern, sogar unter ehrbaren Leuten. Doch es gibt auch junge Leute, denen ich einräume, daß sie recht haben. Eine meiner größten Niederlagen, die ich in Berlin erlebt habe, war, als ich es gegen den Widerstand von Baugesellschaften nicht durchsetzen konnte, einer Gruppe von 30 jungen Leuten ein altes Haus zur Verfügung zu stellen, damit sie daraus etwas machten, was ihnen vorschwebte. Tausend Programme und Vorschriften standen dagegen.

Ihr Plädoyer für die sanfte Republik habe ich gern gehört, Herr Schily. Aber wer für eine sanfte Republik ist, der sollte auch konsequenterweise dagegen sein, daß junge Polizeibeamte mit Steinen beworfen werden. Das paßt dann auch nicht zur sanften Republik. Da bin ich hinsichtlich der Glaubwürdigkeit genauso kritisch.

Wie sehr auch die Hausbesetzer das Gewaltmonopol anerkennen, ist mir übrigens in Berlin deutlich geworden, als sie die Polizei riefen, weil sie von Rockern belästigt wurden. Sie haben nach dem Staat gerufen, der sie schützen sollte.

Ich akzeptiere auch nicht die Auffassung, Herr M. Schneider, daß sich bei uns erst dann etwas bewegt, wenn Steine fliegen. Das ist eine Schutzbehauptung, für die ich subjektiv sogar ein gewisses Verständnis habe, die aber durch Wiederholung nicht richtig wird.

Zum Gewaltmonopol gehört auch, daß bei seinem Einsatz jedes Übermaß vermieden wird. Man hilft denen, die direkt Gewalt anwenden, wenn man bei der Abwehr die Vernunft außer acht läßt. Auch in dem Punkt habe ich in Berlin meine Erfahrungen gesammelt. Aber das gilt nicht nur für Berlin. Ich würde mir beispielsweise wünschen, daß diejenigen, die in dem Vorgehen der Nürnberger Behörden gegen das dortige Jugendzentrum die Sicherung des Rechtsstaates begrüßen, mit der gleichen Schärfe die Fehler kritisieren, die dort mit der Unterdrückung der Vernehmungsprotokolle und so weiter geschehen sind. Solche Dinge gefährden das Vertrauen in den Rechtsstaat weiß Gott auch.

Ich will Ihnen aber sagen, Herr Simon, warum ich gegen Amnestie bin. Das ist für mich auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wer bewußt Regeln verletzt, hat unter Umständen sogar meinen Respekt, wenn er aus Überzeugung handelt. Den verliert er jedoch, wenn er sich zwar als Regelverletzer feiern läßt, bei der Strafe, die ihn dann ereilt, aber schreit, das sei Verletzung der "Menschenrechte. Außerdem ist unser Recht durchaus flexibel. Auch in Berlin ist noch niemand wegen Hausfriedensbruch angeklagt, geschweige denn verurteilt worden. Man kann einen Strafantrag zurücknehmen, das öffentliche Interesse verneinen, wegen Geringfügigkeit einstellen und eine Reihe anderer Dinge tun.

Im übrigen, Herr Simon, warum sollte Amnestie nur für Hausbesetzer angewandt werden? Andere begehen Gewalttätigkeiten, weil sie die Kernenergie für gefährlich halten. Wieder andere wollen den Frieden in der sanften Republik mit Gewalt schützen. Wie steht es in solchen Fällen mit der Amnestie? Was geschieht eigentlich mit dem Streikposten, der im Übereifer Landfriedensbruch begeht, weil er aus Empörung über irgendwelche sozialen Mißstände seine Befugnisse überschreitet? Soll der keine Amnestie erhalten? Meine Sorge ist, daß wir auf diese Weise den Grundsatz der Gleichbehandlung verletzen. Ich meine, daß man bei einer vernünftigen Handhabung des Rechts das von Ihnen gewünschte Ergebnis auch ohne Amnestie erreichen kann.

Was ich an der heutigen Protestbewegung begrüße ist, daß sie in die Parlamente geht. Die von 1967-68 hat die Parlamente gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Ich finde diesen Parlamentarisierungsprozeß gut. Wir alten Parteien verhalten uns den neuen gegenüber so wie die Platzhirsche, wenn ein Rivale erscheint.

Ich hätte auch nichts gegen Volksbegehren oder Volksentscheide einzuwenden. Warum soll das eigentlich so schlimm sein? In der Schweiz geht das doch auch ganz gut. Und ich habe nie verstanden, warum die Volksbegehren oder Volksentscheide in der Weimarer Republik eine so katastrophale Wirkung gehabt haben sollen. Das Volk hat doch im Grunde alles abgelehnt - es hat die Fürsten nicht enteignet, die Zuchthausvorlage nicht gebilligt und den preußischen Landtag nicht aufgelöst.

Ich bestreite nach wie vor, daß wir gegenwärtig einen Wertwandel erleben. Was Frau Noelle-Neumann vorgetragen hat, betraf Tugenden; andere hier haben über Verfassungsprinzipien

gesprachen. Werte dagegen, wie Freiheit und Solidarität, werden gewiß unterschiedlich interpretiert, aber ich kenne niemanden, der Freiheit etwa zugunsten von Solidarität aufgeben will. Da besteht ein Spannungsverhältnis, das wir uns immer wieder bewußtmachen müssen. Wenn Herr Hasenclever sagt, diese Werte seien verlottert, dann ist das zwar ein bißchen hart, aber es ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wie sieht nun die Therapie aus - was sollten wir tun? Reden allein genügt sicher nicht. Man muß schon bereit sein, auch gegenseitig zu akzeptieren, wenn beim anderen richtige Argumente auftauchen, und sich da und dort korrigieren. Man sollte auch den Parteien und ebenso den Kirchen eine Zeitlang zumuten, bei einer Reihe von Dingen, die schwer zusammenzuhalten sind, die Spannung auszuhalten. Davon sind genauso die Alternativen betroffen, die auch ihre großen Schwierigkeiten haben, die verschiedenen Bereiche in Einklang zu bringen. Man kann aber nicht auf der einen Seite verlangen, daß miteinander geredet wird, und auf der anderen Seite diejenigen denunzieren, die bereit sind, über die Parteien hinweg zu reden.

Ich wiederhole am Schluß noch einmal meine Forderung nach mehr Gelassenheit. Das hat nichts mit Gleichgültigkeit, mit mangelndem Einsatz zu tun. Aber wir sollten nicht immer den Eindruck erwecken, uns würde durch diese Entwicklung Einmaliges zugemutet. Herr Remmers hat gesagt, es gibt Dinge, die man nicht ändern kann. Das ist wahr. Eines der eindringlichsten Gebete heißt: O Herr, gib mir die Kraft zu ändern, was ich zu ändern vermag, zu ertragen, was nicht zu ändern ist, und die Weisheit, beides voneinander zu unterscheiden.

Simon

Meine Ausgangsthese lautet: Unsere Väter haben in einem zweihundert]ährigen Prozeß die gegenwärtigen Strukturen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit viel Phantasie und großen Opfern geschaffen. Es genügt aber nicht, daß wir uns einfach auf dem Ererbten ausruhen. Wir haben dieses Erbe so weiterzuentwickeln, daß die Strukturen auch unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart funktionstüchtig bleiben und weiterhin bewirken, was unsere Väter damit anstrebten.

Damit komme ich auf die Diskussion über Legalität und Legitimität zurück. Beides wird heute gegeneinander ausgespielt. Die Gegner der Startbahn West etwa berufen sich auf Legitimität, wenn sie gegen die Entscheidung für den Weiterbau angehen. Die anderen halten entgegen: Die Mehrheit hat legal entschieden, jetzt gebt gefälligst Ruhe! Beide Positionen werden mit wirklichen oder vermeintlichen Verfassungsprinzipien begründet.

Die Verfassung ihrerseits hat das Verhältnis von Legalität und Legitimität entsprechend den demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen in der Weise entschieden, daß sie zwischen abstimmbaren und unabstimmbaren Bereichen unterscheidet. Der unabstimmbare Bereich wird durch einklagbare Grundrechte umgrenzt, die vor allem Minderheiten schützen sollen. Im Bereich des Abstimmbaren entscheidet die Mehrheit und kann verlangen, daß die Minderheit dies ohne Gewaltanwendung respektiert. Ein Widerstandsrecht gegen Mehrheitsentscheidungen kann die Minderheit nicht schon bei jedem Übergriff in den unabstimmbaren Grundrechtsbereich beanspruchen, sondern erst in einer evidenten Unrechtssituation, in der alle anderen Mittel versagen.

Aus diesen Grundsätzen folgt als Regel, daß alle Mehrheitsentscheidungen nicht nur als legal, sondern zugleich als legitim zu respektieren sind, welche die von der Verfassung gezogenen Grenzen einhalten. Das ist als Grundsatz auch für jedermann zumutbar. Aber ist damit das Verhältnis von Legalität und Legitimität bereits erschöpfend erfaßt? Zweifel können sich daraus ergeben, daß in unserer Zeit bereits im Bereich des Abstimmbaren Entscheidungen mit unabsehbaren und irreversiblen Folgen anstehen, die auch nach Änderung der Mehrheitsverhältnisse fortwirken. Das sind zugleich jene Entscheidungen, die Ängste auslösen und in den Augen kritischer junger Menschen hohe Zukunftsrisiken in sich bergen. Mir selbst geht es dabei zwar wie Herrn von Hentig: Für mich persönlich habe ich keine Angst; aber für die Zukunft meiner Enkel durchaus. Wie lassen sich bei derartigen Entscheidungen Legalität und Legitimität besser in Deckung bringen? Dafür enthalten die tradierten Strukturen der rechts- und sozialstaatlichen Demokratie wohl noch keine voll befriedigenden Lösungen. Ich begnüge mich mit zwei Anregungen: Müssen wir nicht erstens die Spielregeln in der Weise fortentwickeln, daß die Betroffenen bei grundlegenden und weitreichenden Entscheidungen - etwa zur Nutzung der Kernenergie - stärker am Entscheidungsprozeß beteiligt werden? Eine solche Beteiligung hat die Rechtsprechung inzwischen aus

Grundrechten hergeleitet. Dazu gehören breitere Anhörungspflichten. Diese sind schon im Interesse einer Akzeptanz und eines erweiterten Konsenses geboten, möglicherweise sogar im Hinblick auf die Richtigkeit der Entscheidungen.

Damit hängt ein zweiter Punkt zusammen, den das Bundesverfassungsgericht schon im KPD-Urteil angedeutet hat. Wohlverstanden: Im Bereich des Abstimmbaren bleibt die definitive Entscheidungsbefugnis bei der Mehrheit; die Minderheit hat das zu respektieren. Aber bei den erwähnten lebenswichtigen Fragen müssen die Entscheidungen akzeptierbar auch für die Minderheit sein; denn auch sie muß alle Konsequenzen mit ausbaden. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus einen permanenten Rechtfertigungszwang der Mehrheit gegenüber der Minderheit hergeleitet. Ein solcher Rechtfertigungszwang kann angesichts der Komplexität der Entwicklungen und in Anbetracht der Tatsache, daß immer wieder neue Erkenntnisse gewonnen werden, selbst nach einer getroffenen Entscheidung zur Rechtfertigung ihres Fortbestandes geboten sein.

Als Beispiel für eine unzureichende Reaktion der Mehrheit auf die Minderheit mag die Bonner Friedensdemonstration gegen das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß dienen. Am Tag davor hielt der Bundestag bekanntlich eine Sondersitzung für erforderlich, in der viele Sorgen über Ausschreitungen geäußert wurden. Nachdem die Demonstration friedlich verlaufen war, gab man sich allseits als hocheifrig. Damit wurde die Angelegenheit zu den Akten gelegt; die Mehrheit hielt es nicht für nötig, das Festhalten am Doppelbeschluß unter Auseinandersetzung mit der Kritik erneut zu rechtfertigen.

Auf der anderen Seite müssen auch die Minderheiten selbstkritischer werden und sich mehr als bisher um bessere Spielregeln bemühen, damit ihr Protest im politischen Sinne auch öffentlich ankommt und bei der Mehrheit nicht etwa das Gegenteil oder den Ruf nach hartem Durchgreifen bewirkt. Rechtlich kann ohnehin nur ein gewaltfreier Protest akzeptiert werden. Vielleicht lassen sich aus dem unterschiedlichen Verlauf der Demonstrationen in Brokdorf und Bonn praktikable Verhaltensstandards entwickeln im Sinne einer bescheidenen Fortentwicklung unserer politischen und rechtlichen Ordnung.

Sonthheimer

Mich hat zwar Ihr Plädoyer für mehr Gelassenheit beeindruckt, Herr Vogel, aber ich komme doch immer mehr zu der Erkenntnis, daß sich die Dinge mit Gelassenheit allein wohl kaum lösen lassen. Wenn Herr Simon etwa darauf hofft, daß man sich an Spielregeln gewöhnen wird, die das normale Funktionieren der Demokratie zum Inhalt haben, dann bin ich da sehr skeptisch. Die Vorstellung, daß man durch begrenzte Regelverletzung eine Sache sehr viel wirksamer in die öffentliche Diskussion bringen kann, ist inzwischen so verbreitet, daß wir zum Normalzustand der politischen Kultur nicht so leicht werden zurückkehren können. Deshalb plädiere ich dafür, Konfrontationen nicht um jeden Preis zu vermeiden, nur weil die Gelassenheit es gebietet.

R. Dahrendorf

Herr Simon hat eine besondere Verpflichtung der Mehrheit gegenüber der Minderheit formuliert, ihre Entscheidungen immer wieder zu begründen. Einen solchen Rechtfertigungszwang können Sie doch wohl kaum gegenüber jeder Art von Minderheit gemeint haben. In der Mehrzahl der Fälle wird eine Sache, nachdem sie eingehend erörtert worden ist, entschieden. Da gibt es dann auch jeweils eine Minderheit, die überstimmt worden ist. Wenn ich an Entscheidungen denke, die mit Mehrheit im Parlament getroffen wurden, dann werden vermutlich auch Sie der Ansicht sein, daß eine Sache abgeschlossen ist und nicht noch weitere Rechtfertigungen verlangt.

An welchen Kriterien wollen Sie sich orientieren, wenn sie einen besonderen Begründungszwang gegenüber der Minderheit fordern? Wenn ich mir etwa die Beispiele, die Herr Hasenclever wichtig sind, ansehe: Energie, Wohnen, Frieden und Bildungspolitik, so soll er in diesen Punkten doch in Gottes Namen andere politische Überzeugungen haben, dafür fechten und sich wählen lassen. Dadurch wird doch der staatsbürgerliche Grundkonsens nicht gefährdet. Wenn Sie Ihre Auffassung zur Zeit in einer der großen Parteien nicht vertreten finden, dann stellen Sie sich doch zur Wahl. Wieso sind das aber Fragen, die einen besonderen Begründungszwang nach sich ziehen und wann?

Simon

Wenn ich wüßte, wie sich der demokratische und soziale Rechtsstaat konkret fortentwickeln läßt, um mit Vorgängen, wie wir sie hier diskutieren, besser fertig zu werden, wäre ich erleichtert. Ich taste mich da auch erst heran. So wollte ich auch meinen Vorschlag einer Amnestie verstanden wissen.

Interessant erscheint mir die Überlegung von Ralf Dahrendorf, das Parteienspektrum bei uns sei zu eng; wäre es weiter, würde es einiges aus dem unruhigen kritischen Potential auffangen. Auch meine Überlegung zum Rechtfertigungszwang ist ein Versuch, in dieser Frage ein wenig weiterzukommen. Dabei geht es nicht um Alltagsentscheidungen, sondern um solche, die von weitreichenden Konsequenzen auch für die nächste Generation sind, wie zum Beispiel der NATODoppelbeschluß.

Gerade und im wesentlichen nur solche Entscheidungen mit längerfristigen Auswirkungen sind Gegenstand der Unruhen und der Proteste. Das wäre vielleicht ein Abgrenzungskriterium, Herr Dahrendorf. In Betracht kommen etwa die Energiepolitik oder die Friedensfrage als Gebiete, wo gegenwärtig Rechtfertigungszwänge bestehen.

Ich nannte als Beispiel die Reaktion auf die Bonner Friedensdemonstration. Wenn wir uns erleichtert nur mit der Feststellung begnügen, es sei alles friedlich verlaufen, und wenn dann weiter nichts geschieht, könnte das eines Tages in gewalttätigen Protest umschlagen. Sie können meine Überlegungen natürlich für falsch halten; ich taste mich da - wie gesagt selber noch vor.

Altmann

Georg Lukács hat in den 20er Jahren formuliert, es sei die Pflicht der revolutionären Minderheit, den Staat zum Bruch seiner eigenen Legalität zu zwingen. Damit werde er seine Legitimität verlieren. Das war bekanntlich auch eine These der RAF-Terroristen. Selbstverständlich muß unser Staat die Legalität wahren; das ist seine Form von Legitimität. Nicht jede Unruhe, auch wenn sie massenhaft ist, kann schon die Legitimität in Frage stellen.

Die Amerikaner haben das Minderheitsrecht im Hinblick auf zwei besondere Gruppen entwickelt, nämlich die religiösen und die ethnischen Minderheiten, nicht spontane Interessengruppen. Wenn in Wiesbaden 100 000 Leute gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens demonstrierten, dann stammten davon allenfalls 20 000 aus der Region selbst, sie allein waren also Betroffene im eigentlichen Sinn, während 80 000 von irgendwo anders herkamen. Aber auch sie stellen keine Minderheit im Sinne des Minderheitenschutzes dar. Ihr Grundrecht ist ein anderes: das Recht auf Demonstration.

Freilich hat die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an der Wiesbadener Demonstration nicht für ihre Überzeugung demonstriert. Sie wollte mehr: nämlich stören. Auch eine gewaltfreie Demonstration, die Zufahrtsstraßen und so weiter sperrt, kann auf Störungsgewalt hinauslaufen, auf ein Recht auf Störung, anstatt eine Überzeugung zu manifestieren, wie die klassische Demonstration. Hier muß der demokratische Staat seine Legalität energischer durchsetzen.

Ich würde in diesem Zusammenhang allerdings den großen Parteien im Parlament, die die Legalitätsmaschine in Gang setzen, den Vorwurf machen, daß sie in ihren Wahlprogrammen die Bevölkerung in vielen wichtigen Fragen, sei es Atomenergie, sei es Haushaltsdefizite, über ihre eigentlichen Zielsetzungen bewußt im unklaren lassen, so daß nach den Wahlen niemand genau weiß, für welche Ziele er den Parteiführungen sein Mandat gegeben hat. Auf diese Weise wird die Glaubwürdigkeit des demokratischen Staates erheblich in Frage gestellt. Das ist kein juristisches Problem, sondern eine Frage der Parteiendemokratie, Herr Simon.

Vogel

Ihre Unterscheidung von klassischen und störenden gewaltfreien Demonstrationen ist ein wenig fragwürdig, Herr Altmann. Ich halte mich da ans Grundgesetz, in dem steht, daß jeder ohne Waffen demonstrieren darf.

Aber etwas anderes ist mir wichtig: Die Politik muß lernen, daß es für große gesellschaftspolitische Fragen nicht genügt zu sagen: "Das ist sinnvoll; das hält rechtlich stand; es ist unter den verschiedensten Gesichtspunkten geprüft." Wenn man nämlich erst einmal die Polizei einsetzen muß, um bestimmte Dinge durchzubringen, kommt man sehr schnell zu der Erkenntnis, daß Polizei ein knappes Gut und nicht beliebig vermehrbar ist. Die Politiker wären gut beraten, wenn sie der Polizei nicht die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme übertragen; denn sonst geraten wir schon bald an einen Punkt, wo es entweder wirklich kritisch wird, oder wir kommen dazu, der Polizei eine andere Qualität zuzuweisen.

Koschnick

Dann wird sie Nationalgarde.

O. Schneider

Herr Simon hat daran erinnert, daß unsere heutige Verfassung und Rechtsordnung in langen Phasen entwickelt worden sind; deswegen müßten wir immer wieder überprüfen, in welcher Richtung sie

weiterentwickelt werden können. Dem stimme ich zu. Bekanntlich bricht Gewohnheitsrecht sogar Verfassungsrecht.

Aber die entscheidende Frage, was die Demonstrationen angeht, ist: Können wir es hinnehmen, daß eine militante, gewalttätige Minderheit nicht bereit ist zu akzeptieren, was das Parlament beschlossen und die Gerichte als verfassungskonform bestätigt haben? Das wäre ein Rückfall ins Faustrecht - was ist es anderes, wenn mit Knüppeln bewaffnete Leute sagen: "Wir werden das nicht hinnehmen!" Wenn die Bauern oder andere Gruppierungen erklären: "Wir machen nicht mehr mit, wir streiken." Wo kämen wir hin, wenn wir das billigten?

Hier wird mit Legalität und Legitimität in einer Weise operiert, die weit über das hinausgeht, was eine Regierung zulassen darf. Der jeweils verantwortliche Polizeichef und Innenminister hat zu entscheiden, ob es in einer konkreten Situation sinnvoll ist, Polizei einzusetzen. Es besteht sogar die Verpflichtung, eine Demonstration zu verbieten, wenn sie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt, die möglicherweise auch mit polizeilicher Gewalt nicht mehr unter Kontrolle zu bringen ist. Wir dürfen doch das Prinzip der Gesetzmäßigkeit öffentlichen Handelns nicht außer Kraft setzen, nur weil eine militante Minderheit nicht einsichtig ist. Das würde einer Kapitulation des Verfassungs- und Rechtsstaates vor dieser Minderheit gleichkommen.

Rechtsstaat bedeutet für mich in erster Linie Schutz der Freiheit. Nur wenn die rechtsstaatliche Ordnung aufrechterhalten wird, ist der Schutz der persönlichen Freiheit des einzelnen gewährleistet. Die Menschenwürde ist das oberste Prinzip; der Freiheitsschutz des einzelnen geht voraus. Wenn sich der Staat aus Gründen der Bequemlichkeit vor Gruppen zurückzieht, die unter gar keinen Umständen bereit sind, Entscheidungen hinzunehmen, dann wird unsere Verfassungswirklichkeit sehr schnell in einer Richtung verändert, die wir dann nicht mehr kontrollieren können.

Ich weiß, daß das Abwägungs- und das Differenzierungsgebot ein Verfassungsgebot ist, Herr Simon. Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht ganz sicher unter diesem Gebot. Das Willkürverbot hindert die Träger der staatlichen Gewalt daran, in dem einen Fall so, in dem anderen anders zu entscheiden, wie es halt jeweils am bequemsten ist.

Was die Hausbesetzungen in Berlin angeht, Herr Vogel, so mögen Sie recht haben, daß es der Polizei nicht zuzumuten ist, Hunderte von besetzten Häusern zu räumen. Da würde das Prinzip der Verhältnismäßigkeit übermäßig strapaziert. Dann muß man allerdings die Frage stellen: Warum hat man bei der ersten Besetzung nicht gehandelt?

Vogel

Weil Tausende von Wohnungen leerstanden.

O. Schneider

Und wer hat diese soziale Provokation verursacht? Hier lag ohne Zweifel ein Fehlverhalten der Verwaltung vor. Aber der Staat kann sich doch nicht immer dann zurückziehen, wenn es einen militanten Widerstand gibt, während er in anderen Fällen handelt. Es müßte vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden, ob eine solche Rechtspraxis verfassungskonform und mit dem Prinzip unserer Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen ist.

Koschnick

Wenn Sie fragen, Herr Schneider, ob gewalttätige Demonstrationen ein Grund sein können, staatliche Machtmittel nicht mehr einzusetzen, so sage ich eindeutig nein. Aber mit welchen Mitteln gewalttätigen Störungen am besten begegnet werden soll, muß neu durchdacht werden. Dafür reicht es nicht aus, daß wir so vorgehen, wie wir es gestern und vorgestern getan haben.

Hasenclever

Bei der Unterscheidung von Legalität und Legitimität geht es nicht um militante Minderheiten, die irgendwelche abwegigen Ziele verfolgen. Bei der Startbahn West zum Beispiel ist doch die Mehrheit, und zwar die Mehrheit der Betroffenen in einer Region, mit einer Entscheidung der Zentrale in Wiesbaden nicht einverstanden. Das ist die neue Qualität dieser Auseinandersetzungen. Ähnliches wird sich in wahrscheinlich noch schlimmerem Umfang abspielen, wenn die Baden-Württembergische Landesregierung die Torheit begehen sollte, in Wyhl einen Atomreaktor bauen zu lassen. Dann wird die gesamte Region Südbaden in ihrer Mehrheit auf die Barrikaden gehen. Es wird kein Dorf, auch

kein Dorf mit einem CDU-Bürgermeister, geben, wo die Mehrheit der Bevölkerung den Bau des Reaktors befürworten wird.

Es geht also um einen konkreten Konflikt zwischen der Zentralgewalt, die durch die Verfassung formal legitimiert ist, und der konkreten Wirklichkeit vor Ort, wo die Mehrheit der Betroffenen die Entscheidung der Zentralgewalt ablehnt. Worauf es hierbei ankommt ist, daß diese Entscheidung dauerhafte, reale Folgen für die Lebensumstände der dort ansässigen Bevölkerung auf Generationen hinaus haben wird. Hier müssen neue Formen gefunden werden.

R. Dahrendorf

Und welche Rechte ergeben sich daraus?

Hasenclever

Das betrifft die Frage Legitimität/Legalität. Daraus ergibt sich in meinen Augen das Recht der betroffenen Bevölkerung, gewaltlosen Widerstand zu leisten.

Schily

Lassen Sie mich ein Beispiel konstruieren: Die Bevölkerung braucht ein bestimmtes Produkt, dessen Herstellung mit Gesundheitsschäden für die in der Nähe der Fabrikationsstätte lebenden Menschen verbunden ist. Kann dann die Mehrheit zu Lasten der Minderheit beschließen, daß dort die Fabrik errichtet wird?

Altmann

Es gibt die Verbandsklage, mit der eine Minderheit von Interessenten sich in einem rechtsstaatlichen Verfahren Gehör verschaffen kann. Ich glaube, wir dürfen nicht davon ausgehen, Herr Schily, daß in einer Demokratie die Mehrheit etwas beschließt, was für eine Minderheit derart schädliche Folgen hat. In einem solchen Falle wäre in der Tat das Widerstandsrecht gegeben. Andererseits muß aber in einem demokratischen Staat die Mehrheit der Wähler, die die Regierung bestimmt, auch in vitalen Fragen entscheiden dürfen.

R. Dahrendorf

In diesem Punkt besteht offenkundig ein Dissens, den wir vielleicht noch stärker herausarbeiten sollten.

Hasenclever

Es war mir klar, daß ich damit in ein Wespennest hineinsteche.

Wenn natürlich der Staat mit seinen Machtmitteln, wie wir es im Falle Wyhl und bei der Startbahn West schon erlebt haben, die Eskalation betreibt, muß man nach der staatlichen Verantwortung und der Verhältnismäßigkeit der Mittel fragen. Wenn die Eskalation auf die Spitze getrieben wird, werden vermutlich Ihre Überlegungen, Herr Simon, unter dem Ansturm der Ereignisse gegenstandslos. Das wird wesentlich davon abhängen, inwieweit von seiten aller Beteiligten Vernunft geübt wird. Dabei trägt der Staat eine sehr große Verantwortung.

Herr Frank Dahrendorf tat so, als seien die von mir erwähnten Themen im normalen politischen Alltag selbstverständlich. Das sehe ich völlig anders. Ich sprach zu Anfang davon, daß sich heute ein Paradigmawechsel abzeichnet, für den Themen wie Energie, Frieden und so weiter leicht verständliche Signale sind. Dieser Paradigmawechsel zeigt nämlich den Übergang zu "sanfteren" Gesellschaftsformen an. Aus der derzeitigen Misere der politischen Handlungsunfähigkeit werden wir nur herauskommen, wenn es gelingt, dafür einen allgemeinen Konsens zu erzielen. In solchen wichtigen Punkten muß man sich um konkrete Handlungskonzepte bemühen.

F. Dahrendorf

Wie steht es um die besondere Verpflichtung gegenüber Minderheiten? Ich habe Herrn Oskar Schneider so verstanden, daß Aktionen von Minderheiten gegen Mehrheitsbeschlüsse leicht als eine Art Erpressung empfunden werden. Dagegen wollen viele dann spontan Machtmittel einsetzen. Das

halte ich nun für eine wirklich falsche Reaktion. In dem Punkt werden wir wahrscheinlich nicht übereinstimmen können.

Ich gebe zu, daß ich auch nicht immer genau weiß, wie man reagieren sollte, aber in einem Punkt bin ich sicher: "Die Minderheit ist überstimmt, also muß sie sich fügen" - einen so einfachen Mechanismus gibt es nicht.

Herr Simon hat für politische Vernunft plädiert. Als obsiegende Mehrheit werde ich natürlich weiterhin versuchen, die unterlegene Minderheit zu überzeugen. Ob das aber eine rechtliche Qualität im Sinne des von Ihnen vorgeschlagenen Rechtfertigungszwanges erhalten soll, erscheint mir doch sehr zweifelhaft. Es muß immer dann eine rechtliche Qualität bekommen, und darin würde ich Ihnen sofort folgen, wenn der begründete Eindruck besteht, bei der Beschlußfassung der Mehrheit seien Argumente der Minderheit in einem wichtigen Punkt überhaupt nicht beachtet worden.

Sie können aber nicht für jede unterschiedliche politische Auffassung in Anspruch nehmen, Herr Hasenclever, da stünden Grundwerte in Frage. Wenn ich einmal an Ihr Beispiel Wohnen denke: Neue Formen des Wohnens haben nichts mit Grundwerten zu tun. Darüber gibt es eine breite politische Diskussion. Bei Änderungen in der Bildungspolitik verhält es sich ähnlich.

Bei der Frage nach der Moralität der Atomrüstung kommen wir allerdings auf ein schwieriges Terrain. Da könnte ich mir einen solchen Rechtfertigungszwang durchaus vorstellen. Das gilt aber schon nicht mehr bei Entscheidungen für Atomkraftwerke im Rahmen der Energiepolitik. Diese Problematik muß man einmal politisch austragen, aber damit sollte der Fall auch erledigt sein.

Ich könnte mir also durchaus Fälle vorstellen, Herr Simon, in denen eine rechtliche Verpflichtung besteht, überstimmt Minderheiten auch nach der getroffenen Entscheidung weiter zu informieren. Zumindest ist aber zu gewährleisten, daß die Abstimmung erst erfolgt, nachdem man sich mit den Argumenten der Minderheit auseinandergesetzt hat. Das gilt aber nur für sehr wenige Fragen.

von Hentig

Ich gehe einmal ganz anders an diese Frage heran. Vielleicht entsprechen die Verfassungen unserer Staaten nicht mehr den heutigen Lebensanforderungen. Vielleicht dürften in den von Herrn Hasenclever genannten Fällen nach modernem Verständnis die zentralen Entscheidungen von nutznießenden Mehrheiten nicht mehr über die Interessen von entfernten und allen benachteiligten oder gefährdeten Minderheiten einfach hinweggehen. Denn wenn das Leben meiner Kinder und Kindeskinde auf dem Spiel steht, erhalten die Entscheidungen eine andere Qualität.

Bislang stellt - neben dem Kriegsdienst - die Enteignung die härteste Zumutung für den einzelnen dar; alles was sich entschädigen ließ, haben wir für rechtens gehalten. Es gibt inzwischen jedoch Verletzungen von Einzelrechten durch zentrale Entscheidungen, die prinzipiell nicht entschädigt werden können.

M. Schneider

Wenn es hier hieß, der Rechtsstaat müsse Flagge zeigen, dann wurde meist mit Strafrecht, Prozeßrecht, Demonstrationsrecht argumentiert, um den Rechtsstaat zu verteidigen. Für meine Begriffe könnte man den Rechtsstaat viel eher durch eine offensive Anwendung der Partizipationsrechte verteidigen, um auf die Weise Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen oder anders zu kanalisieren. Das trifft beim Baurecht, bei der Stadtentwicklung und -Sanierung zu, wenn man nach dem Städtebauförderungsgesetz mit der Beteiligung wirklich ernst machte.

O. Schneider

Das ist alles geregelt.

M. Schneider

Würde man beispielsweise die Beteiligungsrechte nach dem Städtebauförderungsgesetz mit dem Prinzip des Bundessozialhilfegesetzes koppeln, daß jeder in seiner gewohnten Umgebung bleiben darf, dann käme man sicher zu einer anderen Praxis, und damit würde eine Reihe von Konflikten von vornherein wegfallen. Das gleiche gilt, wenn man die Ansprüche auf Persönlichkeitsentwicklung, die im Jugendwohlfahrtsgesetz formuliert sind, auch im Sinne der Verteidigung des Rechtsstaates in solchen Auseinandersetzungen beachten würde. Dann könnte man sich viele Diskussionen darüber sparen, ob man Gesetze verschärfen soll oder ob der Rechtsstaat nur mit Polizei zu verteidigen ist.

Dieser Gesichtspunkt kommt in der Diskussion zu kurz. Der Staat hat viele Möglichkeiten, offensiv zu werden. Wenn er diese Möglichkeiten nutzt, braucht er nur in den seltensten Fällen die Polizei.

Remmers

Ich war kürzlich auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum. Dort wurde von allen Teilnehmern bestritten, daß Herr Borner rationale Gründe für den Bau der Startbahn West habe. Als ich einwand, er habe durchaus rationale Gründe, kam die Erwiderung, das sei die falsche Rationalität. Das ist doch genau der Punkt: Wer bestimmt eigentlich, wer jeweils die richtige Rationalität hat?

Loch

Die Geschichte.

Remmers

Jedenfalls haben wir uns doch in unserer Demokratie darauf verständigt, daß wir die anstehenden Probleme durch Mehrheit entscheiden.

Nun müßten wir aber in der Tat überlegen, ob einige Entscheidungen nicht von anderer Qualität sind, wenn ich etwa an die Friedens- und Atomrüstungsproblematik, auch an die Energiefrage denke. Wenn wir aber dahin kommen - Beispiel Startbahn West;-, daß eine regionale Mehrheit darüber entscheidet, ob gebaut wird oder nicht, ist es aus mit dem Regieren. Dann können wir überhaupt nichts mehr tun.

Stellen Sie sich vor, Bundesregierung und Bundesbahn würden beschließen, neue Trassen für schienengebundenen, modernen, energiesparenden, umweltschonenden Verkehr zu bauen, um den Individualverkehr, der ja nachgewiesenermaßen erheblich mehr Energie verbraucht und auch die Umwelt in ganz anderer Weise verschmutzt als andere Verkehrsformen, drastisch zu beschränken. Wollen Sie mir einmal erklären, wo wir die Trassen dann hinlegen sollen, wenn wir regionalen Mehrheiten das Recht einräumen, nein zu sagen? Das kann doch wohl nicht sein.

Hasenclever

So weit darf man es eben nicht kommen lassen!

Remmers

Wer sagt dann aber, wann die "richtige" Rationalität bei der Gesamtmehrheit und wann bei der regionalen Mehrheit liegt?

Hasenclever

Ein Kriterium ist, wenn das Leben der zukünftigen Generationen auf Dauer bedroht sein kann.

Remmers

Genau das können Sie nicht erkennen. Das kann schon gar nicht die regionale Mehrheit feststellen. Deswegen bin ich auch besorgt, wenn Partizipation jetzt in diese Richtung gedrängt wird. Möglicherweise müßten Sie es auch noch berufsbezogen aufgliedern - das haben wir ja alles schon gehabt; das heißt, die einzelnen Berufe müßten gewissermaßen so eine Art eigenen demokratischen Strang haben. Dann wäre unser Gemeinwesen überhaupt nicht mehr regierbar.

R. Dahrendorf

Die Frage ist, Herr Schily, ob man nicht auch den Rechtsstaat mit dem Rechtsstaat kaputt machen kann. Sie alle kennen den sogenannten "Dienst nach Vorschrift". Die genaue Anwendung der Vorschriften würde unser ganzes Land zum Stillstand bringen. Das gilt auch für das Rechtswesen; wenn man es darauf anlegt, kann man mit dem Buchstaben des Gesetzes die Ausübung des Rechts unmöglich machen. Bei manchen wichtigen Verfahren in der Bundesrepublik gibt es Anzeichen dafür, daß das Recht im Interesse kleiner Gruppen als Waffe benutzt wird - was da geschieht, ist zwar dem Wortlaut, aber nicht dem Sinne nach gerechtfertigt.

Schily

Zunächst müßten Sie definieren, was Sie unter Rechtsstaat verstehen, etwas Formales oder Inhaltliches.

Ich habe festgestellt, daß die Ausschöpfung der vom Rechtsstaat gewährten Partizipationsmöglichkeiten immer dann nicht so gern gesehen wird, wenn bestimmte Interessen berührt werden. Das gilt etwa im Bereich der sogenannten friedlichen Atomtechnologien. Da heißt es dann, die Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der unmittelbar Betroffenen müßten eingeschränkt werden, weil sonst beim Bau von Atomkraftwerken zu viel Zeit verlorengehe.

Wir haben über Mehrheitsentscheidungen gesprochen. Es gab ja beispielsweise auch die Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz 1933. Da wird ganz deutlich, wie eine formale Qualität inhaltlich umschlagen kann. Wenn sich die Sozialdemokratie mit Recht etwas darauf zugute tut, damals gegen das Gesetz gestimmt zu haben, dann fragt es sich, ob es ausreicht, nur dagegen zu stimmen und anschließend die Mehrheitsentscheidung zu respektieren. Aber vielleicht ist das ein schlechtes Beispiel, weil mit dem Ermächtigungsgesetz quasi die Demokratie aufgehoben wurde.

Die Diskussion über die Qualität von Recht - was also Verfassungs- und Rechtsstruktur angeht - leidet häufig darunter, daß man zu sehr von den gesellschaftlichen Verhältnissen absieht. Ich habe aber den Rechtsstaat nie gering geschätzt, obwohl das meine linken Freunde mitunter heftig kritisiert haben. Ich bin zum Beispiel der Meinung, wenn man sich gegen ein Atommüllzwischenlager in Gorleben per Gerichtsverfahren zur Wehr setzen kann, dann hat das einen hohen Wert, um so mehr, wenn man weiß, daß ein paar Kilometer weiter in Morsleben in der DDR ein Atommülllager gebaut werden soll, ohne daß die Bürger etwas dagegen unternehmen können.

Aber es muß natürlich mitberücksichtigt werden, daß es neben dieser Folie von Rechtsinstitutionen noch etwas gibt, das man gesellschaftliche Verhältnisse und ökonomische Herrschaftsstruktur nennt. Das haben wir heute ganz unbeachtet gelassen. Wie sich diese Dinge wiederum in gerichtlichen Verfahren auswirken, ist eine wichtige Frage. Das reicht bis zu der simplen Überlegung, wie man die Verfahrenskosten aufbringen kann. Sie wissen, daß jetzt diskutiert wird, den Rechtsschutz faktisch abzuschaffen, weil derjenige, der etwa gegen ein Atomkraftwerk Einwendungen geltend macht, nachher möglicherweise für den durch die Verzögerung des Bauvorhabens bewirkten Schaden aufkommen soll, wenn er im Prozeß unterliegt. Der formal noch vorhandene Rechtsschutz gegen umweltgefährdende Projekte würde mit einer solchen Regelung angesichts des für den einzelnen Kläger nicht mehr tragbaren Prozeßrisikos illusorisch.

Bütler

Ein Punkt zum Thema Minderheit - Mehrheit. Bei Referenden und Initiativen in der Schweiz ist wesentlich, daß Entscheide unter bestimmten Bedingungen revidierbar bleiben. So findet bei uns gegenwärtig eine Unterschriftensammlung zur Einführung eines Rüstungsreferendums statt, mit anderen Worten: Rüstungskredite vor das Volk. Wir schauen dem gelassen zu. Wenn diese Initiative überhaupt zustande kommen sollte, so wird sie vermutlich zu einem Entscheid in dem Sinne führen, daß sich die große Mehrheit nicht gegen, sondern für die Rüstungskredite ausspricht. Es gibt auch eine Initiative, die die Abschaffung der Armee vorschlägt; auch das kann man gelassen hinnehmen.

Worauf es uns ankommt ist, Optionen offenzuhalten. So gibt es in der Schweiz zwar einen Entscheid gegen ein Atomwaffenverbot, aber keinen Entscheid für die Einführung von Atomwaffen. Auch mit plebiszitären Mechanismen kann also ein gewisser Schutz für Minderheiten gewährleistet werden, deren Argumente im Laufe der Zeit möglicherweise an Überzeugungskraft gewinnen.

Hasenclever

Das ist sehr wichtig.

Bütler

Die Revidierbarkeit einmal getroffener Entscheidungen ist ein wichtiges Element, das durch mehr direkte Partizipation gestützt werden kann.

von Bismarck

Herr Simon hat empfohlen, die Betroffenen mehr zu beteiligen. Hier stellt sich mir die Frage, ob da nicht zwischen bestimmten Gruppen oder Minderheiten unterschieden werden muß? Soll bei diesen

Minderheiten zunächst nach quantitativen oder nach qualitativen Gesichtspunkten, das heißt nach ihren jeweiligen Motiven gewertet werden?

Im Gegensatz zu Herrn Oskar Schneider würde ich nicht so mit formaler Demokratie argumentieren. Angesichts unseres heutigen Parteiensystems haben Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Alternativen eine wichtige Korrektur- und Kontrollfunktion, die ernst genommen werden sollte. Natürlich kann dadurch das Parlament nicht ersetzt werden.

Wie lassen sich Minderheiten qualitativ unterscheiden? Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele, bei denen ich den Eindruck habe, daß sich Minderheiten für betroffen erklärt haben, obwohl sie in Wirklichkeit nichts anderes als Interessengruppen waren. Wenn etwa Redakteure einer Rundfunkanstalt mit dem Pathos der Basisdemokratie das Programm bestimmen wollen, so ist das nach meiner Auffassung nicht legitim; denn hier handelt es sich schlicht um eine Interessengruppe. Das gleiche gilt, wenn der Betriebsrat einer Rundfunkanstalt oder eines Goethe-Instituts mit einem gruppenegoistischen Votum verhindern will, daß neue Leute von draußen engagiert werden. Das ist engstirnige Interessensklängelei. Da sollte man dann nicht von Betroffenen reden, die mitentscheiden müssen.

Mehrheitsentscheidungen müssen Geltung haben; das trifft auch unter Umständen für die Startbahn West zu. Die unmittelbar Betroffenen können nicht das letzte Sagen haben, ob im Interesse der Gesamtgesellschaft mit Ja oder Nein entschieden werden muß. Ich frage mich, ob bei der Forderung, "die Demokratie demokratisieren" - Herr Verbeugen argumentierte in dieser Richtung;-, nicht oft eine etwas schwammig idealistische und jedenfalls nicht ausreichend nüchterne Demokratievorstellung im Spiel ist, die dem Interessenegoismus von Minderheiten Vorschub leistet.

Simon

Ich will weg von den idealtypischen Argumentationen, die der wirklichen Situation nicht gerecht werden. Die eine Seite - ich vereinfache - argumentiert mit Legitimität und dem Widerstandsrecht, das es aber nur gegenüber dem evidenten Unrechtsstaat gibt und mehrere Nummern zu groß ist. Die andere Seite argumentiert mit Legalität und der Idealvorstellung von einem Staat, bei dem in den Entscheidungsprozessen eigentlich alles in Ordnung ist. Was mich dagegen beschäftigt, ist die breite Grauzone, die zwischen diesen beiden Extremen liegt. In dieser Grauzone ist keineswegs immer alles in Ordnung, sondern es gibt angesichts der Komplexität und Schwierigkeit unserer Entscheidungsprozesse durchaus fehlerhafte Entscheidungen, ohne daß sie ein Widerstandsrecht legitimieren. Für diese Grauzone brauchen wir verbesserte Strukturen der politischen Willensbildung.

Es ist ja alles schön und richtig, was Herr Oskar Schneider sagt. Wenn ich Ihnen doch nur begrifflich machen könnte, daß Ihre richtigen Erwägungen allein für die erwähnte Grauzone eben nicht ausreichen. Wenn Herr Vogel in Berlin so gehandelt hat, wie er es getan hat, dann ist das doch ein Signal dafür, daß offenbar unsere politischen Strukturen und Verhaltensweisen nicht ganz ausreichen. Ich weiß die Antwort auch nicht. Aber ich bin sicher, wir hätten den demokratischen und sozialen Rechtsstaat nie bekommen, wenn unsere Väter sich ebenfalls mit bloßen idealtypischen Argumentationen begnügt hätten. Die haben sich verdammt geplagt, um in einem schwierigen Entwicklungsprozeß die Strukturen zu schaffen, mit denen wir heute noch leben. Wir kommen nicht billiger davon. Die heutige Unruhe ist für mich ein Zeichen, daß wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen dürfen.

Vogel

Was Herr Borner tut, ist nicht nur rechtmäßig, sondern ist in allen dafür vorgesehenen politischen Verfahren und Gremien hin und her erörtert worden; es wurde vom Hessischen Landtag einstimmig gebilligt. Natürlich kann man weiter darüber reden, ob die Entscheidung richtig ist. Aber daß sie legitim ist und alle denkbaren demokratischen Segnungen hat, kann niemand ernsthaft bestreiten. Dagegen darf keine Gewalt angewendet werden. Was man dagegen tun darf - was ich allerdings nicht begrüße oder befürworte - ist, jede Art von politischem Druck auszuüben; es finden demnächst ja auch Wahlen statt.

Wenn Wyhl alle gerichtlichen Prüfungen bestanden hat sicher geht es auch noch nach Karlsruhe - und wenn alle sagen, dies sei rechtmäßig, wie steht es dann mit dem lokalen Einspruch? Es ist hier nicht nur eine formale Frage, ob es in unserer Rechtsordnung das Recht des lokalen Einspruchs gibt oder nicht. Man könnte es schaffen; die Verfassung würde das zulassen. Aber wenn es nicht existiert, Herr Hasenclever, was soll dann geschehen? An was denken Sie, um dem lokalen Einspruch, von dem Sie reden, Gewicht zu verschaffen? Wollen Sie einen Gesetzentwurf einbringen? Gut, das ist in Ordnung. Dann muß man darüber politisch befinden. Dies könnte in einem Planungsgesetz geschehen. Wollen

Sie es im politischen Raum belassen? Es gibt ja sogar ehrbare Landesregierungen, die das, was sie rechtmäßig hätten tun können, mit der Begründung unterlassen haben, es sei politisch nicht durchsetzbar.

Hasenclever

Wir werden versuchen, in diesem Bereich etwas in Bewegung zu setzen, Herr Vogel. Ich sehe allerdings, daß wir - das beziehe ich ganz konkret auf mich und meine Gruppierung mit Wyhl in Teufels Küche kommen können. Denn das ist eine Bewegung, die möglicherweise über die klugen Argumente von Leuten, die sich ernsthaft um die Rechtsordnung Gedanken machen, einfach hinweggeht. Dann ist es sehr die Frage, ob es die Möglichkeiten, die Sie angedeutet haben, und wo ich Ihnen auch zustimme, noch gibt. Da werden wir uns im rechtlichen Raum um irgendwelche Mechanismen bemühen müssen, Herr Simon - aber ist das auch durchzuhalten?

Stellen Sie sich vor, auf dem Bauplatz in Wyhl erscheinen massenhaft Demonstranten aus der südbadischen Region, in Stuttgart gibt es Großdemonstrationen und so weiter. Das kann zu einer Eskalation führen, die weder von uns noch von irgend jemandem sonst steuerbar ist. Dann stellt sich natürlich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Loch

Ein Beispiel zur regionalen oder lokalen Betroffenheit. Wir hatten in Berlin große Schwierigkeiten, die Sozialhilfestelle für Asylbewerber unterzubringen. Die Leute, die in der Nähe des in Aussicht genommenen Platzes wohnten, haben sich dagegen gesträubt. Die hatten auch alle irgendwelche verständlichen Gründe. Trotzdem mußte der Senat eine Entscheidung fällen, um die Asylanten irgendwo unterzubringen. Welcher Ort für diese notwendige und menschenfreundliche Einrichtung auch immer vorgeschlagen wurde, stets fanden sich irgendwelche Betroffenen, die dagegen waren. Eine sachgerechte Entscheidung muß rechtlich durchsetzbar sein.

Bei Kernkraftwerken ist zu fragen, ob sie überhaupt irgendwo hin müssen im Interesse derjenigen, die davon angeblich positiv betroffen sind. Schlägt da nicht am Ende die künstliche Legitimität einer legal zustande gekommenen Entscheidung in eine negative Qualität um? Sollten wir nicht nach politischen Lösungen suchen, damit die Entscheidungen, die legal zustande kommen, auch so vernünftig, so richtig wie möglich getroffen werden?

Ich meine, wir diskutieren hier doch nicht zuletzt auch deshalb, weil viele von uns den Eindruck haben, daß die jungen Leute mit ihren Protesten recht haben, und zwar in fast allen Dingen. Deshalb sind wir hier doch so betroffen.

Altmann

Keineswegs.

Loch

Jedenfalls sehen das viele von uns auch so, und zwar nicht nur in der Fragestellung, auch in den Antworten haben die jungen Leute weitgehend recht. Wenn es nur darum ginge, die Irrtümer einer Minderheit auszuräumen, wäre es nicht so problematisch; aber die Minderheit hat recht.

Sonthheimer

Unsere Schwierigkeit scheint mir darin zu liegen, daß die Konflikte, die wir im politischen Bereich haben, tendenziell alle zu Legitimitätskonflikten stilisiert werden. Damit wird dann natürlich die Legalität als die legitime Form der gegenwärtigen Herrschaft in Frage gestellt. Man müßte also zwischen verschiedenen Konflikten unterscheiden; denn wenn man alles als Legitimitätskonflikt auslegt, wird man handlungsunfähig. Da gebe ich Herrn Frank Dahrendorf recht. In der Bundesrepublik werden ständig Legitimitätskonflikte produziert, zum Beispiel im Bereich der Ökologie und der Atomenergie.

Herrn von Hentig folgend könnte ein solches Legitimitätsprinzip sein, was das Leben künftiger Generationen bedroht. Man kann darüber streiten, ob die Mehrheit mutwillig das Leben künftiger Generationen aufs Spiel setzen will.

von Hentig

Solange eine solche ungeheure Bedrohung nach unserem Wissen besteht, dürften wir keine solche Entscheidung treffen.

Sontheimer

Aber jede Bemühung zu klären, was bedrohlich ist, wird in der jetzigen Situation kaum zu befriedigenden Resultaten führen. Herr Hasenclever fordert mit Recht, daß es zu einem Konsensus kommen muß. Aber um welchen Preis? Um den Preis, daß seine Position sich durchsetzt. Deshalb ist mir die Haltung von Herrn Simon so sympathisch, der meint, es müsse von beiden Seiten etwas getan werden. In dieser Richtung werden wir am ehesten weiterkommen.

Ich fürchte nur, daß wir mit diesem Legitimitätsproblem ständig so unter Druck gesetzt werden, daß wir keine Ruhe und Zeit haben, zu einem Konsensus zu kommen, der uns weiterhilft. So wie die Situation heute ist, sehe ich die Schwierigkeiten eher größer als geringer werden, weil wir nicht in der Lage sind, das noch zu leisten.

Hasenclever

Aber die Situation kann sich doch auch ändern.

Bondy

Schlagt nach bei Goethe - Philemon und Baucis; ihre Hütte muß niedergewalzt werden, weil sie Fausts Urbarmachung im Wege steht. Aber die beiden Alten lassen sich eher erschlagen, als daß sie weggehen. Die Tragik der verlorenen kleinen Heimat für große Ziele besteht schon seit langem; Recht hat immer mit menschlicher Tragik zu tun. Das können wir nicht wegdiskutieren.

Wer den Staudamm von Assuan gesehen und auch bestaunt hat und sich überlegt, daß eine Million Nubier in künstliche Dörfer verpflanzt werden mußten, in denen sie nicht leben mögen - sie ziehen vor auszuwandern;- , der wird sich fragen, ob so etwas geschehen darf. Gewiß, das war staatliches Recht; aber eine Million Menschen sind entwurzelt worden. Wenn es auch manchmal, wie in der Schweiz oder in Frankreich, nur einzelne Dörfer sind, die wegen eines Staudamms vernichtet werden, so muß man doch sehen, daß sich dort Tragödien abspielen und es nicht nur um einen Streit zwischen Rechtsphilosophien geht.

Der Rechtsstaat, die Legalität, erfassen nicht das zu Kleine noch das zu Große. Von dem zu Kleinen haben wir gehört: Regionen, die nicht mitentscheiden können, weil die größeren Einheiten es so beschlossen haben. Weil sie zu klein sind, können sich die, deren Lebensumstände und -qualität verändert werden, nicht wehren.

Wie steht es aber mit dem, was zu groß ist. Welche Rechtseinheit gibt es etwa für die Frage, ob zwischen der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik auf einem sehr engen Raum am Rhein nicht zu viele Atomkraftwerke gebaut werden? Holland, um ein anderes Beispiel zu nehmen, leidet unter der Versalzung des Rheins, die - womit ich die Schweiz nicht entschuldigen will - von Lothringen ausgeht.

Es gibt also Probleme, die in die Lebensqualität von Millionen von Menschen eingreifen und die, weil sie in unserem kleinen Westeuropa über die Staatsgrenzen hinausreichen, unter keine bestimmte rechtliche Zuständigkeit fallen. In diesem Fall gibt es nur Politik, Kompromiß oder Untätigkeit. Wieweit kann der europäische Gerichtshof damit betraut werden? Wieweit könnten für eine größere Einheit - ohne gleich mit einem Bundesstaat Europa zu rechnen, der nicht in Sicht ist übergreifende rechtliche Kompetenzen geschaffen werden? Unsere Gewählten, die selten über ihre Landesgrenzen hinausblicken, wissen häufig nicht, wie sehr sie die Lebensumstände für Millionen von Menschen jenseits ihrer eigenen Grenzen durch ihre Entscheidungen beeinflussen und gelegentlich beeinträchtigen.

R. Dahrendorf

Ich traue mir nicht zu, am Schluß das, was hier an Dissens spürbar geworden ist, noch einmal genau zu formulieren. Denn jeder Satz, den man dazu sagt, ist irreführend, weil dieselben Begriffe sehr unterschiedlich verwendet werden. Wahrscheinlich würde jeder von Ihnen zustimmen, wenn ich sage, die starre Anwendung überkommener Texte und Interpretationen ist geradezu eine Garantie für Unruhe und für Legitimitätszweifel. Trotzdem wurden daraus sehr unterschiedliche Schlußfolgerungen gezogen.

Mir ist die Bedeutung des Fingerspitzengefühls im politischen Urteil in dieser Diskussion noch einmal sehr deutlich geworden. Was hier immer wieder durchklang ist, daß wir einerseits Institutionen nicht preisgeben dürfen, daß wir aber andererseits auch nicht primitiv an dem festhalten sollten, was im Rahmen dieser Institutionen getan werden kann.

Körper

So kontrovers die Diskussion auch zu den einzelnen Punkten unseres Themas - Jugendprotest, Wertwandel, Krise der politischen Kultur und staatsbürgerlicher Grundkonsens verlaufen ist, in einem Punkt bestand in diesem Kreis Konsens: Das Gewaltmonopol des Staates als Grundlage unseres politischen Gemeinwesens darf nicht angetastet werden. Um so unüberhörbarer waren die Besorgnisse, die hier geäußert wurden, daß dieses staatliche Gewaltmonopol von einzelnen Gruppen immer selbstverständlicher in Frage gestellt wird. In unserer Gesellschaft verbreitet sich das Bewußtsein, wie Herr Sontheimer zu Recht befürchtet, daß begrenzte Regelverletzungen wirksamer sind als die Einhaltung der demokratischen Spielregeln. Hier kommt der Staat nicht umhin, seine Legalität mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Daß beim Mitteleinsatz die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden muß, ist ebenso unbestritten wie die Feststellung von Herrn Vogel, daß die Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht der Polizei übertragen werden darf.

Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, was hier mehrfach angesprochen wurde, daß nämlich unsere demokratische Ordnung nur nach dem Mehrheitsprinzip funktionieren kann. Minderheiten sind heute aber - unter Berufung auf eine höhere Legitimität - immer weniger bereit, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Und ich stimme Herrn Remmers zu, daß unser Staat unregierbar wird, wenn regionale Minderheiten gegenüber zentralen Regierungsentscheidungen eine Art Vetorecht durchsetzen wollen.

Selbstverständlich gehört es ebenso zu einer funktionsfähigen politischen Kultur - auch darauf wurde hingewiesen; -, daß die Schutzrechte von Minderheiten, beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung auch bei abweichenden Standpunkten, gewahrt werden.

Der sich rasch vollziehende gesellschaftliche Wandel, die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die wir gegenwärtig erleben, stellen hohe Anforderungen an den staatsbürgerlichen Grundkonsens. Ich meine, daß sich die Parteien hier um Glaubwürdigkeit bemühen müssen, indem sie darauf verzichten, mehr zu versprechen, als sie politisch halten können. Dazu gehört auch, daß sie in wichtigen Fragen, die die Zukunft unserer Gesellschaft betreffen, wie zum Beispiel in der Energiepolitik, klare Zielvorstellungen entwickeln, an denen sich die Bürger orientieren können.

Zusammengefaßt halte ich aus unserer Diskussion folgende Punkte fest:

Erstens: Der Jugendprotest ist kein spezifisch deutsches Phänomen; er zeigt sich genauso in anderen Industrieländern, und zwar nicht nur im Westen, sondern auch im Osten wenngleich es in den sozialistischen Ländern, in denen der repressive Staat sehr viel stärker dominiert, weniger offen zutage tritt. Die Ursachen und Ausdrucksformen dieses Protestes sind unterschiedlich, ebenso die Reaktionen der Gesellschaften auf diese Herausforderungen. Wir sollten, wie Herr Vogel zu Recht betont, die Fragen und Ängste, die im Jugendprotest zum Ausdruck kommen, ernst nehmen und zugleich in unseren Antworten mehr Gelassenheit zeigen gegenüber Phänomen, die - historisch betrachtet - keineswegs neu sind.

Zweitens: Die Werte und Normen, auf denen unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat beruht, sind nach wie vor gültig. Die Grundwerte - Freiheit, Gleichheit, Solidarität haben nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Sie wieder stärker öffentlich bewußt und glaubwürdig zu machen, ist eine wichtige politische Aufgabe.

Drittens: Der staatsbürgerliche Grundkonsens - und das betrifft auch die politische Kultur in unserem Lande - setzt die Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols voraus. Dies möchte ich am Schluß unserer Debatte noch einmal unterstreichen.